

HLZ

Zeitschrift der **GEW/ Hessen**
für Erziehung, Bildung, Forschung

71. Jahr Heft 10/11 Okt./Nov. 2018



28. Oktober: Wählen gehen!





Wer macht mit?

Die Vertrauensleute an den Schulen sind das Salz in der Suppe der hessischen GEW. Sie sind die Menschen, die in die Kollegien tragen, was auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene beschlossen wird, sie sind die eigentliche Gelenkstelle zwischen „Basis“ und „Funktionärinnen und Funktionäre“. Doch es ist nicht leicht, an jeder hessischen Schule eine Ansprechperson zu finden, die die Probleme im Alltag, die Anregungen und die Kritik aus den Schulen weitergibt und die Materialien der GEW vor Ort verteilt. Aktive Menschen gehen in Pension, die Arbeitsbelastung ist überall hoch und der Zeitgeist hat sich geändert...

Die GEW wird deshalb in zwei Aktionswochen ab Mitte November direkt

auf die Kollegien zugehen, um Menschen zu finden, die Lust haben, „aktiv vor Ort“ zu werden. Mitglieder der Kreisvorstände suchen das Gespräch mit interessierten Kolleginnen und Kollegen. Für das Gespräch bei einer Tasse Kaffee bringen sie nicht nur die Tassen, sondern auch weitere nützliche Materialien zu Fragen des Schulalltags mit, die sie gern auch an bereits aktive Vertrauensleute weitergeben. Danach sind weitere Treffen und Fortbildungen für die „Aktiven vor Ort“ geplant.

• *Die Kampagne wird von Tony Schwarz, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, koordiniert, bei dem sich Interessentinnen und Interessenten für eine solche Aufgabe auch direkt melden können: tschwarz@gew-hessen.de*

HLZ: Vor der Wahl

Die Landtagswahl am 28. Oktober ist Schwerpunkt dieser HLZ. Zentrale Forderungen der GEW zu den Themen Arbeitsbelastung, Berufliche Bildung und Hochschulen findet man auf den Seiten 6, 18 und 19. Auf den Seiten 8 bis 17 findet man die Antworten der Parteien auf die Fragen der HLZ-Redaktion. Eine Übersicht über die Themen findet man im Inhaltsverzeichnis und auf der Seite 7. Auch mehrere Einzelbeiträge haben einen engen Bezug zur Wahl:

• *Karola Stötzel* nimmt die Forderung von CDU-Ministerpräsident *Bouffier* unter die Lupe, die Ausbildungszeit von Erzieherinnen und Erziehern zu verkürzen (S. 20).

• *Herbert Storn* hat die Veröffentlichungen des Juraprofessors und Kultusministers *Professor Ralph Alexander Lorz* zum Schutz der Investoren in den Freihandelsabkommen TTIP und CETA durchgelesen (S. 22).

• *Roman George* analysiert die Zahlen zur inklusiven Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die Entwicklung seit 2009 (S. 26).

• *Sascha Schmidt, Benno Hafeneeger* und *Hanna Jestädt* informieren über Struktur und Programm der AfD vor der Landtagswahl in Hessen (S. 28–30).

• Informationen über weitere Themen und regionale Veranstaltungen findet man auf Seite 31.

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 32 Recht: Wiedereingliederung

Titelthema: Landtagswahl am 28.10.

- 6 Überlastungsanzeigen ernst nehmen
- 8 Fragen zur Wahl: Frühe Bildung
- 9 Fragen zur Wahl: Schule
- 12 Berufsbildung und Lehrerbildung
- 14 Tarif, Besoldung und Arbeitszeit
- 16 Fragen zur Wahl: Hochschulen
- 17 Schulbau und Mitbestimmung
- 18 Forderungen: Berufliche Bildung
- 19 Forderungen: Hochschulpolitik

Einzelbeiträge:

- 20 Erzieherinnenausbildung verkürzen?
- 22 Schulpolitik und Welthandel
- 23 Die Arbeit an Grundschulen
- 24 Die GEW-Vorsitzende vor Ort
- 25 Fachgruppe Erwachsenenbildung
- 26 Inklusion und Exklusion in Zahlen
- 28 AfD Hessen: Personal und Programm
- 30 AfD in Bayern und Hessen
- 31 Meldungen: Vor der Wahl
- 32 50 Jahre nach 1968: Was bleibt?
- 34 1618–1648: Der Dreißigjährige Krieg im Geschichtsunterricht

40 Aus dem lea-Fortbildungsprogramm



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Titelthema: Harald Freiling

Titelbild: Harald Knöfel, Fotos: Hermann Heibel, Hessischer Landtag, Uwe Norkus, panthermedia.net

Illustrationen: Dieter Tonn (S. 11), Träger & Träger (S. 32), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

Martin Sehmisch, DGB (S. 3), GEW (S. 5, 6, 8, 17–19, 23–25, 30, 31)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Peter Vollrath-Kühne
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Wählen gehen!

Demokratie lebt vom Mitmachen, besser gesagt vom Mitgestalten, von der Teilhabe, von der kritischen Diskussion und bewussten Einflussnahme. Der Gang zur Wahlurne gehört selbstverständlich ebenso dazu. Dazu rufen wir als Gewerkschaften auf, wenn am 28. Oktober in Hessen ein neuer Landtag gewählt wird.

Die neue Landesregierung – ganz gleich welche Parteien sie stellen – hat aus gewerkschaftlicher Sicht viel zu tun, wenn sie die Belange der Menschen zum Maßstab ihres Handelns machen will. Im Bildungsbereich geht es darum, dass die Herkunft eines Menschen nicht mehr entscheidend sein darf für den Bildungserfolg. Betreuungsplätze müssen für alle Kinder vorhanden sein, Baumängel an Schulen und Berufsschulen müssen beseitigt werden, Lehre und Forschung an den Hochschulen müssen unabhängig von Drittmitteln sein und junge Menschen müssen unter besten Bedingungen eine Ausbildung machen können, um sich eine eigenständige Zukunft zu gestalten. Inklusion muss gelebte Realität werden.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben ein Recht auf vernünftige Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung ihrer Arbeit. Eine neue Landesregierung muss für die Reduzierung der Arbeitszeit sorgen und für ausreichend Personal in der Kinderbetreuung, an Schulen und Hochschulen. Sie muss das Besoldungsdiktat beenden und in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren.

Hessen braucht mehr bezahlbaren und öffentlich geförderten Wohnraum sowie die Reform des Tariftreue- und Vergabegesetzes hin zu einem Gesetz, das die Beschäftigten vor Ausbeutung schützt. Eine stärkere Tarifbindung, die Ausweitung der Mitbestimmung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Zugang zu Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung, die flächendeckende Versorgung mit Gesundheits- und Pflegeangeboten und die Einführung von Personalmindeststandards in Betreuung und Pflege müssen vom Land aktiv gestaltet werden. Dazu braucht es politischen Willen und entsprechende Rahmenbedingungen. Ganz gleich, welche Koalition gebildet wird, sie muss liefern!

Der DGB und die in ihm verbundenen Gewerkschaften werden nach der Wahl sehr genau beobachten, wie die Politik mit dem wertvollen Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen umgeht, die von ihrem

Wahlrecht Gebrauch machen. Haushaltsvorbehalte, blindes Marktvertrauen oder das schlichte Ignorieren von Handlungsbedarfen werden nicht ohne unsere Intervention bleiben. Klar ist dabei auch: Je stärker die Gewerkschaften, desto stärker ist die Stimme der Arbeit in der Auseinandersetzung, wie Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen gestaltet werden.

Als DGB werden wir keine Wahlempfehlung aussprechen, denn unsere Anforderungen an eine neue Landesregierung haben allgemeine Gültigkeit. Wovor wir jedoch warnen, sind Wahlentscheidungen, die den im Parlament vertretenen Parteien einen vermeintlichen Denkkzettel verpassen sollen.

Die AfD steht mit ihren Positionen dem gewerkschaftlichen Streben nach einer vielfältigen und offenen Gesellschaft, in der Würde, Solidarität und garantierte Arbeitnehmerrechte für alle Menschen gelten sollen, vollständig entgegen. Als Bund der Gewerkschaften sind wir davon überzeugt, dass das Prinzip der Solidarität und der Einheit besser geeignet ist, gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen, als das Prinzip der Spaltung. Die Würde des Menschen muss unantastbar sein.

Alle demokratischen Parteien sind in der Verantwortung, dass gesellschaftlicher Reichtum allen Menschen zu Gute kommt. Deshalb ist es höchste Zeit, das Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich zu beenden und für eine gerechte Verteilung von Vermögen zu sorgen. Unsere Gesellschaft braucht Vielfalt und Respekt gegenüber allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer persönlichen Lebensweise. Die alten und neuen Faschisten sind Feinde der Demokratie. Sie gehören weder auf unsere Straßen noch in unsere Parlamente.

Michael Rudolph



Michael Rudolph

Vorsitzender
des DGB-Bezirks
Hessen-Thüringen

Ein toller Start!

Der Schulparkplatz ist endlich neu asphaltiert, Büsche blühen ringsum. Über dem Eingang zu unseren Bildungsleuchtturm hängt ein Spruchband: „Guten Start!“ Frau Walke, meine Elternvertreterin, drückt mir die Hand: „Schön, dass Sie wieder da sind! Mein Gustav hat Sie richtig vermisst.“ Der Schulleiter strahlt: „110 Prozent Lehrerausstattung! Und darunter nur zwei Quereinsteiger, ganz erfahrene und souveräne Leute. Wir sind gut aufgestellt!“ Im Lehrerzimmer ist das Geschirr gespült, sogar die Fenster sind geputzt. Ein guter Geist hat Gardinen und Handtücher gewaschen. Es riecht nach frisch gebrühtem Kaffee. Kein Kabel baumelt aus der Wand. Keine Deckenplatte schaukelt bedrohlich-sacht überm Kopf. Kollege Friese hat einen neuen Klingelton auf seinem Smartphone, der sich genau wie mein alter Wecker anhört. Putzig. – Oje, es ist mein Wecker. Unsanft reißt er mich aus den Träumen.

Als ich ins Auto steige, frohlockt meine Nachbarin: „Endlich fängt die Schule wieder an!“ Sie ist froh, ihre

pubertierenden Streithähne nicht mehr ganztags selber betreuen zu müssen. Ich gerate in die üblichen Staus. 28 Grad schon am Morgen, die Sonne knallt. Mein Auto hat keine Klimaanlage. Der Rundfunkmoderator bejubelt den Jahrhundertssommer. Er hat keinen Blick für die traurig hängenden Straßenbäume. Meine Schülerinnen und Schüler tummeln sich bestimmt im Freibad. Sie haben noch Sommerferien. Wir müssen – zur Freude missgünstiger Mitbürger – drei Tage früher aus Schweden, Korsika, Albanien und Wladiwostok zurückkommen, um das neue Schuljahr vorzubereiten: Dienstbesprechungen, Fachkonferenzen, Aufräum- und Sortieraktionen, Nachprüfungen und jede Menge Papierkram.

Der Parkplatz ist immer noch aufgerissen und durchwühlt. Ein Bagger steht einsam im Erdreich. Ich parke ein paar Straßen weiter und gehe zum Sekretariat, um meine neuen Schülerlisten, den Stundenplan und die Kursbücher abzuholen. Die Stellvertreterin des Schulleiters sitzt seit zwei Wochen an ihrem Schreibtisch, mittlerweile von

Spinnweben überzogen, und murmelt verzweifelt: „Jetzt muss ich zum fünften Mal den Stundenplan ändern. Drei Neueinstellungen haben abgesagt.“ Ob sie bei der Neuerstellung des Stundenplans meine zehn Springstunden abmildern kann? Ich traue mich aber nicht zu fragen. Ich wage auch nicht darauf hinzuweisen, dass meine 9. Klasse voll besetzt ist und ich trotzdem noch zwei Zuweisungen bekommen habe. Das Dienstzimmer ist sichtlich vermint. „Die beiden Kinder kommen aus Bayern“, tröstet mich die Sekretärin, „das sind gute und problemlose Schüler. Sie werden gar nicht merken, dass Ihre Klasse überbesetzt ist.“

120 Lehrkräfte finden sich braun gebrannt in der Mensa ein. Viele unbekannte Gesichter darunter. Der Schulleiter wirkt unfroh. Kein Wunder. Ein paar Tage vor Schulbeginn funktionieren Telefon und Internet immer noch nicht. Immerhin hat es in diesem heißen Sommer nirgends hereingeregnet. In den Klassen 8 und 9 kann kein Physikunterricht erteilt werden, weil Fachkräfte fehlen. Der Kollege, der sich gutwillig als Aushilfe angeboten hat, ist seit zehn Jahren pensioniert und war noch nie ein großer Pädagoge. Statt Sport erhalten meine Mädchen Einweisung in den Schulgarten. Von einem Imker.

Der Schulleiter gibt die Ergebnisse der letzten Prozesse bekannt: Drei Schüler der Oberstufe haben nun doch das Abitur „bestanden“, und ich werde ihnen hoffentlich niemals begegnen, wenn ich einen Arzt oder einen Anwalt brauche. Eine Referendarin hat sich im Staatsexamen eine Drei erklagt, obwohl sie bei dem Lehrermangel auch mit einer Vier übernommen worden wäre.

Ich fühle mich trotz aller kleinen Widrigkeiten gut gerüstet. Bei einem Online-Händler für „effektive Helfer im Schulalltag“ habe ich mir einen Aktenaschen-Trolley gekauft, eine Pädagogen-Trillerpfeife (kann ich auch nachts in der Tiefgarage benutzen!) und eine Konfliktlösendsdrehscheibe. Für meine Klasse habe ich Gehörschutz fürs freie Lernen und Sichtschutz für die Klausuren bestellt. Gleich heute muss ich welche für die beiden Zuzügler aus Bayern nachbestellen!

Diesen Text habe ich übrigens vier Schulleiterinnen vorgelegt. Sie haben einstimmig geknurr: „Das ist doch überhaupt keine Satire! Das ist die Realität!“

Gabriele Frydrych



X Volksabstimmung über Verfassungsänderungen

Am 28. Oktober entscheiden die Stimmberechtigten im Rahmen der hessischen Landtagswahl auch über insgesamt 15 Änderungen der Landesverfassung. Bei der Volksabstimmung steht auf dem Stimmzettel hinter jeder der Änderungen, denen der Landtag bereits zugestimmt hat, ein „Ja“ oder „Nein“ zum Ankreuzen. Wer mit allem einverstanden ist, hat auf dem Stimmzettel die Option, allen Änderungen auf einmal zuzustimmen. Die Änderungen betreffen folgende Bereiche: Gleichberechtigung von Mann und Frau, Kinderrechte, Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Abschaffung der Todesstrafe, Bekenntnis zur Europäischen Union, Herabsetzung des Wahlbarkeitsalters für den Landtag von 21 auf 18 Jahre und Senkung der Hürden für ein Volksbegehren und eine Volksabstimmung. Außerdem sollen das Prinzip der Nachhaltigkeit und die Förderung von Kultur, Ehrenamt und Sport als neue Staatsziele in der Verfassung verankert werden. Gesetze sollen auch durch eine Veröffentlichung im Internet „verkündet“ werden können.

In der Enquetekommission und im Landtag gab es keine Mehrheit für ein Grundrecht auf gebührenfreie Bildung, das die SPD in die Verfassung schreiben wollte, und für das von der Fraktion Die Linke geforderte Grundrecht auf Wohnen. Aber auch die Pläne von CDU, FDP und Arbeitgeberverbänden, die historisch begründeten Artikel zur Sozial- und Wirtschaftsordnung zu ändern, waren nicht mehrheitsfähig.

• Weitere Informationen unter <https://www.verfassung-hessen.de>

X elternbund hessen e.v.: Ratgeber für Elternbeiräte

Am Anfang des Schuljahres werden in vielen Schulklassen die Elternvertretungen gewählt. Viele neu gewählte Elternbeiräte beschäftigt die Frage nach ihren Rechten und Pflichten. Hier hilft der *elternbund hessen e.v.* mit den Broschüren „Der Klassenelternbeirat“, „Der Schulelternbeirat“ und „Die Schulkonferenz“. Mit vielen Beispielen werden die Regelungen des Hessischen Schulgesetzes ausführlich erklärt.

• Nähere Informationen, kostenlose Leseproben und Bestellmöglichkeiten im Internet: www.elternbund-hessen.de

X Landeselternbeirat: Marode und veraltete Schulen

Der Landeselternbeirat Hessen (LEB) schlägt Alarm. „Viele Schulen sind nicht nur sanierungsbedürftig, sondern marode“, heißt es in einer aktuellen Presseerklärung des LEB. Er fordert die „schnelle und unbürokratische Bereitstellung der notwendigen Mittel für Ausbau und Sanierung unserer Schulen aus Landesmitteln“. Die Architektur müsse den Lehr- und Lernmethoden des 21. Jahrhunderts gerecht werden, eine anregende Lernumgebung und einen differenzierten Unterricht ermöglichen: „Die kommunalen Investitionsprogramme KIP I und II helfen den strukturschwachen Regionen Hessens leider nur wenig, da hierzu durch den Schulträger Eigenmittel in die Hand genommen werden müssen, die diese nicht haben.“ Als kurzfristige Maßnahme fordert der Vorsitzende des Landeselternbeirats *Korhan Ekinci* die Einsetzung einer Task Force, die diese Maßnahmen vorantreibt und ergebnisorientiert arbeitet: „Bei einer Besetzung mit allen an Bildung Beteiligten kann damit transparent und an der Sache orientiert gearbeitet werden.“

X Nicht nur in Frankfurt: Mangelnde IT-Ausstattung

In einer Pressemitteilung kritisieren die Personalräte der Frankfurter Gymnasien die mangelhafte IT-Ausstattung ihrer Schulen. An einzelnen Schulen stehen für bis zu 30 Klassen zwei PC- und Laptop-Einheiten zur Verfügung, die Reservierungslisten sind Wochen vorher gefüllt. Computer würde teilweise nur mit der Tastatur geliefert, Bildschirme, Beamer und andere notwendige Geräte müssten „vom viel zu kleinen IT-Schulbudget selbst erworben werden“.

Die Zusagen für ein großflächig angelegtes WLAN verengten sich nach Angaben der Personalräte im Laufe der Zeit auf die Zusage einiger weniger WLAN Access Points mit einer eher geringen Reichweite: „Innovative Ideen, sorgfältig ausgeklügelte Konzepte sowie moderner und der digitalen Welt angepasster Unterricht versanden angesichts der Fehlplanungen der Stadt im Nichts und hinterlassen frustrierte Kollegien, die sich fragen, ob man mit Papier und Tafelkreide nicht schlussendlich doch auf der sichereren Seite sei.“

X 13. November: Erster Tag der unbezahlten Arbeit

Zum vierten Mal ruft die GEW am 13. November zu Aktionen vor den staatlichen Schulämtern auf, um für bessere Bedingungen auch in den Grundschulen zu demonstrieren. Anlass ist der „erste Tag der unbezahlten Arbeit“: Ab dem 13. November arbeiten nach A 12 besoldete Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Schulformen „unentgeltlich“.

• Informationen über die Aktivitäten der GEW-Kreisverbände findet man auf der Homepage der GEW www.gew-hessen.de.

X Neues Vorsitzendenteam im Kreisverband Kassel-Stadt

Das langjährige Tandem *Reinhard Besse* und *Bernd Rothauge* (1. und 2. von links) stand nach 23 Jahren als Kreisvorsitzendenteam für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung. Vor zehn Jahren hatte *Simon Aulepp* zur Verjüngung des Teams beigetragen. In ihre Amtszeit fielen Streiks und Demonstrationen, zum Beispiel für A13 für alle und für kleinere Klassen. Sie setzten sich für Bildungsgerechtigkeit und eine soziale Steuerpolitik ein.

In der Kasseler Kommunalpolitik wurde die GEW eine feste Größe, besonders durch die Mitwirkung an außerparlamentarischen Initiativen. Dazu gehörte das Engagement gegen TTIP und für eine Aufarbeitung des Mordes an *Halit Yozgat* sowie zur Rehabilitation der von Berufsverboten Betroffenen. Der KV Kassel-Stadt unterstützte die Ostermärsche genauso wie Elterninitiativen gegen marode Schulen und für den gemeinsamen Unterricht. *Reinhard Besse* bleibt als Leiter der Landesrechtsstelle und als Vorsitzender im Gesamtpersonalrat für die Stadt und den Landkreis Kassel aktiv, *Bernd Rothauge* als Beisitzer im Kreisvorstand. Das neue Vorsitzendenteam bilden (auf dem Foto von rechts) *Martin Gertenbach*, *Christiane Stock* und *Simon Aulepp*.



Überlastungsanzeigen ernst nehmen

Appell der Personalräte und Vertrauensleute hessischer Schulen

Ende August fanden in Kassel, Wetzlar, Frankfurt und Darmstadt Konferenzen der Personalräte und GEW-Vertrauensleute statt. Große Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen von Frank Mußmann von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen über die zentralen Befunde einer umfassenden Arbeitszeitstudie an niedersächsischen Schulen und den Stand der politischen Auseinandersetzung um eine Arbeitszeitreduzierung. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten mehrere hundert Personalräte und Vertrauensleute die Forderung der GEW nach einem „Sofortprogramm für gute Bildung“. Sie begrüßten insbesondere die Maßnahmen, die die Arbeitsbelastung reduzieren sollen und den Beruf auch für junge Menschen wieder attraktiv machen. Der folgende Text ist eine Zusammenfassung der Resolutionen der Aktionskonferenzen in Kassel, Wetzlar, Frankfurt und Darmstadt durch die HLZ-Redaktion. In den Regierungsjahren von Schwarz-Grün sind in Hessen mindestens 290 Überlastungsanzeigen von Einzellehrkräften oder ganzen Kollegien beim Hessischen Kultusministerium eingegangen.

Wir appellieren seit Jahren an unseren Dienstherrn Kultusminister Lorz (CDU), seiner Fürsorgepflicht nachzukommen und das Grundrecht auf Bildung aller hessischen Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen. Durch zu hohe Arbeitszeit, zu große Lerngruppen, Arbeitsverdichtung, fachfremde Aufgaben, zu wenig und noch dazu oft nicht für den Schulbereich qualifiziertes Personal sowie eine marode, gesundheitsgefährdende Schulinfrastruktur besteht eine unver-

tretbar hohe Arbeitsbelastung im Lehrerberuf. Dies hat massive negative Auswirkungen:

- Erstens leidet die Unterrichtsqualität erheblich. Neben nicht ausgebildetem Personal vor der Klasse bemängeln wir vor allem fehlende Zeit für Unterrichtsvor- und -nachbereitung, Binnendifferenzierung sowie individuelle Zuwendung gerade in großen Klassen bei Lernenden mit erhöhten Bedarfen oder Schülerinnen und Schülern, die kaum Deutsch sprechen.
- Zweitens entscheiden sich Kolleginnen und Kollegen notgedrungen unter Verzicht auf Bezüge und Pension, in Teilzeit zu arbeiten, um das Pensum zu schaffen. Viele weitere nicht teilbare Dienstpflichten (z.B. Konferenzteilnahme) bleiben bestehen und die Teilzeit wird zur Mogelpackung.
- Drittens führt die Überlastung zu hohen Krankenständen, so dass sich der Teufelskreis schließt. (...)

Die Aktionskonferenzen der GEW unterstützen deshalb vor der Landtagswahl die Forderung der GEW nach einem Sofortprogramm für gute Bildung in Kitas, Schulen und Hochschulen, das im Schulbereich folgende Maßnahmen im Umfang von mindestens 250 Millionen Euro vorsieht:

- 80 Millionen Euro für Arbeitszeitverkürzung mit einer Pflichtstundenreduzierung zunächst auf das Niveau der 40-Stundenwoche der Tarifbeschäftigten (minus eine halbe Pflichtstunde) und einer deutlich spürbaren Erhöhung der Schuldeputate unter anderem zur Mentorentlastung und für die Anerkennung gestiegener Aufgaben

Am 22. September demonstrierten in Frankfurt und Kassel mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte in Kitas und Hochschulen, Eltern und Schülerinnen und Schüler für die Forderung

nach besseren Bedingungen für die Bildung in Kitas, Schulen und Hochschulen. Aufgerufen hatten unter anderen die GEW, der DGB, der Landeselternbeirat und die Landeschülervertretung.



- 70 Millionen Euro für die Aufwertung des Grundschullehramts durch Besoldung nach A13 (...)
 - 50 Millionen Euro für echte Ganztagschulen mit mehr Personal in multiprofessionellen Teams, in angemessenen Räumlichkeiten und mit demokratisch entwickelten pädagogischen Konzepten (...)
 - 50 Millionen Euro für das Menschenrecht auf inklusive Bildung mit 300 zusätzlichen Förderschullehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften nach dem Modell 3:1:1, in dem für je drei Regelschulklassen eine Förderschullehrkraft und eine sozialpädagogische Fachkraft zur Verfügung stehen. Außerdem halten wir es für dringend erforderlich, dass die positiven Erfahrungen aus dem Gemeinsamen Unterricht wieder stärker berücksichtigt werden.
 - Wir fordern außerdem kleinere Klassen, denn in allen Belastungsstudien spielt die Klassengröße für Lehrkräfte eine zentrale Rolle.
 - Außerdem fordern wir eine konsequente Sanierung der Schulen und eine bessere Ausstattung durch weitere Landesprogramme für die Kommunen, gesetzliche Mindeststandards zur Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden nach ökologischen Standards und einen partizipativen Umgang mit Kolleginnen und Kollegen bei Sanierung, Neu- und Umbauten.
- Eine spürbare Entlastung und eine angemessene Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer sind direkte Investitionen in deren Gesunderhaltung und damit in die Unterrichtsqualität.

Detaillierte Informationen zum Sofortprogramm für gute Bildung, zu den Finanzierungsmöglichkeiten und Argumentationsflyer zu den verschiedenen Bildungsbereichen findet man im Internet auf der Homepage der GEW Hessen unter www.gew-hessen.de > Themen > Kampagne.

HLZ: Fragen vor der Wahl

Mit Unterstützung der Fachgruppen und Referate der GEW Hessen wählte die HLZ-Redaktion 24 Fragen aus, die sie den im Landtag vertretenen Parteien zur Beantwortung vorlegte. Die Antworten der Parteien zu den folgenden Themenbereichen finden Sie hier:

- Frühe Bildung: S. 8
- Schule: S. 9
- Berufliche Bildung: S. 12
- Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer: S. 12
- Tarif, Besoldung und Arbeitszeit: S. 14
- Hochschulen: S. 16
- Kommunale Investitionen: S. 17
- Mitbestimmung: S. 17

Auch die Forderungen der GEW zur Landtagswahl finden Sie noch einmal in dieser HLZ. Schwerpunkte dieser HLZ sind der Lehrermangel und die Überlastung der Lehrkräfte (S. 6f. und S. 24), die Situation an den Berufsbildenden Schulen (S. 18) und Hochschulen (S. 19) und die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher (S. 20).

Zum Weiterlesen

Aus Platzgründen mussten alle Antworten der Parteien zum Teil stark gekürzt werden. Ein Ausnahme bilden die Antworten der Partei Die Linke, die sich – wie erbeten – kurz gefasst hat. Die vollständigen Antworten kann man auf der Homepage der GEW nachlesen: www.gew-hessen.de > Themen > Landtagswahl. Dort kann man sowohl die einzelnen Antwortbriefe als auch die thematisch sortierten Gegenüberstellungen einsehen.

Pressekonferenz: GEW kritisiert „Sommermärchen“

In ihrer Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn warfen die GEW-Landesvorsitzenden *Maike Wiedwald* und *Birgit Koch* Kultusminister *Lorz* (CDU) vor, „ein Sommermärchen zu verbreiten“. Die aktuell vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie erstellte Studie zum Lehrkräftebedarf zeige auf, dass „allein aufgrund der steigenden Schülerzahlen bis zum Jahr 2030 etwa 6.200 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich benötigt werden, davon 2.900 an Grundschulen“. Im selben Zeitraum müssen rund 20.000 alters- oder gesundheitsbedingt ausscheidende Kolleginnen und Kollegen ersetzt werden. Die GEW-Vorsitzenden forderten eine deutliche Ausweitung der Zahl der Ausbildungsplätze an Hochschulen und Studienseminaren und „konsequente Maßnahmen, um den Beruf deutlich attraktiver zu machen“. Dazu gehören für die GEW die Anhebung der Eingangsbesoldung von Grundschullehrkräften auf A13 und eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung und Entlastungen bei außerunterrichtlichen Aufgaben. Für Kolleginnen und Kollegen ohne pädagogische Ausbildung fordert die GEW eine fachliche Qualifizierung vor und während des Einsatzes im Unterricht und Entlastungen für die sie beratenden und unterstützenden Lehrkräfte.

Der stellvertretende Landesvorsitzende *Tony Schwarz* verwies noch einmal auf die zahlreichen Überlastungsan-

zeigen. In der Antwort auf eine Landtagsanfrage des SPD-Abgeordneten *Christoph Degen* verzeichnete das Hessische Kultusministerium (HKM) 95 Überlastungsanzeigen allein im Schuljahr 2017/18. Die meisten kommen von Grundschulen und Integrierten Gesamtschulen in den Ballungsräumen. Der Hinweis des HKM, dass die Briefe „die im Arbeitsschutzgesetz definierten Kriterien“ nicht erfüllen, helfe den besorgten Kollegien nicht weiter: „Sie benötigen keine juristische Belehrung, sondern konkrete Unterstützungs- und Entlastungsangebote.“ *Nina Heidt-Sommer*, Lehrerin an der Ganztagsgrundschule Gießen West, berichtete über einen offenen Brief, den die Personalräte der meisten Grundschulen im Bereich des Schulamts Gießen/Vogelsberg geschrieben haben: „Ein Gesprächsangebot an diese Lehrerinnen und Lehrer gab es nicht.“

Holger Giebel, Gymnasiallehrer in Rimbach im Odenwald, *Paul Neuhaus*, Lehrer an der IGS Carl-von-Weinberg-Schule in Frankfurt, und *Elke Fischer*, Grundschullehrerin in Bensheim (1), ergänzten die Berichte mit konkreten Problemlagen in ihren Schulen, die nach den Worten von Kultusminister *Lorz* im Schuljahr 2018/19 „einmalig gut versorgt sind“.

(1) Das vollständige Statement von Elke Fischer findet man in dieser HLZ auf Seite 24.



Vor der Wahl: Fragen an die Parteien

Mit Unterstützung der Fachgruppen und Referate der GEW Hessen wählte die HLZ-Redaktion 24 Fragen aus, die sie den im Landtag vertretenen Parteien zur Beantwortung vorlegte. Aus Platzgründen mussten alle Antworten der Parteien zum Teil stark gekürzt werden. Ein Ausnahme bilden die Antworten der Partei Die Linke, die sich – wie erbeten – kurz gefasst hat. Die Kürzungen sind jeweils nur am Ende der Antwort gekennzeichnet.

Die Reihenfolge der Parteien folgt ihrem Anteil an den Zweitstimmen bei der Landtagswahl 2013 (CDU 38,3 %, SPD 30,7 %, Grüne 11,1 %, Linke 5,2 %, FDP 5,0 %). Die vollständigen Antworten kann man auf der Homepage der GEW nachlesen: www.gew-hessen.de > Themen > Landtagswahl. Dort kann man sowohl die einzelnen Antwortbriefe als auch die thematisch sortierten Gegenüberstellungen einsehen.

Unsere Fragen zum Thema Frühe Bildung

Was werden Sie tun, um den Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen und die Arbeitsbedingungen in den Kitas zu verbessern?

CDU: Wie der aktuell vorliegende Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung festgestellt hat, hat sich Hessen im Hinblick auf den Personalschlüssel im Betrachtungszeitraum der fünf Jahre über alle Bereiche verbessert: im Bereich der Unterdreijährigen von 4,1 auf 3,9 und im Bereich der über Dreijährigen liegt Hessen stabil bei 9,7. Es ist eine große Leistung, dass dieses Niveau gehalten werden konnte, obwohl parallel immer mehr Eltern Betreuungsplätze in Anspruch genommen haben. Viele Städte und Gemeinden in Hessen machen vor, wie man das gut und im Sinne der Familien vor Ort regeln kann. Dabei unterstützt sie die CDU-geführte Landesregierung mit so viel Geld wie nie zuvor. So stehen für die Kinderbetreuung 2018/2019 fast 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. (...)

SPD: Unser Gesetzentwurf sieht die Einführung eines Zuschlags von fünf Stunden pro Gruppe für die Leitungstätigkeit und eines Zuschlags von 20 % für die mittelbare pädagogische Arbeit (Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung etc.) vor. Den Zuschlag für Ausfallzeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung) wollen wir auf ein realistisches Maß von 20 % anpassen. Damit verbessern wir den Fachkraftschlüssel deutlich.

Die GRÜNEN: Zuletzt haben wir GRÜNE durch das große Kita-Paket umfangreiche Qualitätsverbesserungen – auch in der Betreuung – erreicht. So investieren wir in den Jahren 2018 und 2019 knapp 50 Millionen Euro in die bessere Betreuung, ab 2020 fließen die 50 Millionen Euro jährlich. Die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen können somit entscheidend verbessert werden. Hierfür sind auch das Betreuungsverhältnis und die Gruppengröße wesentliche Elemente. Die Fachkräfte brauchen mehr

Zeit für Vernetzungs- und Konzeptionsarbeit sowie ausreichende Möglichkeiten, sich kontinuierlich weiter zu qualifizieren. Hierfür wollen wir weitere Landesmittel zur Verfügung stellen. (...)

Die LINKE: Auf acht bis zehn Kinder unter drei Jahren müssen zwei Vollzeitstellen kommen. Bei Kindern über 3 Jahren sollten zwei Erzieher/innen in Vollzeit maximal 20 Kinder betreuen. Da Frühe Bildung eine kommunale Aufgabe ist, müssen die Kommunen finanziell ausreichend ausgestattet werden. Andernfalls wird es weiter zu Unterbezahlung, Arbeitsüberlastung und auch Privatisierungen von Kindertageseinrichtungen kommen.

FDP: Wir verweisen auf den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion (Landtagsdrucksache 19/6283); Veränderung des Fachkraftfaktors, so dass die Fachkraft-Kind-Relation verbessert wird; Anerkennung der mittelbaren pädagogischen Arbeit; Leitungsfreistellung; Erhöhung der Qualitätspauschale, so dass diese in die unmittelbare pädagogische Arbeit fließen kann (...)

Was werden Sie tun, um mehr ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen und mehr Nachwuchskräfte auszubilden?

CDU: Seit der Kampagne „Große Zukunft mit kleinen Helden“, die die Hessische Landesregierung im Jahr 2010 gestartet hat, sind die Ausbildungszahlen in Hessen in diesem Bereich kontinuierlich gestiegen. Sie haben sich auf 8.400 im Ausbildungsjahr 2017/2018 nahezu verdoppelt. Wichtig ist, junge Menschen über den Beruf des Erziehers oder der Erzieherin und die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten gut und frühzeitig zu informieren. Dazu gehören neben der „klassischen“ Ausbildung an einer Fachschule die Möglichkeit einer praxisintegrierten Ausbildung mit Vergütung und diverse Studiengänge. Gleichzeitig werden wir prüfen, wie die Ausbildung modifiziert und reformiert werden kann, um sie noch attraktiver zu gestalten. Dazu gehört auch die Frage des Verdienstes. (...)

SPD: Fachkräfte kritisieren vor allem die derzeitigen Arbeitsbedingungen. Hessen ist bei der Fachkraftquote im Kindergarten Schlusslicht bei den westdeutschen Bundesländern. Indem wir die Arbeitsbedingungen verbessern, können wir mehr Fachkräfte im Beruf halten und wahrscheinlich auch mehr Teilzeitkräfte dazu bewegen, ihre Stundenzahl zu erhöhen. Außerdem wird der Beruf dadurch attraktiver für Nachwuchskräfte. Die Zahl der angebotenen Fachschulplätze für Sozialwesen muss erhöht werden.

Die GRÜNEN: Alle Untersuchungen zeigen, dass die Ausbildung und der Beruf insgesamt attraktiver werden müssen. Dazu gehören eine gute und gerechte Bezahlung, weniger Belastung im Arbeitsalltag und eine angemessene und attraktive Ausbildung. Wir GRÜNE fordern die Tarifpartner auf, die Arbeit von Erzieher*innen besser zu vergüten. Mit allen Akteuren und Expert*innen des Bereiches werden wir versuchen, die Ausbildungszeit zu verkürzen. Die derzeit laufenden Versuche der dualen Ausbildung für den Erzieherberuf wollen wir auswerten, um das Programm hessenweit stärker anzubieten. (...)



Frankfurt, 11. Mai 2015 (Foto: GEW)

Die LINKE: *Unstrittig ist die Bedeutung früher Bildung. Also muss die frühe Bildung öffentliche Aufgabe sein und darf keinesfalls privaten Anbietern überlassen werden. Lohndumping hat in Kindereinrichtungen nichts verloren. Erzieherinnen und Erzieher brauchen eine qualifizierte Ausbildung, gute berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine deutlich bessere Entlohnung. Die Ausbildungskapazitäten reichen nach wie vor nicht aus. Dies und ein besserer Betreuungsschlüssel machen den Beruf attraktiver.*

FDP: Einberufung des Runden Tisches Kinderbetreuung mit Schwerpunkt Fachkräftemangel; Ausweitung der Möglichkeiten der praxisintegrierten Ausbildung; Veränderung der Ausbildungsvergütung, so dass die Auszubildenden analog zu anderen Ausbildungen eine Vergütung erhalten; Überarbeitung der Bedarfsanalyse von 2011 unter Berücksichtigung des bedarfsgerechten Ausbaus und der veränderten Beschäftigungsstruktur (z.B. durch Renteneintritt, Entwicklung von Teilzeitstellen, Freistellung von Leitungskräften) und Erarbeitung eines Konzepts zur Fachkräftegewinnung in Hessen; Evaluierung der Ausbildung an den Fachschulen, von Best-Practice-Modellen und Weiterentwicklung beispielsweise der „Praxis Integrierte Teilzeitausbildung“ (PIT) mit dem Ziel der Übertragung; Stärkung der Möglichkeiten des Quereinstiegs, berufsbegleitende vergütete Ausbildungsgänge für Erzieherinnen und Erzieher sowie die tätigkeitsbegleitende Ausbildung und Weiterqualifizierung. (...)

Unsere Fragen zum Thema Schule

Nennen Sie die wichtigsten schulpolitischen Schwerpunkte Ihrer Partei für die nächste Wahlperiode.

CDU: Förderung nach Begabung und Talent statt Einheitsschule; differenziertes Schulsystem von Förderschule bis Gymnasium; Schulfriede statt Dauerreform; Stärkung der dualen Ausbildung; weitere Anstrengungen in der Lehrerversorgung, u.a. Beibehaltung der 105%-Unterrichtsversorgung; Stärkung von Deutsch als Bildungssprache; Ganztagsangebote nach Bedarf ausbauen; digitale Bildung bzw. Medienbildung verstärken; Wertevermittlung; Integration vorantreiben; Lerninhalte fortentwickeln (z.B. MINT, bilingualer Unterricht); Berufsbild der Lehrkräfte stärken; Attraktivitätsoffensive für den Lehrerberuf; Erhalt der Förderschulen; Inklusion mit Augenmaß zum Wohle aller betroffenen Kinder; Stärkung der Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens in Bezug auf die Lehrkräfte (...)

SPD: *Wir wollen Bildung und Betreuung verbessern, moderne Schulen mit modernem Unterricht, den Ganztagschulausbau qualitativ und bedarfsorientiert vorantreiben, zeitgemäße Lehrerbildung und ein Sofortprogramm gegen Lehrer- und Erziehermangel auflegen, gerechtere Bildungschancen durch maßgeschneiderte Förderung aller Kinder und Jugendlichen.*

Die GRÜNEN: Das Ziel unserer Bildungspolitik ist es, gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen – unabhängig vom sozialen Status oder dem Einkommen ihrer Eltern. Die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft, der ansteigende Wunsch vieler Eltern nach ganztägig arbeitenden Schulen, die Integration von Kindern und Jugendlichen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und die Realisierung eines inklusiven Bildungsangebotes sind Herausforderungen, für deren Bewältigung unsere Schulen gute Rahmenbedingungen und Unterstützung brauchen. Schulen, die aufgrund des sozialen Hintergrunds ihrer Schülerinnen und Schüler oder durch Inklusion und Integration besonders gefordert sind, sollen neben Lehrkräften ein festes Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagoginnen und -pädagogen bekommen. Wir streben für diese Schulen eine Lehrerzuweisung von 110 Prozent an. (...)

Die LINKE: *Wir sind Opposition. Unsere Aufgabe ist es, Druck zu machen. Unsere Schwerpunkte: bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen, mehr Lehrkräfte und längeres gemeinsames Lernen für Schülerinnen und Schüler in einer inklusiven demokratischen Schule, die alle Kinder individuell fördert*

FDP: Ausreichend qualifizierte Lehrkräfte an den Schulen; Ausweitung und Realisierung der Selbständigen Schule, so dass Schulen in Freiheit und Verantwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs so gestalten können, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entspricht und zum sozialen Umfeld der Schule passt. Ausweitung von multiprofessionellen Teams an den Schulen, um den Herausforderungen wie Heterogenität, Integration und Inklusion gerecht zu werden. Realisierung der Digitalen Bildung an unseren Schulen und Schaffen sowie Aufrechterhalten der technischen Infrastruktur (Investition von jährlich min. 50 Mio. Euro aus originären Landesmitteln). Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen sowie Entbürokratisierung, so dass sich diese wieder auf die Kernaufgaben der pädagogischen Arbeit konzentrieren können, um die beste Bildung für jedes Kind und die individuelle Förderung zu realisieren. Unterstützung der Schulen und Beendigung der Kontrollwut seitens des Kultusministeriums.

Wie beurteilen Sie die Forderung nach längerem gemeinsamem Lernen in „Einer Schule für alle“ und welche Vorstellungen haben Sie zur Entwicklung der Schulstruktur?

CDU: Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik steht das Kind. Mit uns wird es auch in Zukunft weder Einheitsschulen noch Einheitslehrer geben, denn es gibt auch keine Einheitskinder. Die Bewahrung des erfolgreichen und bewährten gegliederten Schulsystems hat für uns oberste Priorität. In der Sekundarstufe I wollen wir in den kommenden fünf Jahren keine Strukturreform. (...)

SPD: *Wir wollen mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in Hessen schaffen, indem wir mehr echte Ganztagschulen anbieten, längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, die Schulsozialarbeit an allen unseren Schulen verankern und soziale Gruppenbildungsprozesse einbeziehen. Durch individuelle Förderung mit Förderplan und intensiver sowie regelmäßiger Beratung von Schülerinnen und Schülern und Eltern im Verlauf eines jeden Schuljahres streben wir den Verzicht auf Versetzung in die nächstniedrigere Schulform und auf die Nichtversetzung in die nächsthöhere Klasse an. Das Schulsystem wollen wir so weiterentwickeln, dass nicht mehr die Herkunft oder der Geldbeutel über den Schulerfolg entscheiden. Deshalb wollen wir die Gebühren für Bildung vollständig abschaffen. Die notwendigen Veränderungen werden wir im Dialog mit Eltern, Lehrkräften, Schulleitungen, Schülervertretungen und SozialpädagogInnen und gemeinsam mit den Schulträgern umsetzen. Wir wollen, dass jede Schule, die ein Kind aufnimmt, es auch zum Abschluss führt, und jede Schule in die Lage versetzen, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten. (...)*

Die GRÜNEN: Wir sind der Überzeugung, dass Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen und möglichst langes Offenhalten aller Bildungsabschlüsse sehr gut individuell gefördert werden können. Wir werden diesen Weg auch weiterhin niemandem vorschreiben, sondern setzen weiter auf Ermöglichen statt Verordnen und respektieren den Elternwillen. Auch wünschen sich viele Eltern eine Vereinfachung des Schulsystems im Anschluss an die Grundschule. Daher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode allen Schulträgern anbieten, ihre vorhandenen verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen und kooperativen Gesamtschulen schrittweise in integrierte Gesamtschulen umzuwandeln. Auch hier gilt das Prinzip: keine Zwangsbeglückung, Ermöglichen statt Verordnen. (...)



Die LINKE: *Das gemeinsame Lernen ist eine alte Forderung der Linken. Wir stehen für gemeinsames Lernen bis zu 10. Klasse. Erst danach gehen die Jugendlichen in unterschiedliche Bildungsgänge. Wir sehen Gesamtschulen im echten Ganztagsbetrieb als die geeignetste Schulform.*

FDP: Wir stehen für die Anerkennung des Schulsystems in seiner Verschiedenheit und Vielfältigkeit und daher sehen wir nicht das Erfordernis, dieses grundsätzlich in Frage zu stellen und strukturell zu verändern. Wir vertrauen auf die Kompetenz vor Ort, die die Bedürfnisse des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und das Schulangebot darauf ausrichtet. Die Herkunft der Schülerinnen und Schüler oder deren Wohnsitz sollen nicht über die Bildungschancen eines Kindes oder Jugendlichen entscheiden. Eltern sollen eine echte Wahl haben und die beste Schule für ihr Kind auswählen können. (...)

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das Menschenrecht auf inklusive Bildung in Hessen zu verwirklichen? Welche Rolle spielen in Ihrem Konzept die Förderschulen, die Beratungs- und Förderzentren (BFZ) und die inklusiven Schulbündnisse? Wie wollen Sie die Entwicklung multiprofessioneller Teams fördern?

CDU: Oberstes Ziel der Beschulung von Kindern mit Behinderungen ist deren Integration in die Gesellschaft und die Führung eines möglichst selbstbestimmten Lebens. Dabei ist jedes Kind individuell zu betrachten. Eine Einheitslösung für alle lehnen wir auch hier ab. Bei Kindern, die nicht lernzielgleich unterrichtet werden können, die aufgrund von Misshandlungen und psychischer Beeinträchtigungen besonderer Schon- und Rückzugsräume bedürfen oder die durch Verhaltensauffälligkeiten und aggressives Verhalten die Durchführung des Regelunterrichtes massiv erschweren, stößt die Inklusion auf offenkundige pädagogische Grenzen der Beschulbarkeit. Förderschulen sind daher ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des hessischen Schulsystems. Wir stehen zu den Förderschulen und werden keine Förderschulen schließen. (...)

SPD: *Wir werden das Recht auf inklusive Bildung umsetzen. Hessen hat seit mehr als 30 Jahren Erfahrung mit dem „Gemeinsamen Unterricht“ von Kindern mit und ohne Behinderung. Um wieder dahin zu kommen, brauchen alle Schulen, nicht nur die in Schulbündnissen, eine auskömmliche sonderpädagogische Grundversorgung. Unser erklärtes Ziel ist es, dass jedes Kind, das eine Regelschule am Wohnort besuchen möchte, diese Schule besuchen kann. Die Beratungs- und Förderzentren wollen wir zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ weiterentwickeln. Als regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung beraten sie Schulen multiprofessionell aus einer Hand, vernetzen die Schulen mit außerschulischen Einrichtungen und stellen notwendiges Material zur Verfügung. Wir sind der Auffassung, dass ein gut organisierter und ausgestatteter inklusiver Unterricht es ermöglicht, dass alle Schülerinnen und Schüler davon profitieren. Daher werden wir die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen, um inklusiven Unterricht zu gewährleisten. Mit einem Masterplan Inklusion werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem definieren. Ein solcher Masterplan muss langfristig und somit über die nächste Wahlperiode hinaus angelegt sein. (...)*

Die GRÜNEN: Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen mit und ohne Behinderung gemeinsam zur Schule gehen können. Die Einführung der inklusiven Schulbündnisse ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn nur eine enge Kooperation der regionalen Beratungs- und Förderzentren mit den örtlichen allgemeinen Schulen und den Förderschulen, wie sie in den inklusiven Schulbündnissen angelegt

ist, ermöglicht es, gezielt auf die Bedürfnisse von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern vor Ort eingehen zu können. Unser Ziel sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrer*innen, Förderschulpädagog*innen und Teilhabehelfer*innen gemeinsam verlässlich an allgemeinen Schulen arbeiten. Wir wollen Förderschulpädagog*innen möglichst mit allen Stunden an nur einer allgemeinen Schule einsetzen. Für uns ist der Wunsch der Eltern maßgeblich dafür, ob Kinder mit Behinderungen inklusiv oder an einer Förderschule geschult werden. Daraus folgt, dass die Zukunft der Förderschulen von der Akzeptanz der Eltern abhängt. (...)

Die LINKE: *Inklusion gelingt nur, wenn die Schulen ausreichend mit Lehrkräften und Fachkräften ausgestattet sind. Das ist derzeit nicht der Fall. Die Inklusiven Schulbündnisse sind ein Sparprogramm, denn Inklusion bedeutet nicht, Schwerpunktschulen zu bilden. Die BFZ machen eine gute Arbeit – zukünftig müssen aber an allen Schulen ausgebildete Sonderpädagogen sein.*

FDP: Die Umsetzung der Inklusion muss sich unabhängig von den Schulformen nach den tatsächlichen Bedürfnissen richten. Hier muss das Wohl der Schülerin oder des Schülers in den Mittelpunkt gestellt werden, es müssen die notwendigen räumlichen, sachlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, und die Zusammenarbeit mit anderen Professionen erfolgen, um eine erfolgreiche Beschulung auch verwirklichen zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule unterrichtet werden. Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen. Förderschulen sollen erhalten bleiben für Schüler, deren Eltern der Überzeugung sind, dass ihrem Kind dort die bestmögliche Förderung zuteil wird. (...)

Wie wollen Sie den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen in Hessen voranbringen?

CDU: Wir werden die Ganztagsangebote weiter bedarfsorientiert ausbauen. Wir setzen auf eine Vielfalt von freiwilligen, offenen, teilgebundenen und gebundenen Ganztagsangeboten. Der Ausbau des erfolgreichen „Paktes für den Nachmittag“ im Sinne von Wahlfreiheit, Angebotsvielfalt und Bedarfsorientierung hat für uns Priorität. Es darf keinen Ganztagszwang für alle Kinder geben. Es gilt die Wahlfreiheit der Eltern. Wir wollen Möglichkeiten erhalten, den Kindern am Nachmittag Raum und Zeit außerhalb der Schule zu geben, denn auch Aktivitäten in Feuerwehren, Sportvereinen, Hilfsorganisationen und an anderer Stelle dürfen nicht zu kurz kommen. (...)

SPD: *Wir wollen allen Familien, die das wünschen, moderne Ganztagschulen ohne Gebühren am Nachmittag anbieten, weil echte Ganztagschulen die Talente von Kindern besser erkennen und fördern können und damit zu mehr Chancengleichheit beitragen. Der Ganztagschulausbau (in gebundener und teilgebundener Form) hat für uns eine hohe Priorität. Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, je Schuljahr 50 Ganztagsgrundschulen zu schaffen. Auch für die weiterführenden Schulen wollen wir ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen verabschieden, das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet. (...)*

Die GRÜNEN: Wir werden den Ausbau von rhythmisierten Ganztagschulen (Profil 3) weiter vorantreiben. Gerade gebundene Ganztagschulen nach Profil 3 schaffen mehr Zeit für die individuelle Förderung von Kindern, weil sie eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag und somit einen Wechsel zwischen Lern- und Erholungsphasen ermöglichen. In den vergangenen Jahren wurden alle Anträge der Schulträger auf eine Profil-3-Ganztagschule genehmigt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. (...)

Die LINKE: *Wir sehen im Pakt für den Nachmittag ein Sparprogramm, das mit echtem Ganztag in schulischer Verantwortung nichts zu tun hat. DIE LINKE tritt schon immer für echte gebundene Ganztagschulen ein. Das werden wir auch zukünftig tun und alle Initiativen dahingehend unterstützen.*

FDP: Fortführung des flächendeckenden bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Ausbaus von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen: Weitere Angebote sollen jedoch standortbezogen zunächst auf freiwilliger Basis geschaffen werden, die allen Schulformen offenstehen. Zunehmende Integration der Betreuungs- und Bildungsangebote nach klarem pädagogischem Konzept: Betreuung darf sich nicht länger auf „Aufbewahrung“ beschränken. Dazu bedarf es multiprofessioneller Teams aus Lehrkräften und Erziehern, für die weitere Stellen geschaffen werden müssen. Bis zum Jahre 2023 soll in ganz Hessen die Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr an jeder Schule ermöglicht werden. Wir wollen aber auch den Lebensraum Familie geschützt wissen und setzen uns für das Recht der Kinder auf selbstbestimmte Freizeit und Kindsein ein. (...)

Wie beurteilen Sie die Forderung der GEW, verbindliche Vergleichsarbeiten, insbesondere die flächendeckenden Verabstufungen in der Grundschule abzuschaffen?

CDU: Diese Forderung lehnen wir ab. Vergleichsarbeiten dienen der Qualitätssicherung und -weiterentwicklung und somit einer zielgerichteten Förderung der Schülerinnen und Schüler. Ein Abschaffen von Vergleichsarbeiten wäre daher kontraproduktiv.

SPD: *Aus unserer Sicht kann man auf unnötige Vergleichsarbeiten, durch die keine Rückmeldung an die Lernenden erfolgt, verzichten.*

Die GRÜNEN: Im Hinblick auf die Vielzahl von zentralen Tests und Vergleichsarbeiten streben wir eine Evaluierung der einzelnen Instrumente zur Qualitäts- und Leistungsfeststellung an. Es muss sichergestellt sein, dass die Ergebnisse von Vergleichsarbeiten tatsächlich einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung leisten, ansonsten sind sie verzichtbar.

Die LINKE: *Wir unterstützen die GEW. Die Abschaffung der Lernleistungsstudien findet sich auch in unseren Haushaltsforderungen als Einsparung.*

FDP: Wir teilen diese Forderung in Gänze nicht, sondern stehen einer Weiterentwicklung und vor allem auch der Veränderung der Auswertungen grundsätzlich offen gegenüber.

Welche Zielvorstellungen haben Sie zur Reduzierung der Klassengrößen insbesondere auch in den Ballungsräumen und sozialen Brennpunkten? Wie beurteilen Sie in diesem Kontext die sozialindizierte Zuweisung von Lehrkräften und wie wollen Sie diese weiter entwickeln?

CDU: Die soziale Herkunft oder Beeinträchtigungen jedweder Art dürfen kein Kriterium für schulischen Erfolg sein. Die bundesweit nach wie vor unerreichte 105-prozentige Unterrichtsversorgung, die Schaffung von über 4.000 zusätzlichen Lehrstellen im Zeitraum 2014 bis 2019 oder die Senkung der Schüler-Lehrer-Relation von 1:19 im Jahr 1999 auf 1:14 im Jahr 2018 sind Erfolge der CDU-geführten Landesregierung, die unseren Zielvorstellungen entsprechen. Dazu gehört auch die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung, die wir unterstützen und nach Bedarf fortsetzen und weiterentwickeln wollen.

SPD: *Wir wollen, dass Lehrkräfte individuell auf das einzelne Kind eingehen können. Dazu brauchen wir andere Rahmenbedingungen, entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte, eine enge Zusammenarbeit mit den SozialpädagogInnen in der Schu-*



le, aber auch Veränderungen bei den Klassengrößen. Die derzeitige Zuweisung von Lehrstellen nach dem Sozialindex, der die soziale Lage ihres Einzugsgebiets widerspiegelt, wollen wir im Sinne individueller Förderung ergänzen und ausschließlich an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler der einzelnen Schule (schulscharf) ausrichten.

Die GRÜNEN: Aus Sicht der GRÜNEN ist eine Absenkung der maximalen Klassengröße eine, aber nicht die einzige Veränderung, die das Bildungssystem verbessern würde. In der Abwägung mit anderen Verbesserungen halten wir die Verbesserung der Lehrerzuweisung, weitere Sozialpädagog*innen, den Ausbau von Ganztagschulen und die Umsetzung der inklusiven Schulbündnisse für prioritär. Für Schulen mit besonderen Herausforderungen (Sozialindex, Integration, Inklusion) streben wir eine weitere Verbesserung der Lehrerausstattung über die 105 Prozent hinaus an. Auch wollen wir den Ansatz ausbauen, die Schulen durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für die pädagogische Arbeit schaffen. (...)

Die LINKE: *Die Lehrer-Schüler-Relation muss sinken. Dafür braucht es ausreichend Lehrkräfte. Bis 2030 werden 10.000 Lehrkräfte an den hessischen allgemeinbildenden Schulen fehlen. Wir haben eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben, die das herausgefunden hat. Mit diesen belegbaren Zahlen kann Druck auf das Kultusministerium ausgeübt werden, Studienplätze auszubauen und das Referendariat erfolgreich zu gestalten. Die Lehrkräftezuweisungen müssen entsprechend der Aufgaben erfolgen.*

FDP: Bereits in der letzten Legislaturperiode wurden die Klassengrößen reduziert und die „Sternchenregelung“, die mehr Schülerinnen oder Schüler ermöglichte, abgeschafft. Dies wurde mit großer Kraftanstrengung umgesetzt und vor allem werden daher mehr Lehrkräfte benötigt. Wir sprechen uns deshalb nicht für eine prinzipielle Verkleinerung aus, sondern möchten, dass Schulen selbst darüber entscheiden können, ob sie Lerngruppen in bestimmten Fächern oder für spezielle Zeiträume teilen, um differenziert zu unterrichten. Daher möchten wir, dass die 105%ige Lehrerversorgung wieder gewährleistet wird. Zudem soll die sozialindizierte zusätzliche Lehrerzuweisung fortgeführt und die Arbeit in multiprofessionellen Teams gestärkt werden. (...)

Zum Weiterlesen

Aus Platzgründen mussten alle Antworten der Parteien zum Teil stark gekürzt werden. Die vollständigen Antworten kann man auf der Homepage der GEW nachlesen: www.gew-hessen.de > Themen > Landtagswahl. Dort kann man sowohl die einzelnen Antwortbriefe als auch die thematisch sortierten Gegenüberstellungen einsehen.



Fragen zum Thema Berufliche Bildung

Fast die Hälfte der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen verfügt nicht über das Lehramt an Beruflichen Schulen. Wie will ihre Partei dem begegnen?

CDU: Eine Attraktivitätsoffensive für den Lehrerberuf soll für mehr Wertschätzung in der Öffentlichkeit sorgen. Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Verbänden und Organisationen, der Wirtschaft und den Hochschulen ist in diesem Sinne auszubauen. An den Berufsschulen konnten dank massiver Investitionen in den Bildungsetat trotz der freien Studien- und Berufswahl und des Wettbewerbes mit dem freien Arbeitsmarkt nahezu alle Lehrerstellen besetzt werden. Auch wenn sich der Bedarf im Zuge des demographischen Wandels reduzieren wird, ist die Versorgung der beruflichen Schulen mit einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Lehrkräfte aller beruflichen Fachrichtungen zweifelsohne eine dauerhafte und mit besonderer Intensität zu verfolgende Aufgabe. (...)

SPD: *Wir wollen allen Lehrkräften, die als QuereinsteigerInnen derzeit an unseren Schulen unterrichten, Angebote zur Weiterqualifizierung anbieten. Falls die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, werden wir ihnen durch diese Weiterqualifizierungen den Erwerb einer Lehrbefähigung oder eines Lehramts ermöglichen. Unter den Lehrkräften für arbeitstechnische Fächer werden wir für eine Weiterqualifizierung mit entsprechender Besoldung werben. Um mehr Studierende für Mangelfächer wie etwa Metall- und Elektrotechnik an den beruflichen Schulen zu gewinnen, werden wir die Einführung eines eigenen Hessenstipendiums für Mangelfächer initiieren. (...)*

Die GRÜNEN: Die duale Berufsausbildung ist eine der Stärken Deutschlands und Hessens. Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass der Anteil voll qualifizierter Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen wieder steigt. Außerdem müssen weiterhin notwendige Angebote zum Quereinstieg in die Tätigkeit an beruflichen Schulen eine fundierte pädagogische Weiterbildung vermitteln. (...)

Die LINKE: *Qualifizierungsmaßnahmen sollen berufsbegleitend möglich sein. Das heißt, Quereinsteiger brauchen dafür Zeit und müssen während ihrer Qualifizierung bezahlt werden.*

FDP: Gerade für einzelne Fächer im Bereich der beruflichen Bildung zeichnet sich zurzeit ein eklatanter Mangel an Lehrkräften ab, der wohl auch in den Folgejahren zunehmen wird. Daher müssen auch Fort- und Weiterbildungen für Seiteneinsteiger angeboten werden und langfristig Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung und zu besseren Aufstiegschancen eröffnet werden. (...)

Halten Sie die bisherigen Vorgaben und Rahmenpläne zum Übergang von der Schule in den Beruf für ausreichend? Welche Schwerpunkte wollen Sie in diesem Bereich setzen?

CDU: Die CDU-geführte Landesregierung hat 2015 erstmals alle Schulen inkl. der Gymnasien zur Erstellung eines fächerübergreifenden Curriculums zur Berufs- und Studienorientierung verpflichtet. Auch die Kooperation mit außerschulischen Partnern, das Ableisten von Betriebspraktika und der Einsatz des Berufswahlpasses wurden als verbindliche Anforderungen definiert. Auf dieser Grundlage gilt es die Berufsorientierung zu stärken

Zum Weiterlesen

Aus Platzgründen mussten alle Antworten der Parteien zum Teil stark gekürzt werden. Die vollständigen Antworten kann man auf der Homepage der GEW nachlesen: www.gew-hessen.de > Themen > Landtagswahl. Dort kann man sowohl die einzelnen Antwortbriefe als auch die thematisch sortierten Gegenüberstellungen einsehen.

und die sich durch hohe Praxisanteile auszeichnenden Mittelstufenschulen auszubauen, da sie Haupt- und Realschülern durch die starke Praxis- und Berufsorientierung gute Zukunftsperspektiven eröffnen. Den in Hessen im Schuljahr 2017/18 eingeführten Schulversuch der „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BüA)“ wollen wir als Erfolgsmodell ausbauen. (...)

SPD: *Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Berufswahlentscheidung gut überlegt zu treffen, damit der spätere Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf erleichtert wird und Abbrüche vermieden werden. Die derzeitigen Vorgaben und Rahmenpläne halten wir für unzureichend. Arbeitslehre muss auch im gymnasialen Bildungsgang wieder stattfinden. Wir wollen ein Konzept für regelmäßige Praxistage, die Lehrkräften einen kurzen und intensiven Einblick in die Arbeitswelt und Ausbildungsberufe ermöglichen, entwickeln. (...)*

Die GRÜNEN: Mit der neuen Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BüA) haben wir begonnen, das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf neu zu strukturieren. Wir wollen unproduktive Warteschleifen vermeiden und jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen. Auf Grundlage der ersten Erfahrungen mit BüA werden wir Nachsteuerungen vornehmen, um dieses Ziel zu erreichen. (...)

Die LINKE: *Die Förderung Jugendlicher mit besonderen Schwierigkeiten sehen wir nicht ausreichend gewährleistet. Außerdem müssen alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, auch die Stufe 2 zu absolvieren. Das größte Problem ist, dass im Anschluss keine verlässliche Ausbildungsperspektive besteht.*

FDP: Wir stehen einer Anpassung und Weiterentwicklung offen gegenüber und setzen diesbezüglich auf die Zusammenarbeit mit den beteiligten Institutionen. Es muss sichergestellt werden, dass die Anforderungen auch an die Arbeitswelt 4.0 berücksichtigt und die notwendigen Kompetenzen vermittelt werden.

Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um dem Lehrkräftemangel kurz- bzw. mittelfristig zu begegnen?

CDU: Nach den drastischen Kürzungen unter der letzten rot-grünen Landesregierung hat die CDU die Zahl der Lehrer im Vorbereitungsdienst erhöht und auf einem hohen und bedarfsgerechten Niveau stabilisiert. So wurde die Zahl der Referendarstellen an allen Schulformen von 3.335 auf 4.800 erhöht. Aufgrund der seit 1999 herbeigeführten Stellen- und Referendarzuwächse hat Hessen heute eines der im Durchschnitt jüngsten Lehrerkollegien aller Länder vorzuweisen. Auch der bundesweite Engpass an verfügbaren Lehrerstellen als Folge der nicht vorhersehbaren Flüchtlingszahlen konnte in Hessen deutlich besser überbrückt werden als in anderen Ländern. Die Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes umfasst freilich nicht ausschließlich materielle Aspekte, sondern bedarf auch einer Stärkung und Profilierung des Berufsbildes der Lehrer und deren ideeller Unterstützung in der Öffentlichkeit. (...)

SPD: *Der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften ist hoch und wird auch künftig hoch sein. Eine vorsorgende Personalbedarfsplanung für Hessen, die es seit 19 Jahren nicht gibt, ist überfällig. Wir werden eine mittelfristige Gesamtbedarfsplanung erstellen, die Zahl der Lehramtsstudienplätze erhöhen und mehr Studierende für Mangelfächer durch Maßnahmen wie das bereits erwähnte Hessenstipendium für Mangelfächer gewinnen. Die jetzt noch unabdingbare Einstellung von Seiten- und Quereinsteigern wollen wir verbindlich mit Maßnahmen verknüpfen, die die Professionalität aller dauerhaft als Lehrkräfte tätigen Personen sicherstellen. Wir werden allen Lehrkräften, die als Quereinsteiger/innen dauerhaft an unseren Schulen unterrichten, Angebote*

zur Weiterqualifizierung bei angemessener Stundenentlastung anbieten. (...)

Die GRÜNEN: Wie alle anderen Länder ist auch Hessen von der bundesweiten Lehrkräfteknappheit betroffen. In Hessen ist die Lehrerversorgung verglichen mit anderen Bundesländern zwar relativ gut, aber es gibt teilweise Engpässe, alle Lehrerstellen sofort mit den richtigen Personen besetzen zu können. Um der Lehrkräfteknappheit weiter zu begegnen, war es richtig, das Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften auf den Weg zu bringen. Langfristig haben wir die Ausbildungskapazität der Universitäten aufgestockt. (...)

Die LINKE: *Es müssen noch mehr Studienplätze geschaffen werden, denn Hessen kann derzeit nicht genug Lehrkräfte selbst ausbilden. Die Bedingungen für den Vorbereitungsdienst müssen verbessert werden. Quer- und Seiteneinsteiger werden nötig sein, dann aber mit einem verbindlichen berufsbegleitenden Qualifizierungsprogramm.*

FDP: Nur auf der Grundlage einer verlässlichen Lehrerbedarfsplanung können die notwendigen Kapazitäten von Studienplätzen und Stellen im Vorbereitungsdienst bemessen und angepasst werden. Ziel muss es sein, für alle die beste Bildung zu verwirklichen, und deshalb muss die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gesellschaftliche, mediale aber auch politische Anerkennung erfahren. Darüber hinaus müssen vor allem die Arbeitsbedingungen stimmen und dazu gehört, dass neben einer angemessenen Besoldung ausreichend Lehrkräfte vorhanden sind, dass die Aus- und Weiterbildung auf exzellentem Niveau erfolgt und dass die Lehrkräfte Unterstützung in ihrer Arbeit erfahren. (...)

Wie beurteilen Sie die Erfahrungen bei der Erprobung des Praxissemesters und wollen Sie dieses flächendeckend einführen?

CDU: Um die didaktische Eignung künftiger Lehramtsstudierender festzustellen, sprechen wir uns für ein verpflichtendes Praktikum in einer allgemeinbildenden Schule vor der Einschreibung aus. Darüber hinaus soll es auf freiwilliger Basis möglich sein, eine eignungsdiagnostische Feststellung zu Beginn des Studiums durchzuführen. (...)

SPD: *Lehramtsstudierende müssen angemessen auf die Praxisanforderungen des Lehrerberufs vorbereitet werden. Um berufsbiografische Brüche möglichst zu vermeiden, werden wir mit Beginn des Lehramtsstudiums eine Reflexion persönlicher Kompetenzen und der Eignung verbindlich gestalten. Zum Praxissemester gibt es noch keinen Abschlussbericht. Sofern dieser unseren Vorhaben nicht entgegensteht, beabsichtigen wir, mit einer Erhöhung aller Lehramtsstudiengänge auf zehn Semester auch das Praxissemester in der zweiten Studienhälfte flächendeckend zu implementieren. (...)*

Die GRÜNEN: Wir finden das Konzept eines Praxissemesters hilfreich, um eine stärkere Vernetzung und Abstimmung zwischen der universitären Phase und der zweiten Phase in den Studienseminaren zu erreichen. Nach der ersten Erprobungsphase wollen wir allerdings noch Nachbesserungen an der jetzigen Regelung anbringen. (...)

Die LINKE: *Praktische Erfahrungen sind unabdingbar und sollten verbindlich sein. Die LINKE kann den Überlegungen zu einer einphasigen Lehrkräfteausbildung einiges abgewinnen, denn es bedarf einer intensiven Verschränkung von Theorie und Praxis während der Ausbildung.*

FDP: Wir sprechen uns prinzipiell dafür aus, die Praxisanteile im Studium zu erhöhen, um eine stetige Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu gewährleisten, und unterstützen die Hochschulen in ihren Bemühungen, durch frühzeitige Beratung und

intensive Begleitung die Studierenden zur kritischen Selbstreflexion zu befähigen, inwieweit eine Tätigkeit als Lehrkraft für sie sinnvoll ist oder ob ein anderer beruflicher Werdegang eingeschlagen werden sollte. (...)

Wann kommt nach den Vorstellungen Ihrer Partei endlich die erforderliche Entlastung von Mentorinnen und Mentoren?

CDU: Die Mentorentätigkeit gehört – wie im Übrigen auch vergleichbar in größeren Betrieben, in der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe – zu den dienstlichen Aufgaben der Lehrkräfte. Beim Praxissemester gibt es wegen der besonderen Herausforderung eine Vergütung wegen der Teilnahme an der Vollerhebung (Evaluation).

SPD: *Wir werden dafür sorgen, dass es eine entsprechende Entlastung gibt.*

Die GRÜNEN: Mentor*innen unterstützen die Studierenden während ihrer Praktika und des Referendariats und haben daher einen sehr hohen Anteil am Erfolg der guten Lehrerbildung. Die Weiterqualifizierung von Mentor*innen sowie die Wertschätzung für ihre Arbeit zusätzlich zu ihrer regulären dienstlichen Tätigkeit sind für uns zwei Seiten einer Medaille. (...)

Die LINKE: *Wir drängen darauf, dass der Arbeit der Mentorinnen und Mentoren ein entsprechender Stellenwert beigemessen wird. Die Entlastung ist dringend nötig!*

FDP: Die Notwendigkeit der Veränderung wird gesehen, aber nicht losgelöst von der Weiterführung der Reform der Lehrerausbildung, die zwingend erforderlich ist, und von haushaltspolitischen Gesichtspunkten.

Für die Finanzierung der Fortbildung der Lehrkräfte stehen jeder Schule für jede Stelle 40 Euro pro Jahr zu. Halten Sie dies für ausreichend und welche Schritte werden Sie gehen?

CDU: Das CDU-geführte Kultusministerium hat wichtige Veränderungen bei der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften vorgenommen. So orientieren sich die unterschiedlichen Angebote der hessischen Kultusbehörden seither vor allem an der konkreten Nachfrage nach gezielten Veranstaltungen und Inhalten einerseits sowie an landesweit einheitlichen Qualitätsstandards andererseits. In einem kontinuierlichen Prozess sind diese Angebote zu evaluieren und bedarfsgerecht anzupassen. (...)

SPD: *Nein, wir halten die Summe für zu niedrig. Wir wollen die staatliche Lehrerfortbildung ausbauen und deutlich mehr kostenfreie Fortbildung anbieten. Wir wollen die Lehrkräfteakademie um drei regionale Kompetenzzentren und ein Fortbildungskolleg für berufsbegleitende Weiterbildung und Schulentwicklung erweitern. (...)*

Die GRÜNEN: Die Fortbildung der Lehrkräfte ist eines der wichtigsten Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Wir wollen daher die in der Lehrer*innenbildung tätigen Institutionen enger vernetzen, die Aus-, Fort- und Weiterbildung an die neuen Herausforderungen anpassen und diesen in der schulischen Praxis einen höheren Stellenwert einräumen. (...)

Die LINKE: *Das ist auf keinen Fall ausreichend! DIE LINKE steht für berufsbegleitende, bezahlte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.*

FDP: Eine bedarfsgerechte Überprüfung und ggf. Anpassung ist notwendig, denn die Fort- und Weiterbildung muss wie die Ausbildung den Anforderungen eines inklusiven Schulsystems, der individuellen Förderung und der Selbstständigen Schule, den Folgen des demografischen Wandels und den Risiken und Chancen neuer Medien Rechnung tragen. (...)



Fragen zu Tarif, Besoldung und Arbeitszeit

Unterstützen Sie die Forderung nach einer Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)?

CDU: Nein. Die Besoldung in Hessen ist im bundesweiten Wettbewerb um die besten Köpfe absolut konkurrenzfähig. Statt wie die TdL den kinderbezogenen Zuschlag für Neubeschäftigte zu streichen, hat das Land Hessen unter Führung der CDU mit den Gewerkschaften die Einführung einer Kinderzulage vereinbart. Weitere hessische Vorzüge sind die stufengleiche Höhergruppierung, die unbürokratische Regelung der Erschwerniszulage für die Beschäftigten der Straßen- und Verkehrsverwaltung im Außendienst, das bundesweit höchste Entgelt für Praktikanten in wichtigen sozialen Bereichen oder der Freizeitausgleich für Inhaber von Ehrenamts- oder Jugendleiterkarten. Auch das LandTicket Hessen hat die Attraktivität des Arbeitgebers Land Hessen deutlich erhöht. (...)

SPD: Ja, wir unterstützen die Forderung und werden im Fall eines Wahlsieges das Land Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückführen.

Die GRÜNEN: Wir halten an dem Ziel fest, dass Hessen in die TdL zurückkehrt. Wir wollen uns mit den Gewerkschaften verständigen, wie die Vorteile des hessischen Tarifvertrags und eine Fortführung des LandTickets mit der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft in Einklang gebracht werden können. (...)

Die LINKE: Ja. Wir haben uns immer für die Rückkehr eingesetzt und werden auch zukünftig dafür eintreten.

FDP: Der hessische Sonderweg, aus der TdL auszusteigen, war ein nachvollziehbarer Ansatz, der sich jedoch mit Blick auf die Tarifabschlüsse der letzten Jahre nicht bewährt hat. Wir wollen daher in die TdL zurückkehren und damit unnötigen Verhandlungs- und Verwaltungsaufwand einsparen.

Wie stehen Sie zu dem Grundsatz, dass Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden?

CDU: Wir werden selbstverständlich dafür Sorge tragen, die Beschäftigten angemessen an der allgemeinen Lohnentwicklung zu beteiligen und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Hessen im Sinne eines modernen und attraktiven Arbeitgebers weiterzuentwickeln. Maßstab für jede Besoldungsanpassung sind die aus der Verfassung abzuleitenden und vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung konkretisierten Vorgaben. Die Einführung eines Automatismus hinsichtlich der Anpassungen würde grundlegenden, in der Verfassung verankerten Grundsätzen widersprechen. (...)

SPD: Für uns ist wichtig, dass das Besoldungsrecht dem Tarifrecht folgt und alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angemessen an der Einkommensentwicklung teilhaben können. Besoldungsdiktate und Nullrunden, wie unter CDU-Regierungen, wird es mit uns nicht geben.

Die GRÜNEN: Uns ist der Grundsatz wichtig, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass die für die Angestellten der Hessischen Landesverwaltung erzielten Tarifergebnisse wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. (...)

Die LINKE: Wir befürworten diesen Grundsatz.

FDP: Wir befürworten eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten, da unter der derzeitigen Entwicklung des Landeshaushaltes ein weiteres Auseinanderklaffen der Bezahlung von Tarifbeschäftigten und der Beamtenbesoldung nicht vertretbar ist. (...)

Wann gilt auch für die hessischen Beamtinnen und Beamten die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden?

CDU: Unter CDU-Führung wurde in dieser Legislaturperiode die faktische 40-Stunden-Woche eingeführt. Die reguläre Dienstzeit wurde um eine Stunde auf 41 Stunden reduziert – das Lebensarbeitszeitkonto aber beibehalten, sodass die 41. Stunde auf dem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. (...)

SPD: Wir werden im Fall eines Wahlsieges die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten ebenso wie bei den Tarifbeschäftigten auf 40 Stunden in der Woche begrenzen.

Die GRÜNEN: Die frühere 42-Stunden-Woche wurde bereits um eine Stunde verkürzt. Weil die 41. Stunde dem beibehaltenen Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben wird, gibt es faktisch bereits jetzt eine 40-Stunden-Woche. In der neuen Legislaturperiode wollen wir jedoch die Rückkehr zur regulären 40-Stundenwoche erreichen.

Die LINKE: Es ist sehr zu hoffen, dass eine neue Landesregierung zügig die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden reduziert. Für Lehrkräfte und Sozialpädagogen sollte die Pflichtstundenzahl um eine Stunde gesenkt werden. Zudem ist es nötig, besondere Aufgaben mit ausreichend Deputatsstunden auszustatten. (...)

FDP: Eine weitere Reduzierung der Arbeitszeit ist nur mit einer seriösen Gegenfinanzierung darstellbar. Eine Reduzierung der Dienstzeiten bedeutet entweder mehr Personal, oder aber die Arbeitszeit würde lediglich in Überstunden verlagert. (...)

Wie beurteilen Sie die Forderung der GEW, Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer wie ihre Kolleginnen und Kollegen nach A13 bzw. E 13 zu bezahlen, und welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen?

CDU: Nach der 2014 erfolgten Anhebung der Besoldung der Schulleiterinnen und Schulleiter an Grundschulen haben wir zuletzt bei den Konrektorstellen eine Anhebung vorgenommen, von der über 900 Lehrkräfte in den Schulleitungsteams der Grundschulen profitiert haben. Kleine Grundschulen erhalten erstmals eine Konrektorstelle. Eine Anhebung der Besoldung aller Grundschullehrer nach A13 bzw. E13 erscheint uns im Hinblick auf das Gesamtgefüge aller einzugruppierenden Angestellten und Beamten als nicht angemessen. (...)

SPD: Grundschullehrkräfte haben eine große Verantwortung für den künftigen Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen. Das wird viel zu wenig wert geschätzt und berücksichtigt. Durch die Ausweitung auf zehn Semester werden die Grundschulstudiengänge inhaltlich aufgewertet. Um dies zu würdigen und die Ungleichbehandlung von Lehrämtern zu beenden, soll die Einstiegsvergütung künftig für alle Lehrämter gleich bei A13/E13 liegen. Die Angleichung der Besoldung soll auch bereits im Schuldienst befindlichen Lehrkräften zugutekommen können. (...)

Die GRÜNEN: Einige Bundesländer haben bereits damit begonnen, ein gleiches Einstiegsgehalt umzusetzen. Unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Bundesländern in diesen Fragen machen aus unserer Sicht keinen Sinn. Daher werden wir uns in der Kultusministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Regelung einsetzen.

Die LINKE: Die Linke fordert die Besoldung nach A13 für Grundschullehrerinnen und -lehrer. Wir haben das in den Haushaltsdebatten beantragt und die Aktionen der Kolleginnen und Kollegen unterstützt.

FDP: Die Anhebung der Grundschullehrkraftgehälter kann nicht von heute auf morgen erfolgen, aber gerade mit Blick auf den Lehrermangel ist diese Entwicklung mehr als notwendig.



Frankfurt,
22.9.2018
(Foto: GEW)

Zahlreiche „Brandbriefe“ dokumentieren die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer. Welche Maßnahmen halten Sie für vordringlich, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren?

CDU: Alleine in der laufenden Legislaturperiode hat die CDU-geführte Landesregierung 4.350 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und den Schulen dadurch zusätzliche Spielräume ermöglicht. Mittlerweile sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung ausweislich des Bildungsfinanzberichtes aus dem Jahr 2017 mit 1.495 Euro pro Kopf in keinem anderen deutschen Flächenland höher als in Hessen. Durch die daraus resultierende 105-prozentige Lehrerversorgung und die Schaffung der zusätzlichen Lehrerstellen wurden in Hessen deutlich kleinere Klassen, mehr Entlastungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und bessere pädagogische Rahmenbedingungen ermöglicht. Die CDU Hessen ist sich ihrer Verantwortung für exzellente Rahmenbedingungen der Lehrerkollegien und Schulleitungen bewusst und wird im Rahmen der finanziellen Handlungsspielräume weiter an deren kontinuierlicher Optimierung arbeiten. Auch der Einsatz von Schulassistentenkräften und die Übernahme von Schulsekretärinnen in den Landesdienst sollen zu einer wirkungsvollen Unterstützung im administrativen Bereich beitragen. (...)

SPD: Wir werden jede Überlastungsanzeige ernst nehmen und im Einzelfall prüfen, wie wir Lehrkräfte entlasten können. Zusätzliche Unterstützung werden wir durch den Ausbau multiprofessioneller Teams sowie durch Assistenzkräfte an allen Schulformen schaffen. Wir werden den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften ausbauen und ein schulisches Gesundheitsmanagement aufbauen. Für Lehrkräfte, die sich als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle schaffen. (...) Die mobile Vertretungsreserve werden wir mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausbauen, um befristete Verträge zu reduzieren und qualifizierten Vertretungsunterricht sicherzustellen. Das Leitungsdeputat von Schulleitungen muss ebenfalls den steigenden Anforderungen angepasst werden. Den Einsatz von zusätzlichen Verwaltungsfachkräften werden wir erleichtern. (...)

Die GRÜNEN: Für Schulen mit besonderen Herausforderungen (Sozialindex, Integration, Inklusion) streben wir eine weitere Verbesserung der Lehrerausstattung über die 105 Prozent hinaus an. Auch wollen wir den Ansatz ausbauen, die Schulen durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für die pädagogische Arbeit schaffen. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an Schulen wollen wir weiter reduzieren. (...)

Die LINKE: Leider muss die erste Maßnahme sein, das Kultusministerium dazu zu bringen, die Überlastungsanzeigen ernst zu nehmen. Die Arbeitsbedingungen verbessern sich u.E. mit einer günstigeren Lehrer-Schüler-Relation, durch die Unterstützung durch andere Professionen (multiprofessionelle Teams), mit einer Stundenreduzierung, mit der Entlastung von unterrichtsfremden Aufgaben bzw. durch ausreichend Deputatsstunden.

FDP: Wir nehmen die Überlastungsanzeigen von Lehrkräften und Schulleitungen sehr ernst und haben deshalb eine Anhörung im Landtag zu diesem Thema durchgeführt, bei der viele aus der tagtäglichen Praxis berichteten. Wir möchten, dass die Lehrer und Schulleitungen sich wieder auf ihre eigentlichen pädagogischen Aufgaben konzentrieren können und die Zeit den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung steht. Daher möchten wir unnötige Dokumentationspflichten abschaffen, Verwaltungsangestellte in die Schulen bringen und vor allem die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams fördern. (...)

Zum Weiterlesen

Aus Platzgründen mussten alle Antworten der Parteien zum Teil stark gekürzt werden. Die vollständigen Antworten kann man auf der Homepage der GEW nachlesen: www.gew-hessen.de > Themen > Landtagswahl. Dort kann man sowohl die einzelnen Antwortbriefe als auch die thematisch sortierten Gegenüberstellungen einsehen.



Fragen zum Thema Hochschule

Wie wollen Sie die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse in den hessischen Hochschulen reduzieren?

CDU: Ein höherer Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen ist dem Hochschulsystem mit seinen Qualifikationsschritten und – häufig drittmittelfinanzierten – Projekten immanent. Dies ist auch sachgerecht. Im aktuellen Hessischen Hochschulpakt 2016 - 2020 wurde jedoch vereinbart, dass die Hochschulen eine aufgabengerechte und funktionale Personalstruktur anstreben sollen. Die Personalkonzepte der Hochschulen sollen insbesondere vorsehen, dass Daueraufgaben in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen wahrgenommen werden, soweit dies aufgrund der zu erbringenden Dienstleistungen sinnvoll und angemessen ist, und die Chancen für den künftigen wissenschaftlichen Nachwuchs gesichert bleiben. Die Hochschulen werden den Anteil attraktiver unbefristeter wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse in geeignetem Umfang erhöhen. (...)

SPD: Um gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen zu erreichen, wollen wir einen Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen, der auch zum Schutz vor prekärer Beschäftigung – etwa für studentische Hilfskräfte – dient, einführen und den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzen. Wir wollen befristete Arbeitsverträge zugunsten unbefristeter Stellen abbauen.

Die GRÜNEN: Unser Ziel ist es, den Anteil von Kurzzeit- und Kettenbefristungen soweit wie möglich zu begrenzen. Auf Seiten der Beschäftigten sollen Stellen, die Daueraufgaben betreuen, möglichst in Dauerstellen ausgestaltet werden. Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind hingegen befristet und sollen so lange vereinbart werden, dass die angestrebte Qualifikation tatsächlich erreicht werden kann. Wir wollen unsere Ziele für faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in einem Kodex für gute Arbeit zusammenführen und mit den Hochschulen und Personalvertretungen vereinbaren. (...)

Die LINKE: Die prekären Beschäftigungsverhältnisse und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz führen dazu, dass der eigene Nachwuchs in den meisten Fällen überhaupt nicht die Möglichkeit hat, sich akademisch weiter zu qualifizieren. Daher müssen auch mehr „echte“ Qualifikationsstellen geschaffen werden. (...)

FDP: Grundsätzlich wollen wir die hessischen Hochschulen bei den Möglichkeiten der Personalentwicklung durch die Hochschulautonomie stärken. Wir möchten daher die Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler. Den Bedürfnissen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in verstärkter Form Rechnung getragen werden. Dies gilt auch für den sogenannten akademischen Mittelbau, dem bessere Karrierechancen und Arbeitsbedingungen geboten werden müssen. (...)

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Grundfinanzierung der Hochschulen auf eine nachhaltige und solide Basis stellen?

CDU: Die Hochschulpakete in Hessen sind und bleiben der Eckpfeiler der hessischen Hochschulfinanzierung und sind nach unserer Auffassung hervorragend ausfinanziert. So ist im Zuge des derzeit laufenden hessischen Hochschulpaktes die Rekordsumme von rund 9 Milliarden Euro für die Hochschulen vereinbart worden. Allein im Jahr 2019 wird sich die Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften auf 1,7 Milliarden Euro belaufen. Diesen Kurs werden wir beibehalten. Wir begrüßen zudem ausdrücklich die zwischen CDU/CSU und SPD für die neue Legislaturperiode auf Bundesebene vereinbarte Fortführung des HSP 2020. Hessenweit werden ca. 200 Professuren direkt aus HSP 2020-Mitteln finanziert. (...)

SPD: Wir wollen die Planbarkeit der Hochschulfinanzen erhöhen, indem wir die verlässliche Grundfinanzierung weiter stärken. Dabei sollen alle Studierenden, die nicht mehr als zwei Semester über der Regelstudienzeit sind, einbezogen werden. Langfristig muss die Mittelberechnung an die in der Realität entstehenden Kosten angepasst werden.

Die GRÜNEN: Während die Hochschulen in der vorherigen Wahlperiode bis 2013 mit stagnierenden Budgets bzw. sogar mit Kürzungen in der Mittelzuweisung operieren mussten, hat Hessen unter grüner Regierungsbeteiligung als erstes Land die Empfehlungen der großen Wissenschaftsorganisationen umgesetzt, die Hochschulfinanzierung um ein Prozent oberhalb der Inflation aufwachsen zu lassen. Allein im Doppelhaushalt 2018/2019 werden die Hochschulbudgets um 68 Millionen Euro gesteigert. Wir wollen den Weg der steigenden Grundbudgets weitergehen und so ausbauen, dass die Hochschulen wettbewerbsfähig mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen bleiben. (...)

Die LINKE: Der Hochschulpakt hat eine große Bedeutung. Die Gelder für die Hochschulen waren dringend notwendig. Trotzdem hat sich die Betreuungsrelation drastisch verschlechtert. Lehre wird immer mehr von prekär Beschäftigten gehalten. Alle (Profis genau wie der Mittelbau) stehen unter dem Zwang, Drittmittel einzuwerben, weil die Grundsicherung nicht gewährleistet ist.

FDP: Um optimale Studienbedingungen zu ermöglichen, setzen wir auch weiterhin auf pragmatische Lösungen wie überlappende Berufungen (d. h. Neubesetzungen von Professorenstellen, die erst in einigen Jahren auslaufen) und zusätzliche Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau. Die QSL-Mittel sind auch zukünftig bereitzustellen und nicht gegenzurechnen. Der Staat muss für jeden Studierenden, der sich für ein Studium in zertifizierter Qualität entscheidet, konsequent und trägerunabhängig die Kosten nach dem Modell „Geld folgt Student“ (Gefo5) an die entsprechende Bildungseinrichtung zahlen.

Wie wollen Sie der Verschlechterung der Studienbedingungen begegnen und die negative Entwicklung des Zahlenverhältnisses von Lehrkräften und Studierenden stoppen?

CDU: Die Frage wurde mit der vorangehenden beantwortet.

SPD: Wir wollen in einem Stufenplan die Betreuungsrelationen schrittweise verbessern und auf ein international vergleichbares Niveau bringen. Darüber hinaus wollen wir die Mittel zur Qualitätsverbesserung verstetigen und an die gestiegenen Studierendenzahlen anpassen. Wir wollen unsere bundespolitischen Möglichkeiten einsetzen, um das Kooperationsverbot komplett zu beseitigen und bei der Fortschreibung der Bundesmittel einen weiteren Anstieg zu erreichen. Die schrittweise Verbesserung der Betreuungsrelationen wollen wir gemeinsam mit den Kosten für Forschung und Digitalisierung und der Dynamisierung der QSL-Mittel in einen neuen Hochschulpakt fassen. (...)

Die GRÜNEN: Um die Betreuungsrelation zu verbessern und Lehrende sowie Forschende zu entlasten, werden wir den Weg der verlässlich wachsenden Grundfinanzierung der Hochschulen weitergehen. Zudem haben wir damit begonnen und werden daran weiterarbeiten, zusätzliche Stellen für Wissenschaftler*innen zu schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns bereits seit einiger Zeit gegenüber dem Bund für die Verstetigung des Bund-Länder-Hochschulpaktes 2020 ein, damit auch die hieraus finanzierten Stellen so bald wie möglich besetzt werden können. (...)

Die LINKE: Auch hier muss auf eine solide und zuverlässige Grundfinanzierung verwiesen werden. Und natürlich müssen mehr (gut bezahlte und unbefristete) Stellen geschaffen werden, wenn immer mehr Studierende an die Hochschulen kommen.

FDP: Die Frage wurde mit der vorangehenden beantwortet.

Fragen zu den kommunalen Investitionen

Wie wollen Sie die kommunalen Schulträger finanziell unterstützen, um Schulen zu sanieren und die notwendigen Neubauten zu errichten?

CDU: Mit dem Kommunalinvestitionsprogramm „KIP macht Schule!“ werden insgesamt über 500 Millionen Euro in die Schulinfrastruktur investiert. Das Bundesprogramm wurde dabei durch ein Landesprogramm ergänzt, so dass auch alle Schulträger in Hessen von den Förderprogrammen profitieren können. In der neuen Wahlperiode werden wir ein weiteres Kommunalinvestitionsprogramm zur Verbesserung der Schulinfrastruktur auflegen (KIP macht Schule 2.0). Neben Investitionen in kommunale Schulgebäude soll dann insbesondere die Modernisierung von Schultoiletten gefördert werden. Des Weiteren werden wir auch grundsätzlich für eine gute finanzielle Ausstattung der Schulträger sorgen. Der Kommunale Finanzausgleich wird in den nächsten Jahren die Rekordmarke von 6 Milliarden Euro übersteigen. (...)

SPD: Die schwarz-grüne Landesregierung hat eine Bestandsaufnahme des tatsächlichen Ausbau- und Sanierungsbedarfs der Schulen vehement verweigert. Wir werden eine solche Erhebung durchführen und auf dieser Basis ein Investitionsprogramm auflegen. Unabhängig davon benötigen die Schulträger wieder eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung beim Schulbau. Anders als in den letzten 19 Jahren CDU-Regierung werden wir ein verlässlicher Partner der Schulträger sein und werden diese durch eine Verstetigung der Mittel unterstützen, den Investitionsstau an unseren Schulen zu beenden, die Schulausstattung zu modernisieren und die Rahmenbedingungen für digitales Lernen zu schaffen. Wir wollen in Zukunft die verlässliche und planbare Finanzierung des Aus-, Um- und Neubaus von Schulen gewährleisten.

Die GRÜNEN: Bau und Erhalt der Schulgebäude sind Aufgaben der kommunalen Schulträger. Dennoch hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Schulträger auch bei Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Wir wollen ein drittes kommunales Investitionsprogramm (KIP III) auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen. (...)

Die LINKE: Das KIP-Programm geht in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus, den Investitionsstau aufzulösen. Noch immer wird weniger investiert, als nötig wäre, um nur die Substanz zu erhalten. Hessen muss ein eigenes Investitionsprogramm auflegen und auch weitere Bundesmittel einfordern. Schulsanierungen können nicht bei den kommunalen Schulträgern hängen bleiben, denn ihnen fehlt es an ausreichender finanzieller Ausstattung. Schon die Realisierung der KIP-Mittel scheitert nicht selten daran, dass in den Kommunen Stellen bei den Bauämtern fehlen. Hier ist das Land in der Pflicht und kann das bei richtiger Schwerpunktsetzung auch aus den sprudelnden Steuereinnahmen leisten. Außerdem sind Investitionen in öffentliche Bauten lohnenswerte Konjunkturspritzen.

FDP: Wir haben bereits bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2017 ein Investitionsprogramm von 100 Millionen Euro für die Investitionen in Schulen gefordert. Dies wurde von der schwarzgrünen Koalition abgelehnt. Zwischenzeitlich wurden dann die Mittel des Bundes aus dem Kommunalinvestitionspaket II, die ausschließlich für Schulbauten zur Verfügung stehen, an die Kommunen weitergeleitet. Wir wollen diesen Weg fortsetzen und die Schulträger auch weiter bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen. (...)



Kassel,
11.12.2017
(Foto: GEW)

Fragen zum Thema Mitbestimmung

Welche konkreten Änderungen im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) halten Sie für erforderlich, um die demokratischen Rechte der Personalvertretungen auszubauen und Verschlechterungen aus den letzten Jahren zurückzunehmen? Wie wollen Sie in diesem Zusammenhang die Anrechnungszeiten insbesondere der Schulpersonalräte verbessern?

CDU: Das HPVG hat sich in seiner Anwendung insgesamt bewährt. (...)

SPD: Wir halten die Einschränkung von Beteiligungsrechten von Personalvertretungen für falsch. Um eine bessere Mitwirkung bei Reform- und Organisationsentwicklungen zu ermöglichen, wollen wir eine Novellierung des HPVG vornehmen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten einen Entwicklungsprozess zu einer umfassenden Staatsmodernisierung im Sinne einer bürgernahen, effektiven und modernen Verwaltung in Gang bringen. (...)

Die GRÜNEN: Wir möchten gerne durch eine Novellierung des HPVG die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weiterentwickeln und im Dialog mit den Gewerkschaften das Dienstrecht reformieren. (...)

Die LINKE: Die Entlastung bzw. Freistellung für Schulpersonalräte muss deutlich ausgeweitet werden. Derzeit gibt es eine Entlastungsstunde. Drei Stunden wären erforderlich. Schulpersonalräte sollen Mitbestimmungsrechte bei der Stellenbesetzung von Schulleitungen und stellvertretenden Schulleitungen haben. (...)

FDP: Die Gewährleistung der Rechte von Fachgewerkschaften und kleineren Gewerkschaften ist elementar für eine demokratisch legitimierte Zusammensetzung der Personalvertretung. Eine Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts ist auch zukünftig im Dialog mit Fachverbänden sowie Interessenvertretern zu erreichen. (...)

Zum Weiterlesen

Aus Platzgründen mussten alle Antworten der Parteien zum Teil stark gekürzt werden. Die vollständigen Antworten kann man auf der Homepage der GEW nachlesen: www.gew-hessen.de > Themen > Landtagswahl. Dort kann man sowohl die einzelnen Antwortbriefe als auch die thematisch sortierten Gegenüberstellungen einsehen.

Vor der Wahl: Berufsbildende Schulen

Die HLZ veröffentlicht im Folgenden die Analyse der Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen der GEW Hessen zur Lage an den Berufsbildenden Schulen sowie die Forderungen für ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation. Die aktuelle Situation an den berufsbildenden Schulen in Hessen ist ernst:

- Ende Juli 2018 hatten noch über 10.000 bei der Bundesagentur gemeldete Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz.
- Die Probleme bei den Berufsschulstandorten in den dualen Berufen nehmen zu.
- Es gibt viele unbesetzte Stellen und in vielen Bereichen einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften.
- Lehrkräfte und Schulleitungen sind mit vielen zusätzlichen Verwaltungsaufgaben belastet.
- Für neue Aufgaben fehlen ausreichende Angebote zur Fort- und Weiterbildung.
- Es gibt zwar Konzepte zur Beschulung von Zugewanderten, doch diese berücksichtigen die Besonderheiten der beruflichen Bildung nicht ausreichend. Die Maßnahmen verfügen nicht über die notwendigen Ressourcen.
- Viele Gebäude sind in einem mangelhaften Zustand.

Vor diesem Hintergrund fordert die Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen der GEW Hessen von der zukünftigen Landesregierung ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation an den Berufsbildenden Schulen mit den folgenden Schwerpunkten:

Arbeits- und Lernbedingungen verbessern

Um die geforderte individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern und die anstehende Umsetzung der inklusiven Beschulung auch in der Ausbildung umzusetzen, müssen die damit verbundenen Tätigkeiten durch Anrechnungstunden ausgeglichen, die Klassengrößen reduziert und sonderpädagogische Förderung und sozialpädagogische Unterstützung als personelle Regelausstattung jeder berufsbildenden Schule eingeführt werden. Darüber hinaus sind die Pflichtstunden generell zu reduzieren und für alle Lehrenden an berufsbildenden Schulen gleich anzusetzen.

Der Renovierungsstau der Gebäude an vielen berufsbildenden Schulen und die oftmals veraltete Ausstattung müssen umgehend angegangen werden. Zur Unterstützung der Schulträger ist ein Sanierungs- und Ausstattungsprogramm der Landesregierung notwendig. Dass die Landesre-

gierung nur die angekündigten Mittel des Bundes weiterleitet, reicht bei weitem nicht aus, den Bedarf zu decken.

Nachwuchs und Qualifikation sichern

Für die Bereiche Metall und Elektro wurde erst kurz vor der Wahl eine Sondermaßnahme aufgelegt, obwohl der Lehrkräftemangel in diesen Bereichen bereits seit langem bekannt ist. Nach wie vor wird es trotz solcher punktueller Maßnahmen einen eklatanten Nachwuchsmangel in vielen Berufsfeldern geben. Zur Behebung des Mangels muss die Landesregierung ein schlüssiges und wirksames Konzept entwickeln. Sondermaßnahmen für einzelne Berufsfelder reichen nicht aus. An den berufsbildenden Schulen in Hessen unterrichten weit über 1.400 Personen hauptberuflich ohne Lehramt. Für diese Personen sind Weiterbildungsmaßnahmen einzurichten, die den Zugang zu einem Lehramt ermöglichen. Auch den arbeitstechnischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern müssen Angebote zur Weiterbildung gemacht werden, in denen sie sich für das Lehramt beruflichen Schulen qualifizieren können. Die staatlich verantwortete Fortbildung ist sowohl in den beruflichen Fachrichtungen als auch in den allgemeinbildenden Fächern unzureichend. Als Lösung wird ein staatliches Fortbildungsinstitut für die berufsbildenden Schulen gefordert, das mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet ist.

Übergänge gestalten und Mängel bei InteA beheben

Im Bündnis Ausbildung Hessen hat die Landesregierung eine Ausbildungsgarantie versprochen. Trotz der Verlautbarungen zum Fachkräftemangel ist es für viele Jugendliche schwer bzw. unmöglich, den Übergang in Ausbildung ohne Unterstützung zu schaffen. Eine Reform des Übergangs, die alle Jugendlichen mitnimmt und ihnen eine Perspektive für Ausbildung, weiterführende Bildungsgänge und das weitere Leben gibt, ist überfällig. Ob die neu eingeführte Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) dies ermöglicht, ist zeitnah zu evaluieren und ggf. zu modifizieren.

Neben der Qualifizierung von benachteiligten Jugendlichen ist die Integration von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten in die Berufswelt eine weitere Aufgabe der berufsbildenden Schulen. InteA, das Programm der Landesregierung, hat Mängel, die behoben werden müssen, damit Integration erfolgreich wird:

- Das Sprachförderkonzept darf nicht nur eine Kopie aus den allgemeinbildenden Schulen sein.
- Die Klassenstärke ist mit 20 Jugendlichen im Vergleich zu 16 in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung viel zu hoch.
- Junge Erwachsene über 20 werden nicht gefördert.
- Die sozialpädagogische Unterstützung ist viel zu gering angesetzt.
- Betriebspraktika sind so gut wie nicht vorgesehen.
- Die Chance der Verbindung von Lernen und Arbeiten in der Berufsschule wird nicht genutzt.
- Die bereits eingeleiteten Fördermaßnahmen für Zugewanderte in der dualen Ausbildung müssen ausgebaut und verstetigt werden.

Ralf Becker, Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen



Vor der Wahl: Hochschulen und Forschung

Beschäftigte an Hochschulen brauchen gute Arbeitsbedingungen, um ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können. Post-Truth-Politik à la Trump, AfD, Orban und Co. beruft sich heute auf frei erfundene „Fakten“ statt begründete Argumente. Wissenschaftlicher Konsens – ob zur Klimakrise oder Kriminalitätsstatistik – wird immer häufiger einfach ignoriert. Wissenschaftliche Bildung, kritisches Denken und unabhängige Forschung sind im heutigen Kontext komplexer globaler Herausforderungen und zunehmend autoritärer werdender neoliberaler Verhältnisse wichtiger denn je. Die HLZ veröffentlicht im Folgenden die Forderungen der Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Hessen zur Landtagswahl.

- Befristete Stellen entfristen: Öffentlich finanzierte Hochschulen müssen kritische, unabhängige Forschung durch feste, langfristig angestelltes Personal sicherstellen.
- Mehr als Auftragsforschung: Zeitlich begrenzte drittmittelgeförderte Forschungsprojekte dürfen nicht weiter zu prekärer Beschäftigung führen.
- Schluss mit der Unsicherheit: Dauerstellen für Daueraufgaben in der Lehre und für die Betreuung Studierender! Verlässlich finanzieren, Personal aufstocken!
- Weg mit dem Drittmittelunwesen: Hochschulen in demokratischen Gesellschaften brauchen eine verlässliche Grundfinanzierung, um von interessengetriebenen Drittmitteln unabhängig wissenschaftlich bilden und forschen zu können.
- Mehr Personal für mehr Arbeit: Die Zahl der Hochschulbeschäftigten muss mit wachsenden Studierendenzahlen und Aufgaben Schritt halten.
- Zeit für gute Lehre schaffen und die Selbstausschöpfung beenden: Dazu muss die Lehrverpflichtungsverordnung reformiert, der Zeitaufwand für die Vor- und Nachbereitung und die Betreuung Studierender realistisch berechnet werden. Ausufernde Wochenarbeitszeiten durch willkürlich festgelegte Lehrverpflichtungen müssen aufhören.
- Qualifikationsstellen aufwerten und mehr Zeit für eigene Forschung: Bei Qualifikationsstellen muss die eigene Forschung an erster Stelle stehen. Statt ein Drittel sollten drei Viertel der Arbeitszeit hierfür zur Verfügung stehen.
- Endlich nein sagen können: Die quasi-feudale Abhängigkeit Promovierender muss beendet werden. Vorgesetzte dürfen keine Betreuenden sein! Mitbestimmung stärken!
- Nicht über unsere Köpfe hinweg: Die Rechte für die Mitgestaltung von Arbeitsplätzen und Abläufen aller Beschäftigten sowie die Mitbestimmungsrechte für Personalräte bei Einstellungen von wissenschaftlichem Personal müssen gestärkt werden. Auch Promovierende ohne Stelle sollen Mitspracherechte wie Mitarbeitende erhalten.
- Gegen rechts positionieren: Wachsende Wissenschaftsfeindlichkeit und Kampagnen gegen gesellschaftskritische wissenschaftliche Positionen bedrohen die freie Arbeit an Hochschulen. Hochschulen und ihre Mitglieder müssen sich entschieden gegen Ausgrenzung und antidemokratische Tendenzen positionieren.
- Stopp für politische Instrumentalisierung: Tarifverträge müssen sich auf betrieblich Relevantes beschränken. Gesellschaftspolitische Fragen gehören in Gesetzgebungsverfahren und nicht in Tarifverträge.

• Dem Rechtsruck an Hochschulen Einhalt gebieten: Die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse machen vor den Toren der Hochschulen nicht halt. Wir setzen uns ein für Antifaschismus und Antinationalismus. Wir kämpfen gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, Antigen-derismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit.

Konkrete Maßnahmen für ein Sofortprogramm

Für die Hochschulen sieht das von der GEW geforderte Sofortprogramm folgende konkrete Maßnahmen vor:

- **100 Millionen Euro für zusätzliche Studienplätze und bessere Studienbedingungen:** Derzeit sind 60 oder mehr Studierende pro Seminar die Regel, eine individuelle Betreuung durch Lehrende oder die Verwaltung ist kaum noch möglich. Um eine Erhöhung der Studienplätze in Angriff nehmen zu können, müssen umgehend 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Die GEW fordert die zusätzliche Einstellung von 600 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 200 Verwaltungsfachkräften und 50 Fachkräften für die Gebäudetechnik sowie 200 zusätzliche Professuren. Die Mehrkosten belaufen sich nach der gültigen Personalkostentabelle auf 97,8 Millionen Euro.
- **50 Millionen Euro für mehr Zeit für gute Lehre:** Dabei muss die Lehrverpflichtung auf Basis der real notwendigen Lehrzeit neu bewertet werden, so dass angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten berücksichtigt werden. Als erste Schritte fordert die GEW die Reduzierung der Lehrverpflichtung für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf 20 Semesterwochenstunden. Außerdem fordern wir für alle Lehrenden analog zum Schuldienst eine Stundenreduzierung um eine halbe Stunde. Unmittelbar entstehen für das Jahr 2019 zusätzliche Kosten in Höhe von 52 Millionen Euro.
- **Umfassende Entfristungen in Lehre und Verwaltung:** Rund 85 Prozent der etwas mehr als 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen sind befristet beschäftigt. Auch in der Verwaltung ist ein deutlicher Trend zu Befristungen zu beobachten. Dies ist mit massiven negativen Konsequenzen für die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung sowie für die Lebens- und Karriereplanung der Beschäftigten verbunden. Die GEW Hessen fordert daher in einem ersten Schritt hessenweit 2.000 bereits existierende Stellen mit Daueraufgaben in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement zu entfristen!

Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der GEW



Ausbildungsstandards senken?

Wie Bouffier mehr Erzieherinnen und Erzieher gewinnen will

In Hessens Kitas fehlen Fachkräfte: Für die von der GEW geforderte Fachkraft-Kind-Relation von 1 zu 3 für die unter Dreijährigen, von 1 zu 8 für die Altersgruppe bis sechs Jahre und von 1 zu 10 für die Hortbetreuung sind dies 7.500 Fachkräfte. Es fehlt aber auch an guten Arbeitsbedingungen und an guten Ausbildungsbedingungen.

Bei einem Besuch der städtischen Kindertagesstätte „Trauminsel“ in Bad Vilbel (Foto) sagte der hessische Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl *Volker Bouffier*: „Wenn wir Lehrer in sechs Semestern zu einem Abschluss bringen, dann müsste das vielleicht auch für Erzieherinnen gelingen.“ (1)

Wie wichtig eine gute, fundierte Ausbildung ist, wissen alle, die in der Fachpraxis jeden Tag ihre Frau oder ihren Mann stehen. Ist die einfache Verkürzung der Ausbildung an den Schulen für Sozialpädagogik eine Lösung?

Die Fachschulen für Sozialpädagogik stammen aus den 70er Jahren, als es darum ging, den Beruf zu professionalisieren: weg vom Image der „Kindergartenante“, weg vom Klischee, dass die Kinder im Kindergarten „ja nur spielen“. Die breit diskutierte Forderung nach einer Ausbildung an Fachhochschulen für Sozialpädagogik scheiterte an den Zugangsvoraussetzungen für die Fach-

hochschulen, die mindestens ein Fachabitur verlangen. Als Kompromiss aus der Diskussion erfand man die Fachschulen für Sozialpädagogik, allerdings um den Preis, dass der Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin oder zum staatlich anerkannten Erzieher eine zweijährige vollschulische Ausbildung zur Sozialassistentin vorgeschaltet wurde. Den Preis zahlen die angehenden Erzieherinnen und Erzieher, die vier Jahre lang keinerlei Auszubildendenvergütung erhalten und an einigen privaten Schulen sogar noch Schulgeld aus eigener Tasche zahlen müssen. Und erst das Anerkennungs-jahr bringt Praxis und ein Entgelt für die Praktikantinnen und Praktikanten.

Modellversuch PIA

Die in Baden-Württemberg seit 2012 erprobte „Praxisintegrierte Ausbildung“ (PIA) wurde inzwischen als Regelausbildungsform etabliert und auch von anderen Bundesländern übernommen. Nach der Evaluation des Modellversuchs gelingt es, bis zu 30% mehr Nachwuchskräfte zu gewinnen und auch den Anteil der männlichen Absolventen gegenüber der herkömmlichen Ausbildung um 5% zu steigern (2).

Bei PIA werden das Anerkennungs-jahr und die zweijährige vollschulische

Ausbildung so aufgeteilt und miteinander verzahnt, dass eine Art duale Ausbildung entsteht, die auch vergütet wird. Besonders interessant ist dies für Menschen, die einen eigenen Haushalt führen und zum Haushaltseinkommen beitragen müssen oder bereits eine andere Berufsausbildung absolviert haben. Angesichts der Aufgaben, der Problemstellungen und der Verantwortung für die Entwicklung der Kinder ist dies nach Meinung der GEW dringend geboten. Auch auf dem DGB-Kongress im Frühjahr 2018 wurde ein Antrag eingebracht, der eine duale Ausbildung auch für Erzieherinnen und Erzieher unter Einbezug in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) fordert.

Es kann also nicht einfach nur darum gehen, die Ausbildung zu „verkürzen“, wie dies Ministerpräsident Bouffier so locker flockig gefordert hat.

Im Gegenteil wird seit der oben beschriebenen Reformdebatte die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau diskutiert. Diese Forderung wird auch von der GEW unterstützt. Im Laufe der Entwicklung der Bildungspläne der Bundesländer bis etwa 2010 legten verschiedene Universitäten Modellstudiengänge unter dem Stichwort „Frühe Bildung“ auf, so beispielsweise auch den an hessischen Hochschulen bestehenden Studiengang „Kindheitspädagogik“. Leider führten diese neuen Studiengänge an Hochschulen nicht zu besser eingruppierten Arbeitsplätzen für Erzieherinnen und Erzieher.

Dazu bedarf es offensichtlich einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Neubewertung und Anerkennung der pädagogischen Arbeit mit den jüngsten Kindern.

Verkürzung führt zur Abwertung

In den EGO-Tarifverträgen von 2009 und 2015 haben Erzieherinnen und Erzieher einen guten Schritt in diese Richtung getan und die Öffentlichkeit für den Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Wert und materieller Bewertung der Arbeit sensibilisiert. In der Fachkräftenot zu einer Verkürzung der

Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) zu Besuch in der städtischen Kita „Trauminsel“ (Foto: Staatskanzlei)



Ausbildung zu greifen, würde all diese Anstrengungen konterkarieren und zu einer langfristigen Abwertung des Berufs führen.

Ein deutlicher Fortschritt ist die Tatsache, dass die Ausbildungsvergütung für die angehenden Erzieherinnen und Erzieher in der „Praxisintegrierten Ausbildung“ und deren spätere Eingruppierung von den Gewerkschaften in der vergangenen Tarifrunde zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (TVöD) tariflich vereinbart worden sind. Diese Regelung des TVöD muss als Maßstab auch für nichttariflich gebundene Träger gelten. Allerdings steigen die Absolventinnen und Absolventen von PIA im ersten Jahr nach der Ausbildung nicht mehr in die zweite Erfahrungsstufe ein, weil das Anerkennungsjahr als berufliches Praxisjahr fehlt.

Im Modellversuch wurde die Arbeitswoche in zwei Praxistage und drei Fachschultage geteilt. Die Möglichkeit, die Erfahrungen in der Praxis direkt in der Fachschule reflektieren und bearbeiten zu können, wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Modellversuchs positiv bewertet. Diese Aufteilung brachte aber auch einen erhöhten Koordinierungsaufwand der Einrichtungen mit den Fachschulen einerseits und auch in den Einrichtungen selbst mit sich. Es werden andere Anforderungen an die Anleitung gestellt, es entsteht ein höherer Kommunikationsaufwand, um die Auszubildenden in den Arbeitsalltag einzubeziehen und ihre Beteiligung am Einrichtungsgeschehen sicherzustellen. Um all dies zu gewährleisten, müssten in Hessen die Freistellungen der Leitungen deutlich angehoben und Anleiterinnen und Anleiter für die Fachpraxis entlastet wer-

den. Bisher, so der Eindruck, ist dies jedoch nicht der Fall. Vielmehr müssen die Anforderungen der neuen Ausbildungsform von den Einrichtungen und ihren Teams irgendwie zusätzlich geschultert werden.

Bessere Arbeitsbedingungen in den Kindereinrichtungen sind unabdingbar, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Eine Verkürzung der Ausbildungszeiten und die damit notwendig einhergehende Verschlechterung der Ausbildung ist dagegen mit Sicherheit der falsche Weg.

Karola Stötzel

Karola Stötzel ist stellvertretende Landesvorsitzende und im Landesvorsitz für den Bereich der frühen Bildung federführend.

(1) hessenschau.de vom 3.8.2018; Shortlink: <https://bit.ly/2wf9SNf>

(2) Zweiter Evaluationsbericht 2016; Shortlink: <https://bit.ly/2NjQwgv>

Mobbing und Bossing

Der GEW-Bezirksverband setzt in der Arbeit seiner ehrenamtlichen Rechtsberatung zukünftig einen besonderen Schwerpunkt in den Bereichen Mobbing und Bossing. Betroffene GEW-Mitglieder brauchen zunächst einmal ein offenes Ohr, damit sie sich mit ihrer Problematik nicht allein gelassen fühlen. Danach geht es darum, über die Hintergründe zu sprechen und auch die eigenen Anteile nicht auszublenden. Wie jede Form der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Rechtsberatung sind alle Gespräche streng vertraulich.

Überlastende Arbeitsbedingungen, unzumutbare Räumlichkeiten oder unzureichende Bezahlung – all das macht Lehrkräften zu schaffen. Die Arbeit kann aber ganz unerträglich werden, wenn man sich ständig herabgewürdigt und verfolgt fühlt. Besonders schlimm ist es, wenn Vorgesetzte beteiligt sind, auf deren Fürsorge man eigentlich angewiesen wäre. Beim Mobbing durch Vorgesetzte (Bossing) werden die „Opfer“ vielfach mit Disziplinarmaßnahmen bedroht oder überzogen. Hier kann es notwendig werden, über die Beratung hinaus den gewerkschaftlichen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Häufig sind die

Kolleginnen und Kollegen betroffen, die nicht mithalten können, weil sie schon älter oder von Krankheit oder Behinderung betroffen sind.

Der GEW-Bezirksverband Südhessen hat sich vorgenommen, diese Entwicklung sorgfältig zu beobachten. Die Rechtsberaterinnen und Rechtsberater der Kreisverbände wollen sich verstärkt bei ihren bezirksweiten Treffen austauschen und über Maßnahmen auf Bezirksebene beraten. Sie planen Fortbildungs- und Mediationsangebote, Informationsschriften und eine Kampagne zur „Redemokratisierung der Schulkultur“. In diesem Zusammenhang ist auch der Angstabbau in vielen Kollegien ein wichtiges Thema. Auf der Internetseite der GEW Südhessen findet man ausführliche Informationen und auch die Dienstvereinbarungen, die von den Gesamtpersonalräten in verschiedenen Schulamtsbezirken auf den Weg gebracht wurden: www.gew-suedhessen.de > Recht > Mobbing/Bossing

• *Ansprechpartner in der Rechtsberatung des GEW-Bezirksverbands Südhessen ist Kollege Michael Köditz. Zur Vereinbarung von Gesprächen erreicht man ihn per Mail unter m.koeditz@gew-offenbach.de.*

Funkkolleg „Religion Macht Politik“

Am 3. November startet das neue hr-INFO Funkkolleg „Religion Macht Politik“. Die 24 Radiosendungen drehen sich um das Verhältnis von Glauben und Politik, Religion und Staat. Das Funkkolleg ist für Lehrerinnen und Lehrer als Fortbildung zertifiziert. Schülerinnen und Schüler der Oberstufe können das Funkkolleg als besondere Lernleistung oder für Präsentationen nutzen.

• *Alle Informationen über die Sendetermine, Materialien, Begleitveranstaltungen und Downloadangebote: www.funkkolleg-religionmachtpolitik.de*

GEW Gelnhausen und Hanau

115 Seniorinnen und Senioren folgten der Einladung der GEW-Kreisverbände Gelnhausen und Hanau zu einer Main-schiffahrt. Dr. Peter Schirmbeck erläuterte während der Fahrt die Denkmäler der Industriekultur, unter anderem die Mühlen im Osthafen. Die Fahrt führte vorbei an der EZB durch die Griesheimer Schleuse zum Höchster Schloss, in dem früher eine Schnupftabakfabrik war. Bei der „Sodabrücke“ wendete Kapitän Brandl das Schiff der Primus-Linie. Neben den Ausblicken war viel Zeit für Gespräche mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen. Den Bericht von Hannelore Wudy und Fotos findet man unter www.gew-main-kinzig.de.

Schulpolitik und Freihandel

Kultusminister Lorz: Ein bekennender Verfechter von TTIP und Co

Kurz vor der Landtagswahl gilt es für Kultusminister *Professor R. Alexander Lorz* (CDU) zunächst, die Propagandaschlacht zu gewinnen. Nach seiner Presseerklärung zum Schuljahresbeginn ist Hessen „hervorragend aufgestellt“, es gebe „die bislang beste Ausstattung unserer Schulen“ und eine „Rekordversorgung“, die Unterrichtsversorgung sei „überall in Hessen sichergestellt“ und „im bundesweiten Vergleich einmalig“ (HLZ S.7). Die GEW warf Lorz im Gegenzug vor, er habe „offensichtlich den Bezug zur Realität in den Schulen vollkommen verloren“. Er ignoriere Lehrkräftemangel, steigende Schülerzahlen und den baulichen Zustand der Schulen. Die Zahl der Ganztagsangebote sei eine „Mogelpackung“, denn Hessen sei bei den gebundenen Ganztagschulen Schlusslicht unter allen Bundesländern.

Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der Kampagne „Bildung braucht bessere Bedingungen“ gelingt es der GEW zunehmend, die Vernachlässigung der Bildungsinfrastruktur und den Unsinn einer Finanzpolitik ins Bewusstsein der öffentlichen Meinung zu heben, die in einer Phase niedrigster Zinsen Schulden tilgt, statt in Bildung zu investieren. „Rational“ ist eine solche Politik der „Haushalts-Null“ allerdings vom Standpunkt eines Marktradikalismus. Denn was der Staat an Ausgaben spart, kann er für andere Zwecke einsetzen, beispielsweise um deutschen Unternehmen günstige Wettbewerbsbedingungen durch Steuererleichterungen zu verschaffen. Auch die Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur verschafft dem privaten Kapital, das in die so entstandene Bresche springt, neue Anlagemöglichkeiten. Die GEW und andere thematisieren deshalb immer auch die Ökonomisierung von Bildung.

Professor Lorz ist der Öffentlichkeit als stets freundlicher und verbindlicher Minister bekannt. Bei den Einschulungsfeiern am ersten Schultag des neuen Schuljahrs war er gleich an vier Schulen präsent. Bildungspolitisch steht er in der Tradition der hessischen CDU: Er polemisiert gegen die „neomarxistisch inspirierte Gesellschaftstheorie

der Frankfurter Schule“ und gegen die Forderung nach „einer Schule für alle“, die „weder demokratisch“ sei noch „der Natur des Menschen“ entspreche (1).

Eher unbekannt ist seine Rolle als entschiedener Verfechter von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA und privaten internationalen Schiedsgerichten. Seit dem Jahr 2000 hat Lorz einen Lehrstuhl als ordentlicher Professor für deutsches und ausländisches öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Für seine politischen Aufgaben zunächst als Staatssekretär, danach als hessischer Kultusminister wurde er als Professor beurlaubt, ohne seine publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit aufzugeben: So referierte Lorz im November 2016 beim *Law School Arbitration Day* der *European Business School* in Wiesbaden (EBS) zum Thema „TTIP and CETA: On a Road to Nowhere or to Success?“ Als juristischer Kommentator veröffentlichte er Artikel zugunsten von TTIP und CETA und engagierte sich im internationalen Vertragsrecht speziell für die Investorenchiedsgerichte des ISDS (Investor-State-Dispute Settlement).

In einem Beitrag für die *Columbia FDI Perspectives (Foreign Direct Investment)* geht Lorz hart mit der Tatsache ins Gericht, dass die Kritik an den Freihandelsabkommen vor allem in Deutschland wächst, insbesondere an den privaten Schiedsgerichte, die TTIP gerade „prozedurale Zähne“ für die Klageverfahren der Investoren gegen Staaten verleihen sollten (2). Den Freihandelsgegnern sei es leider gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass Deutschland sich mit den Schiedsverfahren den Launen der USA und seiner multinationalen Unternehmen ausliefern. Dieser Stimmungsumschwung sei um so überraschender, als gerade Deutschland von solchen bilateralen Investmentverträgen immer besonders profitiert habe:

„Deutschland hat mehr solcher Abkommen geschlossen als jedes andere Land – und mit gutem Grund: Als Industrienation, die von Exporten und von daher von der Existenz eines freien und rechtlich

geschützten Handels und von Investitionen abhängig ist, würden deutsche Investoren und damit Deutschland selbst am meisten von den Vorteilen der ISDS-Regelungen in TTIP profitieren.“ (3)

Als Ursachen für den Stimmungswandel machte Lorz „antiamerikanische Stimmungen“ in der Bevölkerung aus, die durch die NSA-Affäre verstärkt worden seien, eine „generelle Aversion gegen die Globalisierung und den internationalen Kapitalismus“ sowie den Eintritt der SPD in die Große Koalition im Jahr 2013. Der SPD wirft Lorz vor, dass sie „ihre Haltung gegen Freihandelsabkommen seit ihrer letzten Kanzlerschaft vor 10 Jahren geändert“ habe.

Das sich aus diesem Stimmungsumschwung ergebende Risiko für internationale Investorenrechte gegenüber Staaten und für den unregulierten Welthandel, für den TTIP ein „Eckpfeiler“ sei, müsse „ernsthaft angegangen werden“. Falls es für die Verhandler nötig werden sollte, ISDS aufzugeben, um den materiellen Inhalt von TTIP zu retten, wäre dies – falls überhaupt – „nur eine zweitbeste Lösung“.

Wenn die nächste hessische Landesregierung im Bundesrat der Ratifizierung von CETA zustimmen würde, wäre auch Professor Lorz seinem Ziel ein Stück näher gekommen (HLZ S.31).

Weniger konsequent zeigte sich der Experte für das internationale Recht als Kultusminister. Trotz der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ließ er gegen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsniederlegung vom 16. Juni 2015 förmliche Disziplinarverfahren einleiten. Aber das Streikrecht zählt nun einmal nicht zu den Hauptanliegen der Freihandelsverfechter ...

Herbert Storn

(1) Roman George: Fragen an Herrn Lorz, in: HLZ 4/2018, S.14 f.

(2) Ralph A. Lorz: Germany, the Transatlantic Trade and Investment Partnership and investment-dispute settlement. In: *Columbia FDI Perspectives* No. 132 vom 13. Oktober 2014. Die Herausgeber stellen Lorz als Rechtsprofessor der Heinrich-Heine-Universität vor, „currently serving as Secretary of Public Education in the State Government of Hesse“.

(3) Übersetzung: Herbert Storn

Wertschätzung für Grundschulen

Arbeitszeit reduzieren und Gehalt angleichen: A 13 für alle!



Ich bin vor 22 Jahren Grundschullehrerin geworden, weil ich Kinder bilden, stärken, stützen und fördern möchte. Dafür wurde ich pädagogisch ausgebildet. Inzwischen beinhaltet mein Beruf so viele verschiedene Rollen, dass es immer schwieriger wird, ihn mit dem Berufsbild zu verbinden, das ich vor 22 Jahren in der Zeit meiner Ausbildung und Berufswahl hatte.

Heute werden an meinen Beruf durch die große Heterogenität, die in den Klassen herrscht, und die vielen „konzeptlosen“ Ideen, die das Kultusministerium immer wieder aufs Neue in die Kollegien hineinbringt, so viele Anforderungen gestellt, Rollen und Aufgaben, für die ich nicht ausgebildet worden bin. Das bringt mich zum Verzweifeln und ich fühle mich inzwischen mehr als überlastet.

Ich soll Kinder im Lernförderbereich unterstützen, habe aber niemals Sonderpädagogik studiert. Die Sonderpädagogin, die mir bei zwei inklusiv zu beschulenden Kindern in einer Klasse mit 25 Kindern für vier von 24 Unterrichtsstunden zur Verfügung steht, ist hoch engagiert, kann mir aber die restlichen 20 Unterrichtsstunden nicht helfen. Da bin ich dann auf mich selbst und meine Intuition angewiesen, was für die Kinder das Beste ist. Für Absprachen bleibt auch keine Zeit, denn diese können wir nur in den vier Stunden treffen.

Inzwischen werde ich immer öfter auch als Psychologin und Sozialpädagogin gefordert. Auch dafür bin ich nicht ausgebildet worden. Da reicht mir auch die vom Kultusministerium groß angekündigte und als „Wundermittel“ gepriesene „unterrichts begleitende Unterstützung“ durch eine Sozialpädagogin (UBUS) nicht. Unsere Schule mit 270 Schülerinnen und Schülern hat eine halbe UBUS-Stelle bekommen, doch diese ist noch nicht besetzt. Ob es dazu kommt, ist fraglich, denn auch dieser Stellenmarkt ist zurzeit leer. Was bei einer halben Stelle für jedes Kind übrig bleibt, kann man sich ausrechnen. Auch im sprachlichen und motorischen Bereich bin ich inzwischen immer mehr gefordert. Ich

bin aber niemals als Logopädin oder Ergotherapeutin ausgebildet worden.

Die Elternarbeit hat sehr stark zugenommen. Die Sorgen der Eltern sind gewachsen, dass ihre Kinder auch gut genug gebildet werden. Natürlich versuche ich nach bestem Wissen und Gewissen, ihnen diese Sorgen und Ängste zu nehmen. Aber oft kann ich das nicht, weil ich selbst nicht mehr die Voraussetzungen in den Schulen sehe, um ihre Kinder so zu fördern und zu stärken, wie das Kerncurriculum es von mir fordert. Ich möchte sie individuell und differenziert stärken und fördern – aber wie? In Schulgebäuden, die so marode sind, dass man froh ist, wenn man nicht gerade in Schimmelräumen unterrichtet muss! Differenzierungsräume oder Räume, die es ermöglichen, auf die vielfältigen Bedürfnisse der Kinder einzugehen, sind schon gar nicht vorhanden. Sieht so eine moderne Schule aus?

Ich kann mich nicht mit Digitalisierung beschäftigen, denn ich bin froh, dass der Raum größtmäßig überhaupt für 25 Kinder reicht und jede Klasse ein eigenes Klassenzimmer hat.

Immer mehr bin ich auch als Verwaltungsangestellte gefordert. Ich soll die Klassenlisten im Sinne des Datenschutzes sinnvoll und sicher verwalten, Klassenkonten führen und als Datenschutzbeauftragte ohne Entlastung sogar eine ganze Schulverwaltung mit im Auge behalten. Ich bin aber keine Juristin und wurde auch niemals auf die vielfältigen Aufgaben einer Datenschutzbeauftragten vorbereitet. Alles muss ich „dokumentieren“, ob das die Förderpläne oder die unsinnigen Lernstandserhebungen sind, deren Sinn sich mir nie erschlossen hat. Wieso muss ich eine heterogene Gruppe, die hohe Anforderungen an die individuelle Förderung stellt, durch ein standardisiertes Verfahren homogen abbilden? Warum muss ich alle Ergebnisse mit großem Arbeitsaufwand in eine Datenbank eingeben? Was passiert mit diesen Zahlen? Ich brauche sie nicht. Ich traue mir tatsächlich zu, dass ich als Lehrerin, nachdem ich meine Schülerinnen und Schüler drei Jahre unterrichtet habe, weiß, wie ich jedes einzelne Kind individuell fördern muss.

Ich erwarte von Herrn Minister *Lorz* (CDU) und allen, die in der nächsten Wahlperiode des Landtags Verantwortung übernehmen, dass sie endlich ihr Augenmerk wieder darauf richten, worum es in unserem Bildungssystem geht. Und das sind keine Zahlen, sondern Kinder und Lehrerinnen und Lehrer. Ich erwarte, dass endlich Arbeitsbedingungen geschaffen werden, unter denen ich diese vielfältigen Rollen, die mit meinem Berufsbild inzwischen verbunden sind, überhaupt noch „gesund“ leisten kann.

Ich erwarte eine Wertschätzung gegenüber meinen Grundschulkollegen und -kolleginnen, die sie aufgrund der Vielfältigkeit ihres Berufes mehr als verdient haben: A13 für Grundschullehrkräfte ist ein Muss! Keine Wertschätzung ist die Selbstverständlichkeit, mit der zunehmend Unterricht von Kolleginnen und Kollegen übernommen wird, die keine pädagogische Ausbildung haben. Heißt das: „Lehrer kann jeder“? In jedem anderen Beruf wäre eine solche Amtsanmaßung undenkbar. Und ich kann sehr gut auf eine Bildungspolitik verzichten, die darauf baut, dass gerade im Grundschulbereich Lehrerinnen und Lehrer oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen, weil sie hauptsächlich an die Kinder denken, die sie tagtäglich unterrichten, und bereit sind, für die Kinder alles zu tun.

Elke Fischer

Elke Fischer ist Grundschullehrerin und Mitglied im Vorsitzendenteam des GEW-Kreisverbands Bergstraße.



Marlis Tepe vor Ort

Marlis Tepe, die Bundesvorsitzende der GEW, machte auf ihrer bundesweiten Tour „GEW in Bildung unterwegs“ am 28. September Station in Frankfurt. Vormittags besuchte sie die Viktoria-Luise-Schule im Frankfurter Rebstockviertel, anschließend

nahm sie an einer Konferenz der GEW-Vertrauensleute und Personalräte der Frankfurter Schulen im Gewerkschaftshaus teil, um mit ihnen über die Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und Lehrern und andere drängende Probleme zu diskutieren.

Auch wenn die 2014 errichtete Viktoria-Luise-Schule nicht zu den „einstürzenden Schulbauten“ gehört, nahm Tepe den Besuch der Schule im Frankfurter Rebstockviertel zum Anlass, auf den Investitionsstau im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben zu verweisen, der nach dem kürzlich vorgelegten KfW-Kommunalpanel 2018 auf einen neuen Höchststand von knapp 159 Milliarden Euro geklettert ist (HLZ 9-2018, S. 26). Darunter machen die Schulen mit rund 47,7 Milliarden Euro mittlerweile den größten Anteil aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Investitionsstau bei den Schulen damit um 14,9 Milliarden Euro vergrößert.

Bei der Sanierung und beim Neubau von Schulen müsse nicht nur das nötige Geld bereitgestellt und das Personal bei den kommunalen Bauämtern aufgestockt werden, sondern viel mehr auf die Expertise der Lehrkräfte und der Eltern und auf die Wünsche der Schülerinnen und Schüler geachtet werden, betonte die GEW-Landesvorsitzende Maïke Wiedwald auf der gemeinsamen Pressekonferenz. Auch Tepe zeigte sich enttäuscht, wie die Anforderungen an eine kindgerechte Pädagogik beim Neubau der Viktoria-Luise-Schule missachtet wurden: Die Klassenräume sind viel zu klein und

bieten kaum Möglichkeiten für Bewegung und individualisierten Unterricht, die Differenzierungsräume sind vom Klassenraum aus nicht einsehbar und der Schulhof wirke wenig ansprechend. „Und auch wenn Energiesparen wichtig ist, muss man einen Klassenraum einfach mal durchlüften können, damit Kinder den Kopf wieder klar kriegen“, sagte Tepe, die auf eine 30-jährige Berufserfahrung als Lehrerin zurückgreifen kann. Die Probleme der Raumluft waren wiederholt Gegenstand von Anfragen und Protesten von Eltern.

Maïke Wiedwald wies in diesem Zusammenhang auf die spezifischen Anforderungen an die Schulgebäude hin, die sich aus dem Ganztagsbetrieb ergeben. Ein gutes Ganztagskonzept könne nur in angemessenen Räumlichkeiten umgesetzt werden:

„Im Gegensatz zu einer herkömmlichen Halbtagschule benötigt eine echte Ganztagschule nicht nur eine Mensa, sondern auch zahlreiche weitere Räume für AGs, für Sportangebote, für Lernzeiten und so weiter. Die in Frankfurt oft gewählte Lösung von sogenannten ‚multifunktionalen Räumen‘ wird dem nicht gerecht.“

Laura Preusker, Bezirksvorsitzende der GEW Frankfurt, konnte diese Probleme aus ihrer Arbeit an der Schule nur bestätigen. Sie ergänzte die Ausführun-

gen von Marlis Tepe zum bundesweiten Mangel an Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften durch ihre Erfahrungen mit der zunehmenden Zahl von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern in den Lehrerberuf. Nach den Angaben des Kultusministers sind inzwischen rund 4.500 Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramtsausbildung an den hessischen Schulen tätig. An ihrer Grundschule gebe es inzwischen fast genauso viele Beschäftigte mit wie ohne Lehramtsqualifikation:

„Diese Kolleginnen und Kollegen sind uns willkommen und wir schätzen ihr Engagement. Aber sie brauchen Anleitung und Unterstützung vor Ort, insbesondere wenn sie im ersten Schuljahr eingesetzt werden müssen. Das führt zu einer weiteren Zunahme der Arbeitsbelastung der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, die helfen und oft einspringen müssen, Materialien vorbereiten oder auch doppelte Klassenführung übernehmen müssen.“

Marlis Tepe forderte Programme zur Qualifikation vor der Arbeitsaufnahme und die Freistellung für Weiterqualifizierungsmaßnahmen „on the job“: „Lehrkräfte, in deren Schulen Quer- und Seiteneinsteiger eingesetzt und ausgebildet werden, müssen entlastet werden. Nur so kann die Qualität des Unterrichts gesichert werden.“

In den Grundschulen konnten nach den Berechnungen der GEW bundesweit in diesem Schuljahr 2.000 Stellen nicht besetzt werden. Damit mehr junge Menschen ein Lehramtsstudium aufnehmen, müsse der Beruf attraktiver gemacht werden. Dafür seien die Arbeitsbedingungen deutlich zu verbessern. Dazu gehört die Senkung der Pflichtstundenzahl, die in Hessen so hoch ist wie in keinem anderen Bundesland und genauso hoch wie vor über 100 Jahren. „Dazu gehört aber in erster Linie, alle voll ausgebildeten Lehrkräfte nach A13 für Beamtinnen und Beamten und E13 für Angestellte zu bezahlen“, betonte Tepe zum Abschluss der Pressekonferenz, um anschließend mit den Personalräten und GEW-Vertrauensleuten der Frankfurter Schulen zu diskutieren.

Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe (erste von links) und die Landesvorsitzende Maïke Wiedwald (in der ersten Reihe dritte von links) diskutierten am GEW-Aktionstag mit Personalräten und GEW-Vertrauensleuten Frankfurter Schulen.



Fachgruppe Erwachsenenbildung

Neben der regionalen Gliederung in Schul- und Betriebsgruppen, Kreis- und Bezirksverbände hat die GEW eine Struktur zur Gestaltung und Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte in Fach- und Personengruppen. Die Mitarbeit in den Landesfach-

gruppen und Landespersonengruppen ist offen für alle Mitglieder – auch zum zunächst unverbindlichen „Reinschnuppern“. In lockerer Folge stellt die HLZ die Arbeit der Fach- und Personengruppen vor.

Im November 2018 bestätigte die Landesdelegiertenversammlung der GEW das neue Vorstandsteam der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung. *Eva Bender-Gilchrist* (Abendschule Gießen), *Bernd Kaudewitz* (Abendschule Hepenheim) und *Janette Leipert* (Abendschule Marburg) engagieren sich seitdem gemeinsam mit allen Mitgliedern der Fachgruppe für die Interessen der Beschäftigten in der (schulischen) Erwachsenenbildung, vor allem an den Hessenkollegs und Abendschulen.

Auf einer gemeinsamen Klausurtagung der Fachgruppe Anfang März diskutierten und entschieden wir mit den Kolleginnen und Kollegen über unseren zukünftigen Kurs. Mit Hochdruck arbeiten wir daran, Möglichkeiten zu entwickeln, wie wir mit den Rahmenbedingungen der Schulen für Erwachsene (SfE) umgehen können, die sich in den letzten Jahren einschneidend zum Negativen verändert haben, und wie wir uns an den entsprechenden Stellen Gehör für Verbesserungen verschaffen können.

Nachteile durch Abiturerlass

Ein Teil der Sommerferien war geprägt von der intensiven Beschäftigung mit dem Abiturerlass 2020 und dessen Konsequenzen für die Studierenden der Abendschulen und Hessenkollegs. Wir halten es für inakzeptabel, dass der Erlass in nahezu identischer Form für alle Bildungsgänge gelten soll, also für die Schülerinnen und Schüler an den gymnasialen Oberstufen genauso wie für die zukünftigen Abiturientinnen und Abiturienten des zweiten Bildungsweges an den Schulen für Erwachsene. Deren Voraussetzungen unterscheiden sich jedoch stark von denen des Ersten Bildungsweges, bei den Stundentafeln genauso wie bei den Vorbedingungen und dem Kenntnisstand beim Eintritt in den Bildungsgang. So haben die Studierenden an den SfE keine gemeinsame Sekundarstufe I durchlaufen, auf die lückenlos aufgebaut werden kann. Die scheinbare „Gleichbehandlung“ aller Bildungszweige führt tatsächlich für die SfE

zu einer enormen Chancengleichheit mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Abschlusschancen.

Ein weiteres Thema, das die Fachgruppe intensiv beschäftigt, ist die wachsende Zahl von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten, die aufgrund ihres Alters nicht mehr in Regelschulen beschult werden und in die Schulen des Zweiten Bildungsweges drängen. Hier fordern wir einen Aufbaukurs DaZ, der die notwendige Verbindung zwischen Sprachförderkursen, InteA-Maßnahmen und Sprachkursen der VHS und unseren Bildungsgängen herstellt.

Die angeführten Belastungen hinterlassen ihre Spuren bei den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen für Erwachsene. Trotz Abendunterrichts haben sie eine höhere Pflichtstundenzahl zu erbringen als beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen an den Beruflichen Schulen. Dazu kommen der Unterricht und andere Dienstplichten in verschiedenen Schulformen oder an verschiedenen Schulstandorten und zu unterschiedlichen Tageszeiten, oft auch mit doppelter Konferenzbelastung. Um die SfE für die Zukunft gut aufzustellen, gilt es auch, die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen (Blended Learning, Abi-online wie in Nordrhein-Westfalen, Überlegungen zur Modularisierung mit Zertifikaten u. a.).

Gespräche mit den Parteien

All diese Themen haben wir mit der Unterstützung durch die GEW-Vorsitzende *Birgit Koch* vor der Landtagswahl in ausführlichen Gesprächen mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien des hessischen Landtages erörtert. Nur die CDU zeigte trotz mehrmaliger Nachfrage kein Interesse an einem Gespräch. *Ralf Becker*, der sich im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) auch um die Interessen der SfE kümmert, ermittelte ein Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung des Kultusministeriums. So ist es uns gelungen, für unsere Schulen und die Probleme der SfE zu sensibilisieren und auf den Zweiten Bildungsweg in Hessen aufmerksam zu machen. Über die Ergebnisse werden wir auch in der HLZ berichten.

Wir freuen uns über alle Kolleginnen und Kollegen, die die Arbeit der Fachgruppe unterstützen möchten, denn es lohnt sich gemeinsam gewerkschaftlich zu kämpfen und mit den politisch Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen und (hoffentlich) auch nach der Wahl im Gespräch zu bleiben.

- Kontaktadressen: *bender-gilchrist@email.de*, *leipert-gew-fg-eb@gmx.net*, *bernd@kaudewitz.net*

(von links) *Janette Leipert*, *Bernd Kaudewitz* und *Eva Bender-Gilchrist*





Inklusion – Exklusion

Zahlen zur Entwicklung der inklusiven Beschulung in Hessen

Im Jahr 2009 hat sich die Bundesrepublik mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet, „angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen“ zu treffen, so dass „Menschen mit Behinderung nicht aufgrund von Behinderungen vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“ (Artikel 24). Vor diesem Hintergrund wurde mit der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes 2011 die inklusive Beschulung schulrechtlich zum Regelfall erklärt, aber gleichzeitig unter Ressourcenvorbehalt gestellt. Darüber hinaus wurden die zuvor bestehenden hohen Standards für den Gemeinsamen Unterricht hinsichtlich Doppelbesetzung und Klassengröße abgeschafft.

Die Daten der offiziellen Schulstatistik machen es möglich, die Umsetzung der Inklusion an den hessischen Schulen zu überprüfen. Das Hessische Statistische Landesamt legt jedes Jahr ausführliche Daten zur sonderpädagogischen Förderung an allgemeinen Schulen und an den Förderschulen vor.

Hier werden die jährlichen Publikationen ab dem Schuljahr 2009/10, somit seit dem Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention, analysiert. (1) Die letzten verfügbaren Daten beziehen sich auf das vergangene Schuljahr 2017/18. Bei der folgenden Auswertung handelt es sich um eine rein quantitative Betrachtung, die jedoch nichts über die Qualität der gelebten Inklusion – oder auch Exklusion – aussagt.

Im Schuljahr 2009/10 gab es in Hessen 689 allgemeine Schulen, an denen Kinder oder Jugendliche mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichtet wurden. Verbundschulen, wie beispielsweise eine verbundene Haupt- und Realschule, werden von der Schulstatistik doppelt gezählt. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen und lag im Schuljahr 2017/18 bei 1.138. Damit findet inzwischen an deutlich mehr als der Hälfte der allgemeinen Schulen inklusiver Unterricht statt. Noch stärker ist die Zahl der inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schüler ange-

wachsen. Ihre Zahl hat sich im gleichen Zeitraum von 3.637 auf 9.118 mehr als verdoppelt. Die Zahl der inklusiven Klassen hat sich von 2.073 auf 5.050 erhöht. Die durchschnittliche Zahl der Schülerinnen oder Schüler mit Förderbedarf pro Klasse mit inklusivem Unterricht ist mit 1,8 etwa konstant geblieben. Diese Befunde sind ein klarer Hinweis darauf, dass sich die Inklusion seit dem Inkrafttreten der UN-BRK quantitativ weiterentwickelt hat. Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die verschiedenen Förderbedarfe betrachtet und den Bezug zur Entwicklung der Förderschulen herstellt.

Die Zunahme des inklusiven Unterrichts ist zum größten Teil auf einen Zuwachs beim Förderbedarf Lernen zurückzuführen, sowohl in der Grundschule wie auch in der Sekundarstufe I (Tabelle 1). Noch stärker ist das relative Wachstum beim Förderbedarf Geistige Entwicklung (GE), allerdings von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau aus: Im Schuljahr 2009/10 wurden an den Grundschulen 82 Kinder mit dem Förderbedarf GE unterrichtet, im Schuljahr 2017/18 waren es 680. Stagnation oder sogar rückläufige Zahlen gibt es etwa bei Kindern mit dem Förderbedarf Hören in der Sekundarstufe I; ihre Zahl ist von 89 auf 69 zurückgegangen. Bei der Analyse ist allerdings auch zu bedenken, dass in den ersten beiden Klassen die Förderbedarfe Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung (ESE) sowie Sprachheilförderung (SH) in der Regel nicht mehr festgestellt werden.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen ist an den Förderschulen spiegelbildlich zu den steigenden Zahlen bei der Inklusion zurückgegangen (vgl. Tabelle 2). Wurde im Schuljahr 2009/10 nur ein Zehntel aller Kinder und Jugendlichen mit dem Förderbedarf Lernen an einer allgemeinen Schule unterrichtet, so waren es im Schuljahr 2017/18 bereits 41,8 Prozent. Der Inklusionsanteil hat sich beim Förderbedarf GE von nur 2,3 auf immerhin 15,2 Prozent erhöht. Gleichwohl ist der Besuch einer Förderschule hier nach wie vor die Regel.

1.) Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen nach Förderschwerpunkten

	Lernen	ESE	GE	KME	SH	Hören	Sonstige	Insgesamt
Grundschule								
2009/10	671	599	82	174	424	69	62	2.081
2010/11	834	683	93	211	484	99	63	2.467
2011/12	1.008	642	100	220	1.200	85	85	3.340
2012/13	1.437	867	162	229	829	92	105	3.721
2013/14	1.537	912	225	241	636	84	98	3.733
2014/15	1.601	852	321	242	515	69	82	3.682
2015/16	1.594	719	432	269	440	65	57	3.576
2016/17	1.490	580	522	288	323	66	33	3.302
2017/18	1.582	485	680	286	295	66	27	3.421
Sekundarstufe I								
2009/10	637	481	38	160	114	89	37	1.556
2010/11	727	639	48	181	156	100	45	1.896
2011/12	710	680	52	155	132	78	50	1.857
2012/13	1.084	946	71	189	190	63	72	2.615
2013/14	1.266	988	73	201	199	85	68	2.880
2014/15	1.816	990	102	201	219	76	70	3.474
2015/16	2.409	1.096	136	232	252	83	72	4.280
2016/17	3.042	1.112	167	221	264	77	56	4.939
2017/18	3.659	1.083	252	242	294	69	62	5.661

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2010–2018

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass trotz steigender Inklusionszahlen und in diesem Zeitraum insgesamt rückläufiger Schülerzahlen die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf GE an den Förderschulen um gut 200 auf 5.210 angewachsen ist. Das ist ein Hinweis darauf, dass inzwischen in Grenzfällen häufiger der Förderbedarf GE anstelle von beispielsweise Lernen festgestellt wird. Auch beim Förderbedarf ESE ist trotz steigender Inklusionsquote ein Anstieg der Schülerzahl an den Förderschulen zu beobachten.

Beim Förderbedarf Körperliche und Motorische Entwicklung (KM) gibt es sowohl einen – langsam – steigenden Inklusionsanteil als auch weniger Schülerinnen und Schüler an den entsprechenden Förderschulen.

Seit dem Schuljahr 2017/18 werden vom Statistischen Landesamt umfassendere Daten zur sonderpädagogischen Förderung bereitgestellt. Daher liegen ab diesem Schuljahr auch Angaben zur Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf die verschiedenen Schulformen vor. Diese zeigen auf, dass die Inklusion in erster Linie von Grundschulen und Gesamtschulen getragen wird. Unter den weiterführenden Schulen besuchen 4 von 10 inklusiv unterrichteten Schülerinnen und Schülern eine Integrierte Gesamtschule (vgl. Tabelle 3). 3 von 10 besuchen eine Hauptschule, wobei hiervon ein größerer Anteil auf die Hauptschulzweige der Kooperativen Gesamtschulen entfallen dürfte. Da auch deren Realschul- und Gymnasialzweige den jeweiligen Schulformen zugeschlagen werden, ist auch für diese keine exakte Aussage möglich. Gleichwohl ist der Anteil des Gymnasiums offensichtlich gering, da insgesamt lediglich 223 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf ein Gymnasium oder den Gymnasialzweig einer Kooperativen Gesamtschule besuchen.

Der Bildungsforscher *Klaus Klemm* hat jüngst dafür plädiert, den Fortschritt bei der Inklusion nicht länger an der Entwicklung des Inklusionsanteils festzumachen, sondern an der Exklusionsquote, also dem Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen an der gesamten Schülerzahl (2). Dabei verwendet er Daten der Kultusministerkonferenz, die nicht exakt mit den hier verwendeten vergleichbar sind. Gleichwohl bestätigen seine Befunde die hier entwickelten Trendaussagen: Der Exklusionsanteil habe sich in Hessen vom Schuljahr

2008/09 bis zum Schuljahr 2016/17 nur geringfügig von 4,3 auf 4,1 Prozent reduziert. Im Anhang der Studie sind steigende Exklusionsquoten für Hessen u.a. für die Förderbedarfe GE und ESE ausgewiesen. Hessen liegt aus dieser Perspektive im Vergleich der Bundesländer im Mittelfeld. In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz habe sich die Exklusionsquote sogar erhöht. Das ist insofern bemerkenswert, als *Mathias Wagner* als bildungspolitischer Sprecher der GRÜNEN immer wieder darauf verweist, dass mit den inklusiven Schulbündnissen in Hessen Schwerpunktschulen nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz etabliert werden sollen.

Roman George

(1) Hessisches Statistisches Landesamt: Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen. Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Mittelstufenschulen, Förderstufen, Förderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen, Wiesbaden, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018.

(2) Klaus Klemm: Unterwegs zur inklusiven Schule. Lagebericht 2018 aus bildungsstatistischer Perspektive, Gütersloh, 2018.

Abkürzungen der Förderbedarfe

ESE = Emotionale und soziale Entwicklung
GE = Geistige Entwicklung

KME = Körperliche und motorische Entwicklung

SH = Sprachheilverfahren

2.) Schüler/innen an Förderschulen und Inklusionsanteil nach Förderschwerpunkt

	Lernen	ESE	GE	KME	SH	Hören	Sonstige	Insgesamt
2009/10	11.419 10,3%	1.815 37,3%	4.999 2,3%	1.354 19,8%	2.409 18,3%	817 16,2%	2.580 3,7%	25.393 12,5%
2010/11	11.072 12,4%	1.517 46,6%	5.008 2,7%	1.375 22,2%	2.475 20,5%	794 20,0%	2.547 4,1%	24.788 15,0%
2011/12	10.698 13,8%	1.466 47,4%	4.970 3,0%	1.363 21,6%	2.484 34,9%	783 17,2%	2.705 4,8%	24.469 17,5%
2012/13	10.358 19,6%	1.592 53,2%	4.978 4,5%	1.338 23,8%	2.574 28,4%	765 16,8%	2.686 6,2%	24.291 20,7%
2013/14	10.106 21,7%	1.947 49,4%	5.028 5,6%	1.235 26,4%	2.561 24,6%	745 18,5%	2.407 6,5%	24.029 21,6%
2014/15	9.471 26,5%	2.041 47,4%	5.029 7,8%	1.252 26,1%	2.566 22,2%	752 16,2%	2.406 5,9%	23.517 23,3%
2015/16	8.652 31,6%	2.055 46,9%	4.993 10,2%	1.296 27,9%	2.543 21,4%	736 16,7%	2.344 5,2%	22.619 25,8%
2016/17	7.908 36,4%	2.002 45,8%	5.116 11,9%	1.217 29,5%	2.493 19,1%	705 16,9%	2.330 3,7%	21.771 27,5%
2017/18	7.292 41,8%	2.099 42,8%	5.210 15,2%	1.198 30,6%	2.382 19,8%	706 16,1%	2.265 3,8%	21.152 30,0%

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2010–2018, eigene Berechnung

3.) Inklusiv unterrichtete Schüler/innen nach Schulform im Schuljahr 2017/18

	Grundschule	Förderstufe	Hauptschule (1)	Realschule (1)	Mittelstufenschule	Gymnasium (1)	IGS	Gesamt
Lernen	1.582	489	1.304	76	214	21	1.556	5.242
ESE	485	122	250	200	48	91	378	1.574
GE	680	22	46	10	9	3	162	932
KME	286	18	30	41	4	48	109	536
SH	295	38	62	44	12	8	131	590
Hören	66	3	4	14	5	29	20	141
Blinde	3	-	-	1	-	1	2	7
Sehbeh.	20	2	4	7	2	7	9	51
Kranke	4	1	5	12	1	15	7	45
Gesamt	3.421	695	1.705	405	295	223	2.374	9.118
Verteilung (Sek.I u. II)		12,2%	29,9%	7,1%	5,2%	3,9%	41,7%	

(1) einschließlich entsprechender Schulzweige an Kooperativen Gesamtschulen

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2018, S. 71, eigene Berechnung



Rückendeckung für Rechtsruck

Auch in Hessen droht der Einzug der AfD in den Landtag

Der Landesverband Hessen der *Alternative für Deutschland* (AfD) war seit seiner Gründung im Mai 2013 von Streitereien geprägt. Den Richtungsstreit gewann im Mai 2015 auch in Hessen der rechte Flügel um die Landessprecher *Albrecht Glaser* (nun MdB) und *Rolf Kahnt* und das ehemalige Landesvorstandsmitglied der Republikaner *Peter Münch*. Nachdem sich auch dieses Trio öffentlich zerrieben hat, stehen mit *Robert Lambrou* und *Klaus Herrmann* seit Ende 2017 zwei in den Medien häufig als „gemäßigt“ beschriebene Personen an der Spitze der AfD. Auch das Ausscheiden von *Andreas Lichert*, dem Vorsitzenden des neu-rechten *Vereins für Staatspolitik*, aus dem Landesvorstand wurde als Ausdruck der „Mäßigung“ interpretiert.

Die Erde ist eine Scheibe...

Alexander Gauland, AfD-Vorsitzender:

„Wir glauben nicht, dass das sehr viel mit dem CO₂-Ausstoß durch die Industrieproduktion oder durch menschliches Tun zu tun hat. Wir hatten früher Eiszeiten, wir hatten früher kalte Zeiten, längst vor der Industrialisierung. Ja, es gibt einen Klimawandel. Dass der Mensch dazu viel beitragen kann, glaube ich nicht.“ (ZDF-Sommerinterview am 12.8.2018).

Beatrix von Storch (MdB)

„Ja. Es ist warm. Sehr sogar. Aber dieses hysterische Gekreische der Klimanazis ist wirklich unerträglich. Auch wenn wir alle zu Fuß gehen, statt Autos zu bauen, und alle Gendergagaisten werden und nur noch Brokkoli essen: Der Sonne ist das egal.“ (Tweet vom 31.7.2018)

AfD-Programm zur hessischen Landtagswahl im Oktober 2018:

„Kein Grund für Alarmismus beim Klimawandel: (...) Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen. (...) Eine auf der Vermutung des menschengemachten Klimawandels aufbauende Politik durch die herrschenden Parteien führte in der Bundesrepublik Deutschland zu einer preistreibenden Energiepolitik.“

Querelen in den Kreisverbänden

Während der gegenwärtige Landesvorstand bisher anscheinend konfliktfrei zusammenarbeitet, entbrannten in einzelnen Kreisverbänden heftige Querelen. In der Folge von Richtungsstreitigkeiten legten mehrere Mandatsträger ihre Ämter nieder. In der AfD-Hochburg Offenbach hagelte es gegenseitige Vorwürfe über die vermeintliche Veruntreuung von Geldern, über Drogenmissbrauch und die „Versendung von Hitler-Bildern“ in internen Chat-Gruppen. Den politischen Kurs des Kreisvorstands um Sprecherin *Christin Thüne* bezeichnete ein anderes ehemaliges Kreisvorstandsmitglied als „braun“. Die einst siebenköpfige Fraktion im Stadtparlament ist mittlerweile auf drei Personen geschrumpft. Während der alte Landesvorstand gegen Thüne ein Ausschlussverfahren einleitete und den gesamten Kreisvorstand absetzen wollte, sieht der jetzige Vorstand bisher keinen Handlungsbedarf. Ähnliche Szenen spielen sich in Fulda ab, einer anderen AfD-Hochburg: Der ehemalige Kreissprecher *Heiko Leimbach* verließ im Sommer medienwirksam die Partei. Derzeit sind mehrere Klagen wegen Beleidigung, Verleumdung und Körperverletzung zwischen ehemaligen und aktiven Mitgliedern des Kreisverbands anhängig. Auch Leimbach kritisierte den Rechtskurs des Kreisvorstands, der sich an einem Treffen von Kreisvorstandsmitgliedern mit *Björn Höcke* und Sympathien für die *Identitäre Bewegung* (IB) festmachen lasse.

„Wölfe im Schafspelz“

Bei der Landtagswahl tritt der Kreis tagsabgeordnete *Jens Mierdel* als Direktkandidat an, der bis 2015 zur hessischen IB gehörte. Sympathien für die IB bekundete im Juli auch der Fuldaer AfD-Bundestagsabgeordnete *Martin Hohmann*, der 1998 für die CDU in den Bundestag gewählt und 2004 wegen einer als antisemitisch gewerteten Rede aus der CDU ausgeschlossen wurde. Landessprecher Lambrou sah auch in Fulda keinen Handlungsbedarf und sprach von einem „Rachefeldzug“ Leimbachs.

Lambrou und Herrmann bemühen sich im Umgang mit Presse und Öffentlichkeit um ein sachliches Auftreten sowie um die Darstellung der AfD als „liberalkonservativ“ bis „nationalkonservativ“. Innerhalb der Partei und gegenüber dem eigenen Klientel wissen sie jedoch den „richtigen Ton“ zu treffen, wenn sie bei der Aufstellung der Landesliste vom „Multikultiwahn“ (Herrmann) sprechen und ein Ende „der Islamisierung des Alltags“ (Lambrou) fordern. Bei einem Einzug der AfD in den Landtag ist Lambrou und Herrmann auf den Plätzen 2 und 3 der Landesliste ein Sitz im Parlament sicher. Dies gilt auch für *Andreas Lichert*, den Vorsitzenden der AfD im Wetteraukreis, der trotz seines Engagements für das *Institut für Staatspolitik* (IfS) und seiner Rolle beim Kauf eines Hauses in Halle, das von der IB, dem IfS und der *Ein-Prozent-Initiative* genutzt wird, auf Platz 5 gewählt wurde. Auch das spricht für die breite Akzeptanz der „Neuen Rechten“ im hessischen Landesverband der AfD.

Weitgehend unbekannt

Lambrou erwartet, dass die AfD mit 15 Prozent der Stimmen in den Landtag gewählt wird, das wären 17 oder 18 Sitze. Sicherheitshalber wurde eine Liste mit 26 Kandidaten und 4 Kandidatinnen (auf den Plätzen 12, 13, 27 und 30) aufgestellt. An der Spitze steht *Rainer Rahn*, stellvertretender Sprecher des Landesverbands und Fraktionsgeschäftsführer der AfD im Frankfurter Römer. Auf dem Bundesparteitag in Augsburg bezeichnete er Deutschland als „Importweltmeister von fremden Kulturen, Terror und Kriminalität“. Ansonsten findet man auf der Liste mit Ausnahme des ehemaligen Landessprechers *Rolf Kahnt* auf Platz 15 bestenfalls regional bekannte Personen. In ihren Vorstellungsreden setzten sie unisono auf die bekannten Themen Migration und Flucht, „Islamisierung“, „Frühsexualisierung“ und „Genderisierung“.

Walter Wissenbach, der sich für die im Landesverband isolierte Arbeitsgruppe „Alternative Mitte“ um mode-

rate Töne bemühte, schaffte es nur auf Platz 16. Den Vorzug bekamen Kandidaten, die dem rechten Flügel zuzuordnen sind. Der Sprecher des Stadtverbandes Gießen *Arno Enners* (Platz 8) gehört zu den Unterzeichnern der „Erfurter Resolution“, die der völkische „Flügel“ um Höcke im Frühjahr 2015 initiiert hatte. Auf Platz 10 steht *Frank Grobe* aus dem Kreisverband Rheingau-Taunus, der der Burschenschaft „Teutonia Aachen“ angehört. Er ist zudem Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung“, die dem extrem rechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ nahesteht. Kürzlich lobte Grobe die Proteste gegen die „manipulatorische und wissenschaftlich anfechtbare Wehrmachtsausstellung“ im Jahr 1998.

Der Sprecher der „Interessengemeinschaft der Russlanddeutschen“ in der AfD Hessen, der Wiesbadener Stadtverordnete *Dimitri Schulz*, kandidiert auf Platz 14. Er forderte in seiner Rede, an den „Genozid an den Deutschen in der Sowjetunion“ genauso zu erinnern wie an die „positiven Aspekte [der] deutschen Geschichte, die bei weitem alles Negative überwiegen“ würden.

Mit *Klaus Herrmann*, *Nikolaus Pethö* und *Dirk Gaw* finden sich auf den Listenplätzen 3, 4 und 11 gleich drei aktive oder ehemalige Polizisten auf den ersten 15 Plätzen. Unter den insgesamt 80 Bewerberinnen und Bewerbern für die Landesliste gab es nach den Worten von Pethö „auffällig viele (...) ehemalige oder Noch-Polizisten“. Auch die FAZ hatte den Eindruck, dass Polizisten „den Ton auf Parteitagen“ angeben. Als im April 2018 Polizisten in Fulda einen Geflüchteten erschossen, der die Beamten mit Steinen attackiert hatte, und medial die Frage der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes diskutiert wurde, rief die AfD unter dem Motto „Polizei unser Freund“ zu einer Solidaritätskundgebung auf. Die Ermordung der 15-jährigen *Susanna* aus Mainz nutzte die AfD zur Hetze gegen die Politik der Kanzlerin, doch mit Kritik an den polizeilichen Ermittlungen hielt sich die AfD auffallend zurück. Schließlich versteht man sich als „Lobby der Polizisten“ (Lambrou).

Das Programm zur Wahl

Das 90-seitige hessische Wahlkampfprogramm „Hessen – Aber sicher“ ist wirtschafts- und sozialpolitisch als neoliberal zu bezeichnen. Der Staat habe in marktwirtschaftlicher Hinsicht



Das Bündnis „Keine AfD in den Landtag“ rief am 19. August zu einer Kundgebung gegen die Parolen und Aktionen der AfD im hessischen Landtagswahlkampf auf: Eine Partei, „die einen rassistischen und völkischen Flügel in ihren Reihen duldet“, habe „im Landtag nichts zu suchen“. Der hessische DGB-Vorsitzende *Michael Rudolph* verurteilte erneut den gewaltsamen Angriff auf einen Gewerkschaftskollegen am 20. Juli 2018 in Hanau durch zwei AfD-Anhänger. Die Ereignisse zeigten, „wie schnell aus verbaler Gewalt physische Gewalt wird“. (Foto: Hanna Hoefl)

„den Rahmen zu setzen und sich ansonsten zurückzuhalten“. Deshalb will die AfD „auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen“. Davon sollen „kleine sowie mittelständische Unternehmen“ profitieren, als deren „starke Stimme“ sich die AfD begreift. Die Forderung, dass sich der Staat auch aus dem sozialen Wohnungsbau zurückzieht, würde gerade in den hessischen Ballungsgebieten zu einer weiteren Reduzierung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum führen. Die Leidtragenden wären Familien mit geringen oder durchschnittlichen Einkommen. Beschäftigtenfreundlich zeigt sich die AfD vor allem gegenüber den (deutschen!) Polizistinnen und Polizisten, für die sie eine „angemessene Bezahlung“ und den Wiedereinstieg des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder fordert. Ansonsten bedient die AfD die bekannten Themen: Sie polemisiert gegen eine vermeintliche „Wohlfahrtsindustrie“, die „soziale Hängematte“ und die „Einwanderung in die Sozialsysteme“. Sie wendet sich „gegen die Islamisierung Deutschlands“ und fordert, „das Tragen von Vollverschlei-

erung oder Kopftüchern in der Öffentlichkeit“ zu verbieten, ebenso den Bau von Minaretten „als islamisches Herrschaftssymbol“. Als Grundlage der Staatsbürgerschaft will die AfD zum „Abstammungsprinzip“ zurückkehren.

Nicht nur in den Reden, sondern auch im Wahlprogramm zeichnet die AfD ein groteskes Zerrbild der Pädagogik in Kitas und Schulen, die das Verhältnis der Geschlechter „vom ersten Bilderbuch bis zum Abitur“ durch „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme“ verändern und durch „das gender-orientierte Konzept von ‚Sexualität der Vielfalt‘“ ersetzen wolle. Förderstufen und Gesamtschulen kommen im bildungspolitischen Teil gar nicht erst vor. Die notwendige Wissensvermittlung werde an hessischen Schulen „aufs Größte“ vernachlässigt, deshalb müssten „Bildungsinhalte und Bildungsziele (...) in allen Jahrgangsstufen (...) überprüft werden“. Eine ausführliche Analyse der bildungspolitischen Vorstellungen der AfD findet man in der HLZ 6/2018 und in der eßtW 10/2018.

Sascha Schmidt

Die AfD in Bayern und Hessen

Prof. Dr. Benno Hafener und Hannah Jestädt vom Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg legten kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen ihre Erkenntnisse zur Sozialstruktur der Landeslisten

der AfD und ihre Analyse der Wahlprogramme vor. Die HLZ veröffentlicht die Analyse in einer stark gekürzten Fassung. Die vollständige Veröffentlichung kann bei den Autoren angefordert werden (benno.hafener@uni-marburg.de).

Es ist davon auszugehen, dass die AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2018 auch in diese beiden Landtage einziehen wird und danach in allen 16 Landtagen, in vielen kommunalen Parlamenten und im Bundestag vertreten sein wird. Im Parteienspektrum ist die AfD als neu-rechte, rechtspopulistische Partei einzuordnen, deren Strömungen von nationalkonservativ und wirtschaftsliberal über rechtspopulistisch-nationalistisch bis hin zu völkisch-rassistisch reichen. Sie ist vor allem männlich, die mittlere Generation dominiert und kommt mit ihren Akteurinnen und Akteuren aus den Mittelschichten und bürgerlichen Berufen und somit aus der Mitte der Gesellschaft.

Solidarität mit den Cheminots

Ende Juni übergab Bernd Landsiedel von der GEW in Kassel in Montreuil bei Paris an Laurent Brun, den Generalsekretär der Eisenbahngewerkschaft CGT Cheminots, einen Scheck über 4774,19 Euro. Inzwischen gingen auf dem Spendenkonto mehr als 6.000 Euro ein. Zur Solidarität mit den streikenden Eisenbahnern, die sich gegen die drohende Privatisierung der staatlichen Bahngesellschaft SNCF wehren, hatten unter anderem die GEW Hessen, ver.di Hessen und der Landesbezirk Südwest der Gewerkschaft NGG aufgerufen. Der Kampf der Cheminots ist für Bernd Landsiedel „auch ein Kampf gegen die Resignation und die Verzweiflung, die sich überall in Europa breit zu machen drohen“.



Die Kandidatinnen und Kandidaten auf der hessischen Landesliste der AfD und die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten kommen weitgehend aus den kommunalen Parlamenten. Hier hatte die AfD bei der Kommunalwahl im März 2016 im Landesdurchschnitt 11,9% der abgegebenen Stimmen erhalten und insgesamt 279 Sitze in 20 Kreistagen, fünf Großstädten und weiteren 13 Städten und Gemeinden errungen.

Unter den 62 Kandidatinnen und Kandidaten sind sieben weiblich. Die Altersspanne reicht von 20 bis 73 Jahren, der Anteil der 50- bis 59-Jährigen ist am höchsten. Die Angaben zum beruflichen Status und der damit verbundenen Ausbildung (berufliche Ausbildung, Studium) machen deutlich, dass die politisch bekennenden Akteure der AfD, die kandidieren und bereit sind, die Politik öffentlich zu vertreten, vor allem „selbstständig“, „freiberuflich“ und in „leitenden Funktionen“ sind. Weiter kommen sie aus den akademischen Disziplinen und Milieus der Natur-, Ingenieur- und Rechtswissenschaften mit unterschiedlichen Abschlüssen. Mehrere Kandidatinnen und Kandidaten haben kaufmännische Berufe, vielfach mit Diplomabschluss, sind Polizisten und kommen aus Meister- und Handwerkerberufen. Die fünf Juristen, die in Hessen kandidieren, sind überwiegend Rechtsanwälte, die sechs Polizeibeamten sind im Polizeidienst oder pensioniert.

Die beiden Wahlprogramme sind in ihren allgemeinen Formulierungen in vielen Bereichen identisch und folgen in den großen Linien und Themenbereichen dem Bundesprogramm der AfD. Das vorgelegte Wahlprogramm „Hessen. Aber sicher!“ pendelt zwischen eher sachbezogenen Hinweisen und Vorschlägen zu den Bereichen Verkehr, Energie, Wohnen, Wirtschaft, ländlicher Raum, Gesundheit oder Sport und den zum „Markenkern“ der AfD gehörenden Themen Familie, Innere Sicherheit und Einwanderung, Integration und Asyl. Generell sieht sich die AfD

als Kampfansage gegen die „Altparteien“ und definiert sich als Partei von „Recht und Ordnung“ und fordert einen „wehrhaften Staat“. Sie spricht von der Gefährdung der „kulturellen Identität“, einer „unvollendeten Demokratie“ und will mehr „direkte Demokratie“. Sie plädiert in der Bildungspolitik für ein leistungsorientiertes Schulsystem aus Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien, Förderschulen und beruflichen Schulen. In der Medienpolitik will sie die „Zwangsabgaben für das öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem“ abschaffen.

Im Kapitel „Einwanderung, Flucht und Asyl“ fordert sie „verdachtsunabhängige, landesweite Kontrollen“, „die konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen“ und den „Aufbau von geschlossenen Abschiebezentren mit ausreichender Kapazität“. Mit provozierendem und skandalisierendem Vokabular spricht die AfD von der „unkontrollierten Masseneinwanderung“ und vom „massenhaften Missbrauch des Asylrechts“ und dass „die unregelte Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch Asylbewerber“ sofort beendet werden müsse. Weiter werden „jeglicher Familiennachzug für Flüchtlinge“ abgelehnt, strenge Grenzkontrollen gefordert und ein islamischer Religionsunterricht an Schulen abgelehnt. Kritisiert wird die „Wohlfahrtsindustrie“ und es wird die Gefahr beschworen, „dass aus einer organisierten Hilfe für Menschen in Not eine soziale Hängematte für Betroffene und eine lukrative Einkommensquelle für findige Sozialunternehmer wird“.

Insgesamt versucht die AfD sich in ihren Wahlprogrammen als „normale und alternative Partei“ zu präsentieren, die vielfältige Themen aufnimmt. Dabei wird in der starken Fixierung auf ihre Kernthemen – Zuwanderung, Flucht und Asyl, innere Sicherheit, Familie und Gender – und mit ihrer typischen AfD-Sprache offen und unmittelbar deutlich, von welchen autoritären, nationalistischen und auch völkischen Politikvorstellungen sie geprägt ist.

Betr.: Landtagswahl**Aufgepasst: Nach CETA fragen!**

Kurz vor der Landtagswahl darf der Hinweis auf ein (fast) vergessenes Thema nicht fehlen: Der Frei(?)handelsvertrag CETA sollte uns auch in Hessen beschäftigen, denn Landesregierungen mit linker und grüner Beteiligung könnten CETA bei der anstehenden Ratifizierung im Bundesrat verhindern – wenn sie es wirklich wollen!

CETA: War da was? Ja, da ist noch was: CETA-Lobbyisten haben zahlreiche Verschleierungsinstrumente aus dem Hut gezaubert: den Kerntext umrankende (EU-einseitige) Protokollnotizen, Ergänzungen und ein voluminöses Auslegungsinstrument, das bei Unklarheiten mutmaßlich noch mehr an Doppeldeutigkeiten schaffen wird. All das reichte dem damaligen Parteivorsitzenden, Wirtschaftsminister und Außenminister *Sigmar Gabriel*, um die protestierende SPD-Linke mundtot zu machen, es reichte, um etliche auch aus der hessischen Spitze der GRÜNEN zum Zögern und zu anhaltenden Prüfungen zu veranlassen – trotz eindeutiger Parteibeschlüsse. Der Kerntext von CETA gilt jedoch nach wie vor unverändert und zwar ohne Klagemöglichkeiten gegen Angriffe auf Schutzstandards für Gesundheit, Arbeit und Natur und ohne feste Sicherung des Vorsorgeprinzips bei Produktzulassungen und ohne Herausnahme kommunaler Vorsorge. Das Wasser und andere allgemeine Güter bleiben dem immanenten bis expliziten Liberalisierungsdruck ausgesetzt.

Klagen gegen CETA sind beim Bundesverfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof anhängig. Der Deutsche Richterbund, die Kirchen, die Naturschutzverbände und andere Nichtregierungsorganisationen üben Kritik, zumeist gemeinsam agierend im Netzwerk Gerechter Welthandel. Auch die ablehnenden Beschlüsse des DGB von 2016 sind weiter gültig.

- Deshalb meine Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich im Vorfeld der Landtagswahl in die Debatten einmischen wollen: Fragt die Kandidatinnen, Kandidaten und Abgeordneten, wie sie es mit CETA halten, auch im neuen hessischen Landtag! Auf der Seite www.abgeordnetenwatch.de und auf den Wahlsonderseiten von www.hessenschau.de findet man auch alle Wahlkreis kandidatinnen und -kandidaten und kann sie dort befragen!

Herbert A. Debus, Mörfelden

**Hessen wählt queer
Wahlprüfsteine zur Bildungspolitik**

Die AG LesBiSchwule Lehrer_innen in Hessen in der GEW nimmt die Landtagswahl zum Anlass, den Parteien auf den Zahn zu fühlen. Sie bildet gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband Hessen, dem Verein vielbunt aus Darmstadt und Velspol das Bündnis „Hessen wählt queer“. Das Bündnis befragte die Parteien unter anderem zu den Themen Akzeptanz und Vielfalt an hessischen Schulen, zu den Zielen und zur Umsetzung des Lehrplans Sexualerziehung und dem Engagement des Landes Hessen „als Dienstherr für seine les-



bischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* Beamten“ und für den Schutz vor Diskriminierung.

- Weitere Infos und die Antworten der Parteien: www.hessen-waehlt-queer.de

Frankfurter Gesamtschulen: Bildung vor der Wahl

Unter dem ambitionierten Titel „Wie Schule die Welt verbessert“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter Frankfurter Gesamtschulen, der GEW und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Landtag vertretenen Parteien. Das Fishbowl-Format, bei dem ein freier Stuhl zur Teilnahme an der Diskussion motivierte, machte deutlich, was Eltern und Lehrerinnen und Lehrern auf den Nägeln brennt. Sie forderten unisono mehr Transparenz, mehr Beteiligung und mehr Mut, neue Wege zu gehen und zuzulassen. *Christoph Degen* (SPD) forderte einen expliziten „Migrationsindex“, der noch stärker regionale Herausforderungen abbilden soll.

Wolfgang Greilich (FDP) und *Mathias Wagner* (Grüne) wollen Entlastung durch feste Verwaltungskräfte an Schulen schaffen. Während *Bodo Pfaff-Greifenhagen* (CDU) und *Mathias Wagner* bei Fortschritten im Bereich der Inklusion auf die Inklusiven Schulbündnisse setzen, forderte *Gabi Faulhaber* (Die Linke), an die guten Erfahrungen des Gemeinsamen Unterrichts anzuknüpfen. Die gemeinsamen Positionen der Frankfurter Gesamtschulen, von GEW und GGG waren von der Überzeugung geprägt, dass gute Bildungspolitik vom Kind her gedacht und jeweils auf die individuellen Bedingungen jeder Schule bezogen werden muss. Politische Ansätze mit Gießkannenprinzip können nicht die Lösung sein.

GEW Waldeck und Frankenberg

Gegen die chronische Unterfinanzierung und für ein Sofortprogramm im hessischen Bildungsbereich sprach sich im Nationalparkzentrum Herzhäuser am Edersee die GEW-Landesvorsitzende *Birgit Koch* aus. Sie diskutierte mit Landtagskandidatinnen und -kandidaten, Politikern und Mitgliedern der GEW-Kreisverbände Waldeck und Frankenberg. *Birgit Koch* erläuterte die Forderung nach einem „Sofortprogramm für gute Bildung“, mit dem unter anderem „A13 für alle“, die Verkürzung der Lehrerarbeitszeit, die Erhöhung der Deputatsstunden und zusätzliche Stellen für Ganztagschulen und Inklusion finanziert werden könnten.

Auf dem Foto von links die GEW-Kreisvorsitzenden *Dr. Anke Weichenhain* (Waldeck), *Sieglinde Peter-Möller* (Frankenberg) sowie *Dr. Daniela Sommer* (SPD), *Daniel May* (Grüne), *Birgit Koch* (GEW), *Stefan Schräps* (FDP), *Claudia Ravensburg* (CDU), *Ingo Hoppmann* (Die Linke) und Moderator *Thomas Korte*. (Foto: *Karl-Hermann Völker*)





50 Jahre 1968: Ein Rückblick

Was ist von der Bewegung im Jahr 1968 geblieben?

Die Süddeutsche Zeitung sah in ihrer Ausgabe vom 2. Juni 2017 „elf Dinge, die uns die 68er-Bewegung hinterlassen“ hat: eine „befreite“ Sexualität, die Aufarbeitung der NS-Zeit, die Emanzipation der Frau, den Ausbau der Universitäten, eine reformierte Polizei, die Verständigung zwischen Ost und West, die antiautoritäre Erziehung, Protestsongs und Drogenexperimente, das „Du statt Sie“ und den linken Terrorismus. Wenn man bedenkt, dass allein die Aufarbeitung der NS-Zeit immer noch andauert, aber auch die Aufarbeitung der „schwarzen Pädagogik“ viel Zeit und Bereitschaft benötigte, dann braucht sich die 68er-Bewegung gewiss auch heute noch nicht „die Butter vom Brot nehmen“ zu lassen.

Die aus meiner Sicht größte Kontinuität der 68er-Bewegung besteht aber in der Auseinandersetzung mit und der Beförderung von Bürgerrechten. Dies reicht von individuellen Freiheiten, damals in Form der Hippie-Bewegung, über die Infragestellung der bürgerlichen Familie (Kommune I) und der Befreiung der Frau aus bestehenden Abhängigkeiten bis zum Kampf ge-

gen Hierarchien und Bevormundung nicht nur in den Universitäten und zur Auseinandersetzung um Pressefreiheit und andere Grundrechte. Die Verhaftung des SPIEGEL-Herausgebers *Rudolf Augstein* 1962 wegen des Artikels „Bedingt abwehrbereit“ führte ebenso zu breiten Protesten wie der Missbrauch der Presse für Manipulation und Hetze. Die Proteste gegen die Notstandsgesetze, die von 1963 bis zu ihrer Verabschiedung 1968 andauerten, warfen die Demokratiefrage auf, thematisierten eine „formierte Gesellschaft“ und rückten die Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA in den Fokus, denn die Notstandsgesetze wurden von den USA als Bedingung für die Aufhebung des Besatzungsstatus gefordert.

Frieden und Bürgerrechte

Auch in anderen Ländern stellte sich die 68er-Bewegung als Bürgerrechtsbewegung dar. Dort liefen die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen teils blutiger ab, wie das Beispiel von *Martin Luther King* in den USA zeigt, der fünf Jahre nach der berühmten „I have a dream“-Rede 1968

erschossen wurde. Auf der anderen Seite des Globus und der politischen Blöcke wurde 1968 in der CSSR der „Prager Frühling“ von Panzern niedergewalzt.

Die 68er-Bewegung als großer und wichtiger Impuls für die Friedensbewegung, die es auch schon vorher gab, zeigt sich im Widerstand gegen den Vietnam-Krieg, in dem sich die USA seit 1964 befanden. 1968 fand in Westberlin der große Vietnam-Kongress statt. Die Aufarbeitung der Nazivergangenheit hatte nach den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg 1945/46 ihren starken Impuls durch den hessischen Generalstaatsanwalt *Fritz Bauer* erfahren, der 1963 in Frankfurt den Auschwitz-Prozess eröffnete.

Auf dem Hintergrund der stillschweigenden Wiedereingliederung von NSDAP-Mitgliedern, unter ihnen der Kommentator der Nürnberger Rassegesetze von 1935 *Hans Globke*, der Staatssekretär im Bundeskanzleramt wurde, und das ehemalige NSDAP-Mitglied *Kurt Georg Kiesinger*, der 1966 zum Bundeskanzler gewählt wurde, machte die 68er-Bewegung in Deutschland die Aufarbeitung der Nazivergangenheit zu ihrem drängenden Anliegen. In einer Umfrage von 1967 gab fast die Hälfte aller Befragten an, dass der Nationalsozialismus „im Prinzip eine gute Idee“ gewesen sei.

Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 ging der Einfluss des Parlaments zugunsten der Exekutive und zugunsten von Absprachen der großen Parteien stark zurück, gleichzeitig wurden massive Eingriffe in die Grundrechte über die erwähnten Notstandsgesetze vorgenommen. Die „APO“ (Außerparlamentarische Opposition) setzte dagegen Aktionen der direkteren Einflussnahme in Form von „Go-ins“, „Sit-ins“ und Straßenaktionen. Die Schüler- und Lehrlingsbewegung stellte deutliche Forderungen nach Ausweitung der Mitbestimmung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Aber auch Parteien wie die SPD verzeichneten seinerzeit große Mitgliederzuwächse. Und schließlich ist auch die Gründung der Grünen 1980 eine Folge des Veränderungswillens der 68er-Bewegung.

Mit Demokratie ernst machen

Im Klappentext seines Buchs „Mit Demokratie ernst machen“ wird der Frankfurter GEW-Kollege und pensionierte Berufsschullehrer *Herbert Storn* als „Alt-68er“ vorgestellt. Und tatsächlich beginnt sein Buch mit einem Rückblick auf die „68er-Bewegung“, die die HLZ 50 Jahre danach in gekürzter Fassung abdruckt. Storn beruft sich in seinem Buch auf die Feststellung von *Oskar Negt*, dass Demokratie die „einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung“ ist, „die gelernt werden muss“, und erläutert, wie entsprechende Lernprozesse unter den aktuellen institutionellen und materiellen Verhältnissen von Schule, Ausbildung, Universität und Arbeit in ein schulisches Curriculum übertragen werden können. Sein Kernthema sind „die treibenden Kräfte der Privatisierung öffentlicher

Güter und der Ökonomisierung der Bildungsprozesse“, Kern seines Curriculums die ökonomischen Grundkenntnisse, „damit den SchülerInnen nicht jedes Märchen aufgetischt werden kann“. Beispiele für aktuelle Themen, die Storn selbst im Unterricht aufgriff, sind die Kampagne gegen das „Cross-Border-Leasing“ und die Auseinandersetzung um die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung. Konkrete didaktische Vorschläge zu aktuellen Themen beziehen sich auf den Zustand unserer Demokratie („abgemagert bis aufs Gerippe“) und den „Export-Weltmeister Deutschland“.

- *Herbert Storn: Mit Demokratie ernst machen. Für eine radikale ökonomische Aufklärung. Überlegungen zum Politischen Unterricht. Büchner Verlag Marburg 2018. 202 Seiten, 22 Euro, E-Book: 19 Euro*

Die ökonomische Frage

Frägt man nach dem „Erbe der 68er-Bewegung“, dann gehört merkwürdigerweise ein gewachsenes Bewusstsein der Bevölkerung von den Grundwidersprüchen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung kaum dazu. Dabei war die 68er-Bewegung doch gerade durch die Gruppen geprägt, die sich wie der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), jede Menge Marx-Arbeitskreise und diverse K-Gruppen die Durchdringung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse auf ihre Fahnen geschrieben hatten. *Hubert Kleinert* erinnerte sich in seiner Rückschau 2008, dass an vielen politologischen und soziologischen Instituten „Marx-Lektüre, Politische Ökonomie, Geschichte der Arbeiterbewegung und Systemtheorie an die Stelle von Regierungslehre, empirischer Soziologie und Parlamentarismusforschung“ traten (1). Auch die hessischen Rahmenrichtlinien für das neue Fach Gesellschaftslehre erhoben 1971 die „Befähigung der Schüler zur Analyse gesellschaftlicher Unterdrückungs- und Abhängigkeitsverhältnisse“ zur Richtschnur des Unterrichts.

Warum ist davon so wenig geblieben? Eine wesentliche Ursache liegt im Zerfall des SDS und seiner Auflösung in zahlreiche sozialistische und kommunistische Organisationen, die sich ein Rennen um die Rolle als „Vorhut der Arbeiterklasse“ lieferten, sich in einer abstrakten MEW-Exegese (Marx-Engels-Werke) und der Schriften von *Lenin*, *Stalin*, *Trotsky* und *Mao Tse-tung* ergingen und penibel darauf bedacht waren, jede Form des „Revisionismus“ auszumerzen und sich von anderen politischen Gruppen abzugrenzen. Auch die „Frankfurter Schule“ mit ihrer „Kritischen Theorie“ und *Herbert Marcuse*, der Star der 68er, lieferten zwar hervorragende Erkenntnisse über die „strukturelle Gewalt“ der kapitalistischen Wirtschaft, die Entfremdung des Menschen und die Manipulation des Bewusstseins, waren aber anscheinend nur wenig geeignet für eine Mobilisierung der Massen zur Veränderung der kritisierten Verhältnisse.

Oskar Negt hält die „Neubewertung von Teilhabe und Demokratie“ für ein bleibendes Verdienst der 68er:

„Demokratie ist die einzige politische verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss - nicht ein für allemal, so als könnte man sich einen gesicherten Regelbestand anlegen, der fürs ganze Leben ausreicht, sondern stets aufs Neue,



Illustration:
Träger
& Träger

in tagtäglicher Anstrengung und bis ins hohe Alter hinein. Und solch ein Lernprozess ist ohne praktische Übung in solidarischer und kooperativer Mitbestimmung nicht möglich.“ (2)

Ein darauf aufbauendes schulisches Curriculum muss aber mit den nötigen Inhalten gefüllt werden. Und daran mangelt es allenthalben. Wer sich nicht eingehender mit den treibenden Kräften der Privatisierung öffentlicher Güter und der Ökonomisierung der Bildungsprozesse befasst, dem erschließt sich die Richtung und Ursache der „reaktionären Wende“ nicht in der wünschenswerten Klarheit. Es ist nicht (allein) reaktionäres Denken und Handeln, das hier wirkt, sondern es ist eine konsequente Politik des Kapitals in Gestalt seiner Unternehmen, Stiftungen und Lobbyorganisationen, die Felder der Kapitalverwertung systematisch auszuweiten, weil die Anlagemöglichkeiten schrumpfen.

Da sich die 68er-Bewegung aber vorrangig mit den Phänomenen des „Überbaus“ befasst hat, ist es nicht gelungen, das, was Marx an Wirkungsgesetzen des Kapitalismus herausgearbeitet hat, als Narrativ in breiteren Kreisen der Gesellschaft zu verankern. Es hat auch nicht gereicht, die Wirkungsgesetze, die Marx zu seiner Zeit analysiert hatte, zu verstehen, um mit dem so gewonnenen Verständnis von einem abstrakten Sozialismus oder Kommunismus zu träumen, den „real existierenden Sozialismus“ zu verteidigen oder sich einem revolutionären Abenteuer wie Nicaragua zu verschreiben.

Die Memorandum-Gruppe

Eine Ausnahme bildet die von Gewerkschaftern und linken Ökonomen gegründete „Memorandum-Gruppe“, die seit der Mitte der 70er Jahre öffentlichkeitswirksam mit einer konkreten Kritik an den Grundwidersprüchen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung von sich reden macht. Die Gruppe, die sowohl von einer marxistischen als auch von einer

keynesianischen Analyse aus kam, versteht sich bis heute als Gegengewicht zum 1963 gegründeten „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ und seinen „fünf Weisen“. Das erste „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ erschien 1975. Seit 1977 meldet sich die Gruppe jedes Jahr vor dem 1. Mai öffentlichkeitswirksam zu Wort, seit 1995 auch auf europäischer Ebene. „Alternativen für ein solidarisches Europa“ anstelle von „Germany first“ lautete der Titel des Memorandum 2017, der „Preis der ‚schwarzen Null‘“ der Titel des Memorandum 2018. Sie sollten zur Pflichtlektüre aller Politiklehrkräfte gehören, weil die darin geschilderten wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme für den Politikbetrieb konstituierend sind und sich die jeweils vorgeschlagenen Lösungsansätze für eine Erörterung in Schule und Weiterbildung hervorragend eignen, auch wenn sie immer noch eine Minderheitenposition im offiziellen Wissenschafts- und Politikbetrieb abbilden.

Kritikern von links mögen die Vorschläge nicht radikal genug an die kapitalismuskritische Wurzel gehen; dennoch hätten wir eine Vielzahl von Problemen weniger, wäre das Leben von Millionen Menschen erträglicher, wenn die Vorschläge umgesetzt würden. Zudem sind sie so angelegt, dass sie in dem bestehenden parlamentarischen System grundsätzlich umsetzbar wären, insbesondere durch entsprechende Gesetzesbeschlüsse.

Herbert Storn

(1) Hubert Kleinert: Mythos 1968, in: Informationen zur Politischen Bildung 14–15/2008. Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung.

(2) Oskar Negt: Demokratie als Lebensform, in: ebenda S. 8

Abdruck aus: „Mit Demokratie ernst machen“ mit Genehmigung von Herbert Storn und des Büchner Verlags; Kürzungen und redaktionelle Bearbeitung: HLZ-Redaktion



Vor 400 Jahren: Der Dreißigjährige Krieg

Das Thema im Unterricht: Ein Analysemodell für aktuelle Kriege?

Der Dreißigjährige Krieg wird im gegenwärtigen politischen und politikwissenschaftlichen Diskurs mit modernen Kriegen wie dem Syrienkrieg verglichen und gewinnt so neue Aktualität. Frank-Walter Steinmeier bezog sich – damals noch als Außenminister – in seiner Eröffnungsrede beim 51. Deutschen Historikertag in Hamburg 2016 auf den Westfälischen Frieden, um den praktischen Nutzen historischer Forschung für heutige Friedensbemühungen in Nahost und anderswo darzulegen. Besonders Interesse zeigte Steinmeier für die „Dritte Partei“, die die gegenseitigen Blockaden auf dem Weg zum Frieden auflöste und

sich im Wesentlichen aus den Reichsständen rekrutierte. Den Erfolg der „Dritten Partei“ führte Steinmeier auf zwei Erfolgsfaktoren zurück: das Ernstnehmen der Angst der kriegsführenden Mächte vor Hegemoniebestreben und Bedrohung durch den Kriegsgegner sowie die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit, das die Konflikttreiber einhegte. Insoweit gehört dieser Gegenstand auch in den Geschichtsunterricht, denn „Erfahrungen der Vergangenheit sind ohne normative Absichten auf Zukunft historisch blind; normative Absichten auf Zukunft sind ohne Erfahrungen der Vergangenheit historisch leer.“ (1)

Innerer Friede und Stabilität waren im 17. Jahrhundert sehr stark durch die konfessionellen Gegensätze und Konflikte bedroht. Der Augsburger Religionsfriede von 1555 vermochte keinen dauerhaften Frieden zwischen den Konfessionen zu schaffen. Der „Geistliche Vorbehalt“ als Teil des Religionsfriedens schränkte die freie Religionswahl für Fürstbischöfe und Äbte reichsständischer Klöster ein, denn sie verloren ihre Pfründe, wenn sie zum Protestantismus wechselten. Zudem blieb das Reformationsrecht der Reichsstädte strittig und der Calvinismus war nicht in den Religionsfrieden einbezogen. Die Konflikte zwischen den Konfessionen verstärkten sich, als sich 1608 und 1609 bewaffnete Kampfbünde gründeten: die protestantische Union unter der Führung Friedrichs IV. von Kurpfalz und die katholische Liga unter Maximilian von Bayern. Auf dem Regensburger Reichstag von 1608 kam es in strittigen Fragen wie der Auslegung des Augsburger Religionsfriedens zu keiner Einigung. Mit dem Auszug der Kurpfalz aus dem Reichstag war das wichtigste Organ der Konfliktlösung im Reich lahmgelegt.

Krieg um Religion und Hegemonie

Die Habsburger Kaiser Rudolf II. (1552–1612) und sein ab 1612 regierender Bruder Matthias (1557–1619) waren eher auf Rekatholisierung und Stärkung der habsburgischen Macht im Reich und in Europa orientiert als auf Krisenmanagement und Kompromisse mit den Reichsständen im Rahmen der Möglichkeiten der Reichsverfassung. So eskalierte im Frühjahr 1618 der Konflikt zwischen den protestantischen böhmischen Ständen und dem habsburgischen

Kaiser Matthias, der von den konfessionellen Zugeständnissen seines Bruders Rudolf abgerückt war und nach Protesten der evangelischen Stände die Versammlung des Landtages verbot. Die Stände versammelten sich dennoch und beriefen sich dabei auf den Schutz der religiösen Rechte und die ständischen Freiheiten. Am 23. Mai 1618 drangen zahlreiche Mitglieder des Landtages bewaffnet in den Hradschin ein, stellten die kaiserlichen Statthalter zur Rede und warfen die beiden Statthalter Martinez und Slavata aus dem Fenster. Der „Prager Fenstersturz“ war eine gezielte Aktion gegen den Landesherrn aus dem Hause Habsburg und forderte dessen Strafaktion heraus. 1619 einigte sich der böhmische Landtag auf die Konföderationsakte: Böhmen wurde Wahlmonarchie, die königliche Gewalt wurde soweit eingeschränkt, dass die Ernennung von Spitzenbeamten sowie wichtige Regierungsbeschlüsse zu Krieg und Frieden und in konfessionellen Fragen der Zustimmung der Stände bedurften. Für den Fall, dass der Kaiser dagegen verstoßen sollte, waren die Stände von der Gehorsamspflicht entbunden. Mitte August 1619 traten auch die Landstände von Ober- und Niederösterreich der Konföderationsakte bei. Am 28. August 1619 wählten die böhmischen Stände Friedrich V. von der Pfalz zu ihrem König. Der Kaiser musste eingreifen, wenn er verhindern wollte, dass der Calvinist Friedrich zwei Stimmen im Kurfürstenkollegium und damit das protestantische Lager die Mehrheit der Stimmen haben würde. Die Folgen wären das Ende des Habsburger Kaisertums und ein protestantisches Kaisertum gewesen.

Neben den genannten Konflikten um die Macht zwischen Ständen und Landesherrn, den konfessionellen Gegensät-

zen und dem versagenden Konfliktmanagement der Habsburger verschärfte das aggressive Streben der frühmodernen Staaten Europas nach Arrondierung ihres Staatsgebiets die Krise. Durch die Überlagerung der außenpolitischen durch religiöse Konflikte kam es in Europa zur Totalkonfrontation. Es ging um die Frage, ob sich „religiöser Fundamentalismus“ (2) oder politische Konfliktlösung durchsetzen würden.

Der Krieg in Hessen

Die Bevölkerung in Hessen hatte während des Dreißigjährigen Krieges besonders zu leiden, weil die beiden Landesherren, der Landgraf von Hessen-Kassel und der Landgraf von Hessen-Darmstadt – beide Territorien waren durch Teilung des Erbes von Landgraf Philipp I. von Hessen (1504–1565) entstanden – gegeneinander um die Vergrößerung ihres Territoriums kämpften. Aus dem Interesse an Unterstützung verbanden sich die beiden Landgrafen mit den kriegsführenden Parteien. Das reformierte Hessen-Kassel schlug sich auf die protestantisch-schwedische, Hessen-Darmstadt trotz lutherischer Konfession auf die katholisch-kaiserliche Seite. Innerhessischer und europäischer Krieg verbanden sich zu einem Konflikt, der unvorstellbares Leid über die Bevölkerung Hessens brachte.

Dauerhaft beigelegt wurde der Heskrieg endlich im Rahmen von Verhandlungen, die parallel zum Westfälischen Friedenskongress unter Vermittlung von Herzog Ernst von Sachsen-Gotha geführt wurden und die im April 1648, noch vor dem Westfälischen Friedensvertrag, in einem Einigungs- und Friedensvertrag besiegelt wurden. Durch den Einigungsvertrag

zwischen Kassel und Darmstadt wurde Oberhessen dauerhaft aufgeteilt. Darmstadt musste dabei zugunsten von Kassel auf einen beträchtlichen Teil Oberhessens mit Marburg und weitere besetzte Gebiete, darunter die Niedergrafschaft Katzenelnbogen und die Herrschaft Schmalkalden, verzichten.

Hessen gehörte als Durchgangsland für die marodierenden Truppen und wegen der Verwicklung der beiden Landgrafen zu dem vom Krieg am meisten betroffenen Regionen. So betrug der Bevölkerungsverlust in Südhessen 80%. Besetzungen, Brandschatzung, Plünderungen durch die Söldner, die sich vom Krieg ernährten, sowie Seuchen wie die Pest, die sich aufgrund des Hungers schnell ausbreiteten, trugen neben dem Kriegsgeschehen zu diesen Bevölkerungsverlusten bei. Nach dem Krieg war die Zahl der Haushaltungen drastisch gesunken. Thomas Diehl hat anhand von Kirchenbüchern ermittelt, dass noch 1681 die Bevölkerungszahl des Werraumes daher deutlich geringer war als noch 60 Jahre zuvor, während sie zuvor von 1585 bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges stark angestiegen war (3). Die hessischen Landgrafen suchten durch Ansiedlung neuer Siedler aus der Schweiz und aus Flandern und durch Aufnahme der vertriebenen Hugenotten ihre Territorien wieder zu bevölkern. Es dauerte fast ein Jahrhundert, bis die Bevölkerungsverluste und Schäden des Dreißigjährigen Krieges behoben waren.

Der Westfälische Friede

Der Westfälische Friede sicherte nicht den Frieden in Europa, aber er wurde zum „Grundgesetz“ des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, zu einem Vertrag zwischen Ständen und Kaiser, dessen Einhaltung von Schweden und Frankreich garantiert wurde. Die Religionsstreitigkeiten wurden beigelegt. Der Calvinismus erhielt den Status einer gleichberechtigten Konfession. Der 1. Januar 1624 wurde zum neuen Stichtag für den konfessionellen Besitzstand. Dieses „Normaljahr“ war ein Datum, an welchem weder kaiserliche noch protestantische Kräfte in Deutschland dominiert hatten. Mit Ausnahme der habsburgischen Erblande durften die Landesherren den Untertanen nicht mehr ihre Konfession aufzwingen. Angehörige unterschiedlicher Konfessionen lebten mit festgelegten, wenn auch abgestuften Rechten ne-

beneinander. Diejenigen, die sich zu einer 1624 nicht vorhandenen Konfession bekannten, wurden geduldet, durften aber innerhalb von drei bis fünf Jahren ausgewiesen werden. Eingriffe in das Vermögen der Emigranten waren unzulässig. Die 1648 fixierte Ordnung schrieb die Landeshoheit der Reichsstände fest, auch erhielten sie ein Bündnisrecht, das sich aber nicht gegen Kaiser und Reich richten durfte. Ihr Stimmrecht bei Gesetzgebung und Steuern sowie bei Beschlüssen über Krieg und Frieden wurde festgeschrieben. Das Reichsgrundgesetz garantierte auch die Existenz kleiner Herrschaften und Reichsstädte; die Reichsjustiz überwachte die Gesetzmäßigkeit ihrer Normen, so wie es die Landstände in den größeren Territorien taten. Während in der national gefärbten Geschichtsschreibung der Westfälische Frieden als „nationales Unglück“ gesehen wurde, werden in der neueren Forschung die positiven Aspekte des Reichs stärker hervorgehoben, das nicht nur über mehrere Jahrhunderte einen funktionierenden politischen Ordnungsrahmen bot, sondern auch gerade aufgrund der eher föderalen Herrschaftsstruktur vielfältige Entwicklungen ermöglichte (4).

Das Thema im Unterricht

Schülerinnen und Schüler können am Beispiel des Ausbruchs und des Verlaufs des Dreißigjährigen Krieges erkennen, dass Kriege multifaktoriell zu erklären sind. Innen- und Außenpolitik, religiöse Konflikte, ständische Interessen, wirtschaftliche Interessen, am Krieg zu verdienen, aber auch ideengeschichtliche Entwicklungen wie die beginnende Aufklärung, die Skepsis und Toleranz bei den intellektuellen Köpfen Europas beförderte, aber auch religiöser Fanatismus und Aberglauben müssen zur Deutung dieses Krieges herangezogen werden. Die Urteilskompetenz der Lernenden wird in hohem Maße gefördert, wenn sie erkennen, dass monokausale Erklärungen der Vielschichtigkeit dieses Krieges nicht gerecht werden. Nicht zuletzt zeigen die komplexen diplomatischen Verhandlungen um den Friedensschluss, dass Politik das „Bohren dicker Bretter mit Vernunft und Leidenschaft“ (Max Weber) bedeutet. Dies kann Jugendliche ermuntern, geduldig und differenziert über Lösungen politischer Konflikte nachzudenken. So wird historische Bildung zu politischer Bildung.

Dr. Franziska Conrad



Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen beschrieb die Grauen des Krieges in aller Deutlichkeit in seinem Buch „Der Abentheuerliche Simplicissimus Teutsch“, das 1668/69 erschien (Abbildung: Wiki-commons). Er wurde 1622 in Gelnhausen in Hessen geboren, 1635 von hessischen Soldaten gefangen und zum Soldatendienst in die kaiserliche Armee gepresst. Eine neue zweibändige Übersetzung des barocksprachigen Textes von Reinhard Kaiser erschien 2009 im Eichborn-Verlag, eine Biografie des Autors von Heiner Boehncke und Hans Sarcowicz 1999 in der Anderen Bibliothek.

Eine Langfassung des Beitrages mit didaktischen Hinweisen ist erschienen in: Geschichte Lernen 183/2018, S. 2–11.

- (1) J. Rösen: Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens, Frankfurt 1990, S. 229.
- (2) H. Schilling: Krieg und Frieden in der werdenden Neuzeit – Europa zwischen Staatenbellizität, Glaubenskrieg und Friedensbereitschaft, in: K. Bußmann, H. Schilling (Hrsg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Katalog zur Ausstellung in Münster und Osnabrück vom 24.10.1998 bis 17.1.1999, Bd.1, S.16.
- (3) Th. Diehl: Adels Herrschaft im Werraum. Darmstadt/Marburg 2010. Ein auf seiner Untersuchung fußender Unterrichtsvorschlag in: Geschichte Lernen 183/2018, S. 31–36.
- (4) vgl. J. Whaley: Das Heilige Römische Reich deutscher Nation und seine Territorien. 2 Bände, Darmstadt 2014. P.H. Wilson: The Holy Roman Empire. A Thousand Years of Europe's History. London 2016.

Zur Wiederherstellung der Gesundheit

Pflichtstundenermäßigung und Diensterleichterungen

Auch bei noch so „gestandenen“ Lehrkräften kann die Situation entstehen, dass sie aus gesundheitlichen Gründen Stunden reduzieren müssen, insbesondere als „Wiedereingliederung“ nach einer längeren Fehlzeit aufgrund einer Erkrankung oder nach einer Operation. Die folgenden Ausführungen gelten für alle beamteten Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, deren Arbeitszeit sich nach der Pflichtstundenverordnung (PflStdVO) richtet.

Diese Regelungen werden nicht (mehr) für Tarifbeschäftigte angewandt, da diese auf die Möglichkeit der „Wiedereingliederung“ über ihren Sozialversicherungsträger (Renten- oder Krankenversicherung) verwiesen werden. Informationen für Tarifbeschäftigte findet man in der GEW-Broschüre „Arbeitsrecht an hessischen Schulen“.

Eine Maßnahme der Wiedereingliederung von Lehrkräften ist die in § 11 PflStdVO geregelte „Diensterleichterung zur Wiederherstellung der Gesundheit“. Die damit verbundene Reduzierung der Pflichtstundenzahl wird immer nur für eine begrenzte Zeit gewährt. Davon abzugrenzen sind der „Nachteilsausgleich für Schwerbehinderte“ (§ 10 PflStdVO) und die „begrenzte Dienstfähigkeit“ nach § 27 des Beamtenstatusgesetzes.

In der Regel kann eine Stundenreduzierung beantragt werden, wenn eine Lehrkraft über einen längeren Zeitraum

krankheitsbedingt gefehlt hat und die Gesundheit wiederhergestellt werden soll. Allerdings kann die Maßnahme auch ohne vorherige Arbeitsunfähigkeit erfolgen, um eine drohende Dienstunfähigkeit zu vermeiden. Bei chronischen, also dauerhaften Einschränkungen der Dienstfähigkeit ist eine solche Stundenermäßigung regelmäßig nicht möglich. Daher sollten in dem ärztlichen Attest auch möglichst Worte wie „chronisch“ und „dauerhaft“ vermieden werden. Aber auch bei „chronischen Grunderkrankungen“ kann ein Antrag gestellt werden, z.B. um die Zeit bis zu der Anerkennung einer Schwerbehinderung und dem damit möglichen Nachteilsausgleich zu überbrücken, oder bei einem Krankheitsschub.

Dauer und Umfang

Bei der Stundenreduzierung nach § 11 PflStdVO handelt es sich immer um eine „vorübergehende“ Maßnahme. Dabei ist von einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten auszugehen. Auch ein neuer Erlass des Hessischen Kultusministeriums (HKM) vom 13. 8. 2018 besagt, dass bei einer Prognose „für mehr als sechs Monate in der Regel bis auf Weiteres von dauerhaft reduzierter Dienstfähigkeit auszugehen“ ist und das Versorgungsamt mit einer Untersuchung zu beauftragen ist.

Der genaue Umfang der Stundenermäßigung ist in § 11 PflStdVO nicht geregelt. Er richtet sich allein nach der

medizinischen bzw. therapeutischen Notwendigkeit. Soll die Hälfte der individuellen Pflichtstundenzahl unterschritten werden, ist nach dem Erlass vom 13. 8. 2018 in jedem Fall der ärztliche Dienst des Versorgungsamtes einzubeziehen. Aussagen von Ärztinnen und Ärzten der Versorgungsämter, eine Reduzierung unter eine halbe Stelle sei nicht möglich, sind unbegründet.

Der Erlass stellt weiter klar, dass in den Stellungnahmen der Fachärzte bzw. des ärztlichen Dienstes der Versorgungsämter immer „eine eindeutige, zahlenmäßige Festlegung der während der Wiedereingliederung tatsächlich zu leistenden Pflichtstunden erfolgt“. Es geht also nicht um den Anteil an der allgemeinen oder individuellen Pflichtstundenzahl, sondern um die konkrete Aussage, wie viele Stunden eine Lehrkraft tatsächlich unterrichten kann.

In dem aktuellen Erlass ist auch zu erkennen, dass das HKM in Absprache mit dem für diesen Bereich federführenden Versorgungsamt in Gießen das „Hamburger Modell“ favorisiert, wonach bei der Genehmigung der Diensterleichterung eine stufenweise Steigerung der Stundenzahl vorgesehen ist. Gerade am Arbeitsplatz Schule ist dies nicht immer leicht umzusetzen.

Weitere Maßnahmen

Die Pflichtstundenverordnung sieht eine reine Arbeitszeitreduzierung vor. Im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) können auch andere Maßnahmen umgesetzt werden wie eine bestimmte Verteilung der Arbeitszeit, tägliche Höchstgrenzen, freie Tage, ein späterer Dienstbeginn oder die Befreiung von der Aufsichtspflicht. Lehrkräfte mit einer vorübergehenden Stundenermäßigung dürfen nicht zu Mehrarbeit herangezogen werden. Dies würde dem Sinn und Zweck der Ermäßigung widersprechen.

Sicher nicht ohne Grund weist das HKM in dem Erlass vom 13. 8. 2018 die Schulämter an, bei den Schulleitungen darauf hinzuwirken, „dass die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der betroffenen Lehrkräfte hinreichend berücksichtigt werden“ und der „Einsatz

Pflichtstundenverordnung im Wortlaut

Diensterleichterung zur Wiederherstellung der Gesundheit (§ 11)

(1) Lehrkräften sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen kann zur Wiederherstellung der Gesundheit vom Staatlichen Schulamt auf Antrag vorübergehend eine Anrechnung auf die wöchentlichen Pflichtstunden bewilligt werden, wenn die Notwendigkeit dieser Diensterleichterung durch Vorlage eines ärztlichen, auf Verlangen des Dienstvorgesetzten eines vom ärztlichen Dienst der Hessischen Ämter für Versorgung und Soziales erstellten Zeugnisses oder eines amts- oder vertrauensärztlichen Zeugnisses nachge-

wiesen wird. Das ärztliche Zeugnis muss eine Empfehlung über den Umfang und die Dauer der Anrechnung enthalten. Die Anrechnungen sind zu befristen.

(2) Lehrkräfte sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit einer Anrechnung nach Abs.1 sind verpflichtet, jede Änderung des Gesundheitszustandes oder der dienstlichen Voraussetzungen dem Staatlichen Schulamt zu melden.

(3) Das Staatliche Schulamt kann die Entscheidung nach Abs.1 jederzeit ändern oder aufheben.

in fest zugewiesenen Lerngruppen“ erfolgt. Dies soll sicherstellen, dass die Lehrkräfte nicht als Vertretungsreserve zusätzlich belastet werden. Deshalb hat „die kurzfristige Übernahme von einzelnen Vertretungsstunden in unbekanntenen Lerngruppen (...) während der Wiedereingliederungsphase zu unterbleiben, sofern nicht zwingende dienstliche Gründe dies ausnahmsweise erforderlich machen“.

Antragsverfahren

Um die Stundenermäßigung zu erhalten, muss ein entsprechender Antrag durch die Lehrkraft gestellt werden. Anträge sind auf dem Dienstweg an das Staatliche Schulamt zu richten. Einzelne Schulämter stellen solche Antragsformulare auf ihrer Homepage zur Verfügung. Dem Antrag sollte ein aktuelle fachärztliche Empfehlung über den Umfang der Stundenreduzierung und deren voraussichtliche Dauer beigelegt werden. Der Erlass des HKM vom 13.8.2018 legt noch einmal dar, wann auf ein Gutachten des örtlich zuständigen Hessischen Amtes für Versorgung und Soziales (HAVS) verzichtet werden kann. Danach kann das Schulamt eine Stundenreduzierung ohne Gutachten des Versorgungsamts genehmigen, wenn alle folgenden Voraussetzungen gegeben sind:

- Es handelt sich um einen Erstantrag.
- Es liegt ein fachärztliches Attest mit Aussagen zu Dauer und Umfang der Dienst erleichterung vor.

- Die Dauer beträgt höchstens sechs Monate.
- Die Ermäßigung übersteigt nicht die Hälfte der bisherigen individuellen Pflichtstundenzahl.
- Es ist eine schrittweise Steigerung ersichtlich.

In allen anderen Fällen erfolgt eine Ladung durch das Versorgungsamt. Dies gilt auch für Lehrkräfte, die sich in einer Weiterbildung befinden, eine Nebentätigkeit ausüben oder bisher nicht arbeitsunfähig erkrankt sind. Wenn das Versorgungsamt eingeschaltet wird, wird die Lehrkraft informiert und aufgefordert, einen Anamnesebogen auszufüllen und gegenüber dem Versorgungsamt die Entbindung der Fachärzte von der Schweigepflicht zu erklären. Die Untersuchung ist gebührenfrei. Auch wenn das Staatliche Schulamt ein ärztliches Zeugnis des Versorgungsamts einholt, kann es aus Fürsorgegesichtspunkten „vorab“ eine Stundenermäßigung genehmigen.

Harald Freiling, Kreisrechtsberater

- *Ein umfangreiches aktualisiertes Info der Landesrechtsstelle der GEW findet man im Mitgliederbereich der GEW-Homepage: www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich > Beamtenrecht.*

Zum Login in den Mitgliederbereich benötigen Sie Ihre Mitgliedsnummer. Diese finden Sie auf Ihrem Mitgliedsausweis und im Adressfeld der Mitgliederzeitschrift E&W.

Amtsangemessene Besoldung

Nach der Nullrunde bei der Beamtenbesoldung in Hessen im Jahr 2015 und der auf 1,0 Prozent begrenzten Erhöhung im Jahr 2016 hat die GEW Hessen ihren Mitgliedern empfohlen, Anträge auf amtsangemessene Besoldung zu stellen. Diese Anträge wurden für die Kalenderjahre 2016 und 2017 erstellt.

Zur Frage der amtsangemessenen Besoldung im Jahr 2016 hat das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main in seinen noch nicht rechtskräftigen Urteilen vom 12. März 2018 entschieden, dass diese nicht verfassungswidrig zu niedrig sei (Aktenzeichen 9 K 49.17-F und 9 K 324/17.F). Wir gehen davon aus, dass zu dieser Frage nun das Verfahren vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof weitergeführt wird.

Hintergrund der Klagen sind die bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 zu den sogenannten Parametern, die einen Vergleich der Beamtenbesoldung mit der Entwicklung von Tarifen, Preisen und sonstigen Gehältern umfassen und über die bereits mehrfach berichtet wurde. Seitdem gab es mehrere weitere Entscheidungen der Verwaltungsgerichte der ersten, zweiten und dritten Instanz sowie eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2017. Das Bundesverwaltungsgericht und das Obergericht des Saarlands haben Vorlagen an das Bundesverfassungsgericht beschlossen. Es steht daher fest, dass die Prüfungsmaßstäbe einer „verfassungsgemäßen Mindestalimentation“ oder einer aus anderen Gründen verfassungswidrigen Besoldung nochmals durch das Bundesverfassungsgericht definiert werden müssen.

Bis Ende November Anträge stellen

Es ist aus unserer Sicht offen, ob für jedes Kalenderjahr ein Antrag gestellt werden muss. Nachdem das Land Hessen in den Kalenderjahren 2016 und 2017 hierzu keine eindeutige Stellungnahme abgegeben hat, empfehlen wir eine erneute Antragstellung.

Der Antrag sollte spätestens am 30. November 2018 bei der Hessischen Bezügestelle eingehen.

- *Musteranträge für „Aktive“ und für „Versorgungsempfänger“ findet man im Mitgliederbereich auf der Homepage der GEW: www.gew-hessen.de > Tarif/Besoldung > Besoldung des Landes Hessen.*

BEM: Das Betriebliche Eingliederungsmanagement

Grundlage für das „Betriebliche Eingliederungsmanagement“ (BEM) ist § 167 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB IX). Es soll Beschäftigten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, die länger oder wiederholt arbeitsunfähig sind, Wege aufzeigen, „wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann“. Das BEM muss eröffnet werden, wenn der oder die Beschäftigte in einem Zeitraum von zwölf Monaten mindestens sechs Wochen arbeitsunfähig war.

Betriebliche Wiedereingliederungsmaßnahmen setzen die „Zustimmung und Beteiligung der betroffenen Person“ voraus. Die Schwerbehindertenvertretungen und die Betriebs- oder Personalräte sollen einbezogen werden und darüber wachen, „dass der Arbeitgeber

die ihm nach dieser Vorschrift obliegenden Verpflichtungen erfüllt“. Bei der Umsetzung werden die Rehabilitationsträger und bei schwerbehinderten Beschäftigten das Integrationsamt hinzugezogen. Für die meisten Staatlichen Schulämter liegen entsprechende Handreichungen zum BEM vor, die zwischen den Schulämtern, den Gesamtpersonalräten und den Schwerbehindertenvertretungen vereinbart wurden. Entsprechende Informationen bekommt man auf der Homepage des jeweiligen Schulamts oder bei der Schwerbehindertenvertretung. Deren Adresse findet man auf der Homepage unter > Zuständigkeiten > Gremien. Die Schwerbehindertenvertretung ist nicht nur für Lehrkräfte mit einer festgestellten Schwerbehinderung zuständig, sondern auch für Beschäftigte, die von Schwerbehinderung oder einer dauerhaften Dienstunfähigkeit bedroht sind.

Anzeigen

Private Krankenversicherung im Alter
Anders als in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sinkt der Beitrag zu einer privaten Krankenversicherung (PKV) nicht analog zum Einkommen. Doch auch die Privatversicherten erfahren im Alter spürbare Entlastung: Zunächst einmal entfällt für viele Versicherte mit Eintritt in den Ruhestand die Krankentagegeldversicherung. Auch den gesetzlichen 10-Prozent-Zuschlag müssen Versicherte bei der Debeka zum Ende des Kalenderjahres, in dem der Versicherte das 60. Le-

bensjahr vollendet, nicht mehr bezahlen. Ab einem Alter von 65 werden die mit diesem Zuschlag angesammelten Gelder dann durch Alterungsrückstellungen beitragsentlastend eingesetzt. Privat versicherte Angestellte erhalten zum Rentenbeginn auf Antrag einen Zuschuss der staatlichen Rentenversicherung zu ihrem Beitrag. Eine andere Möglichkeit zur Reduzierung der Beiträge ist der Verzicht auf Leistungen, die dem Versicherten weniger wichtig sind, z.B. auf die Chefarztbehandlung im Krankenhaus, oder die Erhöhung des Selbstbehalts. Wer

nur ein vorübergehendes Zahlungsproblem hat, sollte seinen Versicherer auf die Stundung seiner Beiträge und eine Ratenzahlung ansprechen. Dies sind aber nicht die einzigen Möglichkeiten für Privatversicherte mit finanziellen Schwierigkeiten. Außerdem bieten alle PKV-Unternehmen mit Krankheitskostenvollversicherung gesetzlich definierte Sozialtarife an. Die Beiträge für den jeweiligen Tarif sind bei allen Anbietern nahezu identisch; das Leistungsspektrum ist vergleichbar mit dem der gesetzlichen Krankenversicherung.



schulfahrt.de

Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER

Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.

- ◆ Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- ◆ sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- ◆ Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde

Telefon: 0 35 04/64 33-0
Service-Center Frankfurt 069/96758417

www.schulfahrt.de



**Die nächste HLZ
erscheint am
8. Dezember 2018.
Bitte beachten Sie
den Anzeigenschluss
am 16. November 2018.**

**99 %
zufriedene
Mitglieder**

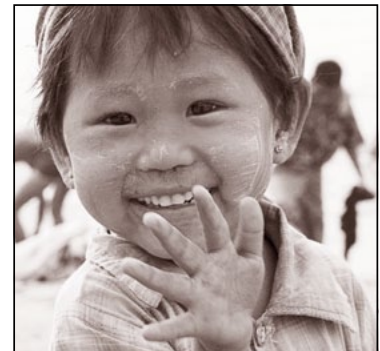
Lt. Kundenmonitor Deutschland 2017
Branche: Private Krankenversicherungen

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstellen in Hessen
Bahnhofstraße 55–57
65185 Wiesbaden
Telefon (06 11) 14 07-0

Frankfurter Straße 4
35390 Gießen
Telefon (06 41) 97 42 1-0

www.debeka.de/socialmedia



**Gut
gemacht!**

15 Millionen Kindern in Not
hat terre des hommes in den
letzten 50 Jahren geholfen.

Unterstützen Sie uns,
damit mehr Kinder
zu Gewinnern werden.

Weitere Informationen unter
www.tdh.de/50

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit
2,50% echter Vorteilszins
 effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -
 Repr. Beispiel gemäß §6a PangV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: 0621 178180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-8664422
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälai-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Wesela

Dienst- und Schulrecht für Hessen

Ob klassisch auf Papier, digital auf CD oder als USB-Stick:

Das DuS-Standardwerk ist die große Hilfe für die Arbeit im Schulbereich!

Ich bestelle:

- Expl. DuS-Gesamtwerk in 2 Spezialordnern**
- zum Preis von EUR 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis EUR 28,-

- Expl. DuS auf CD-ROM**
- zum Preis von EUR 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis EUR 28,-

- Expl. DuS auf USB-Stick**
- zum Preis von EUR 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis EUR 28,-

Preise zzgl. Versandkosten.

Name/Vorname _____

ggf. GEW-Mitgliedsnr. _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Mensch & Leben Verlagsgesellschaft
 Postfach 1944,
 61289 Bad Homburg v.d.H.
 Tel.: 06172-9583-0,
 Fax: 06172-958321
 Email: mlverlag@wsth.de

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
 KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen, ein Einzelzimmer und Genießer-Küche. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste und Psychosomaten in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000 Pröbstinger Allee 14
 46325 Borken (Münsterland)

www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Diese Anzeige kostet nur 157,50 EUR zzgl. 19% MwSt.

Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30 Gunzenbachstr. 8,
 76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Schriftspracherwerb im 2. Schuljahr | 23-10-2018, Griesheim |

Vom Tomaten-Wurf zur Frauenquote: 68er Revolte und neue Frauenbewegung | 23-10-2018, Frankfurt |

„Fragiler Konsens“ – Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft | 25-10-2018, Frankfurt |

Abschiebung verhindern! Aktuelle Fragen des Flüchtlings- und Migrationsrechts | 29-10-2018, Frankfurt |

Tagesfahrt nach Nürnberg: „Hitler. Macht. Oper.“ und „Memorium Nürnberger Prozesse“ | 31-10-2018, Frankfurt |

Lesen lernen mit Schüler_innen mit geistiger Behinderung | 31-10-2018, Limburg |

Diversity Training – Vorurteile kennen, erkennen und abbauen | 05-11-2018, Frankfurt |

Mit der richtigen Streitstrategie Konflikte konstruktiv bewältigen | 06-11-2018, Marburg |

Besser schreiben – Entwicklung schriftlicher Kompetenzen im Fremdsprachenunterricht | 08-11-2018, in Darmstadt |

Soziale Arbeit – Gewerkschaftliche Betriebspolitik und Organisierung | 09-11-2018 u. 07-12-2018, Frankfurt |

Schulrecht – (k) ein Buch mit sieben Siegeln? | 12-11-2018, 19-11-2018 u. 29-11-2018, Darmstadt |

„Erin Brockovich“, „Sammy“, „WALL-E“ – Spielfilme in der umweltpolitischen Bildung | 12-11-2018, Gießen |

Schrottmusik – Bau von Musikinstrumenten | 13-11-2018, Münchhausen |

Endspurt – Pensionierung und Beamtenversorgung | 15-11-2018, Kassel |

Rap & HipHop in der Schule. Spielen – Schreiben – Performen | 20.11.2018, Frankfurt |

LRS erkennen – und Schüler_innen mit differenzierter Diagnostik fördern | 21-11-2018, Offenbach |

Vom Umgang mit „störendem“ Verhalten bei Kindern und Schülern | 28-11-2018, Linsengericht |

Rechtschreibstrategien (Kl. 1 – 6) | 29-11-2018, Marburg |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de